Online-Anhang zur Literaturanalyse ‚Engagementförderung – Demokratiestärkung – Ländlicher Raum‘

Durchgeführt von:
Christine Eckes, Marie-Theres Piening & Janine Dieckmann
Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft

Im Auftrag des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement

BBE Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

In Trägerschaft der AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Online-Anhang zur Literaturanalyse zum Themendreieck
‚Engagementförderung – Demokratiestärkung – Ländlicher Raum'

Im Auftrag des

Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Arbeitsbereich „Demokratiestärkung im ländlichen Raum"

Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte

Homepage: www.b-b-e.de
E-Mail: info@b-b-e.de
Telefon: 030 629 80110
Fax: 030 629 80151

Durchgeführt von

Christine Eckes, Marie-Theres Piening & Dr. Janine Dieckmann
Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft

Talstr. 84
07743 Jena

Homepage: www.idz-jena.de
E-Mail: info@idz-jena.de
Telefon: 03641 2719403
Fax: 03641 2718307

Zur Online-Version der Literaturanalyse:

Über BBE: https://www.laendlicher-raum.info/material-und-links/idz-analyse

Über IDZ: https://www.idz-jena.de/forschungsprojekte/literaturanalyse-engagementfoerderung-demokratiestaerkung-laendlicher-raum/

Aktualisierte Fassung: September 2019

Gefördert vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der analysierten Studien auf Einzelpublikationsebene

Schwerpunkte der Literaturanalyse[1] sind die Zusammenfassung der Ergebnisse aller recherchierten Studien sowie die Identifikation von Forschungslücken, welche anhand der Zusammenschau der Ergebnisse und ihrer systematischen Analyse sichtbar werden. Zur inhaltlichen Analyse wurden hinsichtlich der gewählten Schwerpunkte zentrale Fragestellungen an die Publikationen entwickelt:

- Was ist das Ziel der Studie?
- Was sind zentrale Ergebnisse und Erkenntnisse der Studie?
- Welche Forschungslücken wurden in den einzelnen Studien benannt?

Ergänzt wurde die Analyse der Studien durch die Zuordnung des jeweiligen ***Schwerpunktes*** (Engagementförderung, Demokratiestärkung, Engagement und Demokratiestärkung) und das Herausarbeiten der verwendeten ***Methodik*** der jeweiligen Studie, der genannten *Finanzierung* sowie der formulierten ***Handlungsanweisungen bzw. ergriffenen Maßnahmen***. Zur besseren Kontextualisierung der Ergebnisse und Studien wurden die jeweiligen ***Regionen der Studiendurchführung*** und die ***Projektlaufzeiten*** ebenfalls betrachtet. Alle genannten ergänzenden Informationen zu den einzelnen Studien sind tabellarisch in diesem Online-Anhang aufgelistet. Zusätzlich ist in den folgenden Tabellen ersichtlich, wer die ***Adressat*innen*** der einzelnen Studien sind sowie der Hinweis ***Empfehlenswert für***, um das schnelle Auffinden relevanter Publikationen für die eigene Arbeit zu erleichtern.

1 Über BBE: https://www.laendlicher-raum.info/material-und-links/idz-analyse
Über IDZ: https://www.idz-jena.de/forschungsprojekte/literaturanalyse-engagementfoerderung-demokratiestaerkung-laendlicher-raum/

Alex, Martin (2016): Peripher und engagiert. Kirchlich gebundenes Ehrenamt in peripheren, ländlichen Regionen. In: Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Stahl, Benjamin [Hrsg.]: Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum, Springer VS: Wiesbaden, S. 93-115.	**1**
Ziel der Studie Evaluation kirchlich gebundenen Ehrenamtes in ländlichen Räumen sowie Untersuchung hemmender und fördernder Faktoren für ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Kirche	**Schwerpunktsetzung** Bürgerschaftliches Engagement (kirchliches Engagement)
Methode Quantitative Befragung von Kirchenmitgliedern (*n* = 124)	**Merkmale der Studie** **Region**: bundesweit **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2012 **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Auch in herausfordernder Umgebung ländlich-peripherer Räume ist kirchliches Engagement anzutreffen, wird v.a. von Frauen ausgeübt und zeigt sich eher in aktiver Teilnahme als im Übernehmen von konkreten Aufgaben

- ehrenamtlich Engagierte sind mehrheitlich gut gebildet, berufstätig und im mittleren Lebenssegment; zudem engagieren sich verhältnismäßig viele „junge Alte“
- besonders Nicht-Engagierte mit Potenzial sind für mögliche Aktivierung interessant, sie sind deutlich jünger als der Durchschnitt der Befragten, mehrheitlich berufstätig und verbundener mit der Kirchengemeinde als die befragten Nicht-Engagierten ohne Potenzial
- förderliche Faktoren für die Übernahme bzw. Intensivierung von Engagement: Berufstätigkeit, kürzlich angetretener Ruhestand, Verbundenheit mit Kirchengemeinde, innere Überzeugung zur Mitarbeit, persönliche Anfragen durch leitende Personen bzw. aus Familien- und Bekanntenkreis, Anleitung und passende Aufgaben, familiäre Prägung sowie konkreter, praktischer und persönlich kommunizierter Bedarf
- Hinderliche Faktoren für die Übernahme bzw. Intensivierung von Engagement: mangelnde Zeitreserven, körperliche Beeinträchtigung/Alter, ausbleibendes Anfragen, mangelnde Verbundenheit, ausgebliebene familiäre Prägung, keine passenden Aufgaben
- kaum Auswirkungen hinsichtlich Bereitschaft, ein Ehrenamt zu übernehmen, haben offensichtlich: reine Übermittlung von Informationen, Strukturreformen/Regionalisierung/Zusammenlegungen (das Ehrenamt findet nach wie vor im Nahbereich statt) sowie strukturelle Not

Adressat_innen	**Empfehlenswert für:**
• Kirchengemeinden • Engagierte vor Ort • Verwaltung • Multiplikator*innen • Wissenschaft	• Kirchliches Engagement • U.a. zum Aufzeigen, dass Situation nicht so prekär ist wie von Gemeinden und Pfarrpersonen angenommen

Autor*innen: Martin Alex

online: kein Onlinezugang

Alisch, Monika et al. [Hrsg.] (2018): „Irgendwann brauch' ich dann auch Hilfe …!". Selbstorganisation, Engagement und Mitverantwortung älterer Menschen in ländlichen Räumen, Beiträge zur Sozialraumforschung, 17, Verlag Barbara Budrich: Opladen, Berlin, Toronto.	**2**

Ziel der Studie

1. Analyse regionalspezifischer sozialräumlicher und politischer Rahmenbedingungen, die bei Netzwerkbildung zwischen Bürgerhilfeorganisationen, öffentlicher Daseinsvorsorge und Pflegedienstleistern unterstützend wirken
2. Rekonstruktion von Interessenlagen von Engagierten in Bürgerhilfevereinen sowie der Bedürfnisse älterer Menschen in der Region
3. Stärkung von Bürgerhilfevereine als lokale selbstorganisierte sorgende Gemeinschaften sowie Engagementstärkung durch tragfähige Organisationsmodelle

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (demografischer Wandel/ Selbstorganisation/ Engagementstruktur/ Strukturentwicklung)

Methode

Forschungs-Praxis-Projekt (qualitative Untersuchung) / problemzentrierte Interviews / *Bottom-up-Forschung* / Partizipative Forschungsmethoden (Zukunftswerkstätten)

Merkmale der Studie

Region: Großenlüder, Tann/Rhön, Gaimersheim, Landkreis Fulda, Landkreis Eichstätt
Zeitraum der Studiendurchführung (Projektlaufzeit): Herbst 2014-Dezember 2017 (Januar 2012 – heute)
genannte Finanzierung: nicht genannt

Ergebnisse der Studie

- Für regionale Hilfestrukturen im Alter sind viele sichtbare und unsichtbare Akteur*innen für die Alltagsunterstützung notwendig.
- Hilfevereine gründen sich in der Bevölkerung durch Einstimmigkeit über den Strukturabbau.
- Mitarbeit im Verein *muss* freiwillig bleiben.
- Professionelle Pflegearbeit können und wollen Vereine nicht übernehmen.
- Engagierte sind meist zwischen 50-72 Jahre alt. Motive reichen von Anerkennung bis hin zur sinnvollen (Freizeit-)Beschäftigung (nach dem Renteneintritt), Wunsch nach Geselligkeit
- Spannung zwischen Dienstleistungscharakter der Vereine und dem Wunsch nach Geselligkeit
- Hilfe kann dann gut angenommen werden, wenn sie aus Sicht der Adressant*innen legitim ist. Scham über Abwesenheit der Kinder (für Altenbetreuung als zuständig erachtet), verhindert oft Annahme von Hilfe.
- Im Verlauf der Entwicklungsprozesse bürgerschaftlicher Hilfevereine kann es zu einer Teilprofessionalisierung kommen. Teilweise Annahme von Marktförmigkeit (450 Euro-Jobs)
- Bedingungsfaktoren nachhaltiger Selbstorganisation:
  - Interessen der Mitglieder.
  - (berufliche) Expertise der Vereinsgründer*innen, welche die Zielsetzung des Vereins beeinflusst
  - Etablierung einer ‚Scharnierfunktion' in Kommunalpolitik, um Bürgerhilfevereine und andere Institutionen zu vernetzen
  - Thema ‚Altwerden' als Bestandteil des politischen Diskurses und des wahrgenommenen Aufgabenbereichs in der ländlichen Kommunalpolitik
  - Der Bedarf der finanziellen Unterstützung wird von der Kommune gesehen und unterstützt.

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Die Mitarbeit im Bürgerhilfeverein *muss* freiwillig bleiben. Bürgerhilfevereine können daher nicht die gleiche Verantwortung wie ein Pflegedienst innehaben, da die auf Freiwilligkeit basierende Vereinsarbeit in diesem Fall von den Mitgliedern eingestellt würde. Es kann und sollte zu Vernetzungen kommen, dafür sind jedoch weder der Verein, noch die Pflegedienste zuständig, sondern die Kommunalverwaltung.

Adressat*innen

- (Kommunal-)Politik
- Engagierte vor Ort
- Forschung

Empfehlenswert für:

Überblick über Forschungsstand demografischer Wandel und Selbstorganisation im ländlichen Raum (gut aufgearbeitet S. 9-12 & S. 17-38)

Autor*innen: Monika Alisch, Martina Ritter, Annegret Boos-Krüger, Christine Schönberger, Roger Glaser, Yvonne Rubin, Barbara Solf-Leipold (im Projekt BUSLAR)

online: kein Onlinezugang

Amadeu Antonio Stiftung [Hrsg.] (2012): Mit Kommunikation zivilgesellschaftliches Engagement stärken. Sozialraumanalyse und Befragungsergebnisse der Region um Fahrenwalde.	**3**

Ziel der Studie

Ausloten von Angeboten und Unterstützungsbedarfen um die Kommunikation zwischen demokratischen Akteuren (Zivilgesellschaft, Institutionen) zu steigern und damit die demokratische Kultur zu fördern

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (Kommunikationsstrukturen)

Methode

- Sozialraumanalyse
- qualitativer und quantitativer Methodenmix

Merkmale der Studie

Region: ehemaliger Landkreis Uecker-Randow
Zeitraum der Studiendurchführung: Oktober 2011 bis März 2012
genannte Finanzierung: Bundesministerium des Inneren im Rahmen des Bundesprogramms: Zusammenhalt durch Teilhabe

Ergebnisse der Studie

- Empowerment der Menschen vor Ort ihre Anliegen und Interessen zu formulieren ist wichtig (Selbstwirksamkeitsgefühl steigern)
- Kommunikationsräume müssen in einer Gegend, die sehr dünn besiedelt ist, explizit geschaffen werden, sie entstehen nicht ohne aktives Engagement.
- Initiativen, Projekte im Landkreis sind den Menschen vor Ort oft unbekannt
- Bei einer Vernetzung mehrerer Akteure muss für alle Seiten der Nutzen der Vernetzung bekannt sein.
- vor Ort wenig Sensibilisierung in puncto Rechtsextremismus
- kulturelle Bildung und darstellende Kunst fördern die Kommunikation vor Ort, machen Zivilgesellschaft sichtbar und fördern die demokratische Kultur

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Eruierung und Erprobung von Lösungsvorschlägen hinsichtlich der Schaffung von Kommunikations- und Begegnungsräumen
  - Aktion „held/in dorf“ - Schaffung gemeinsamer Kommunikationsräume
  - Erstellung eines 'Reiseführers' in welchem die Initiativen der Region vorgestellt werden.
- Vernetzung (über-)regionaler Akteure
- Ergreifen von Initiative gegen extreme Rechte (Sensibilisierung der Bevölkerung / Schaffung von Bündnissen zivilgesellschaftlicher Akteure) muss von außen kommen (in diesem Fall durch Amadeu Antonio Stiftung)

Adressat*innen

- Multiplikator*innen
- am Projekt Beteiligte
- (Kommunal-)Politik
- Journalist*innen (Lokalredaktion)

Empfehlenswert für:

- Forschung
- Politik
- exemplarische Veranschaulichung durch Zitate in Vorträgen

Autor*innen: Katharina Husemann, Natalie Sensevy, Swantje Tobiassen

online: https://www.laendlicher-raum.info/w/files/pdfs/sozialraumanalyse_region-in-aktion.pdf

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2015): Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt. **4**

Ziel der Studie

Aufzeigen, wo die Infrastruktur im ländlichen Raum - in Absprache mit der Bevölkerung - reformiert werden sollte

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (Infrastruktur/ Selbstorganisation)

Methode

- Sekundäranalyse
- Befragung von Engagierten in Projekten

Merkmale der Studie

Region: bundesweit + ausgewählte Projekte
Zeitraum der Studiendurchführung: nicht genannt
genannte Finanzierung: Generali Zukunftsfonds

Ergebnisse der Studie

- demografischer Wandel sorgt für die Schrumpfung ohnehin dünn besiedelter Gebiete
- Kommunen und Bürger*innen treiben den Ausbau der kommunalen Infrastruktur voran

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Aus verschiedenen Verkehrsmitteln eine Mobilitätskette bilden
- Rahmenbedingungen für alternative Mobilitätsangebote verbessern
- das Betreuungs- oder Schulangebot an die demografischen Veränderungen und die knapperen finanziellen Mittel anzupassen
- in Dörfern, die sonst wenig soziale Infrastruktur aufweisen, sollte die Schule eine zusätzliche Funktion als gesellschaftliches Zentrum übernehmen – auch um die Auslastung der Schulgebäude zu verbessern.
- alternative medizinische Versorgungsmethoden verbessern
- Unterstützungsnetzwerke in der Pflege aufbauen
- alternative Wohnformen stärken (Gemeinschaftliche Wohnformen)
- Dorfkerne beleben - Für die regionale und Landes-Raumplanung sollte künftig der Schutz noch bestehender kleinerer Läden in den Ortskernen Priorität vor der Neuansiedlung großer Supermärkte außerhalb der Orte haben
- finanzielle Ressourcen zur Belebung der Dorfkerne bereitstellen
- Vorschriften an die Gegebenheiten anpassen (Hygienestandards bei Dorfläden nicht zu Eng auslegen und diese als gemeinnützig einstufen)
- interkommunale Kooperation stärken
- niedrigschwellige Unterstützung kleinerer Initiativen und eine dauerhafte Finanzierung der Engagementinfrastrukturen einrichten
- Bürger*innen auch in infrastrukturelle Entscheidungen bezüglich ihres mit einbeziehen - lokale Strategien im Bottom-up-Prinzip entwickeln Lebensumfeldes

Adressat*innen

- Kommunalpolitik
- Multiplikator*innen
- Engagierte

Empfehlenswert für:

- Statistiken zu Infrastruktur im ländlichen Raum
- Grafiken für Veranschaulichungszwecke

Autor*innen: Manuel Slupina, Sabine Sütterlin, Reiner Klingholz

online: www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Von_Huerden_und_Helden/BI_HuerdenUndHelden_Online-1.pdf

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2017): Von Kirchtürmen und Netzwerken. Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen. **5**

Ziel der Studie

Warum ist das Emsland ein Positivbeispiel für die ländliche Entwicklung? Wie stabil sind die gewachsenen sozialen Strukturen heute? Welche Motivation haben Menschen dort für Engagement?

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (demografischer Wandel/ Positivbeispiel/ Vereinsstruktur)

Methode

- 36 Einzelinterviews und Gruppengespräche (Aktive in Vereinen, Initiativen, Kirchengemeinden, freiwillige Feuerwehr, Ortsbeiräte, etc. / Auf regionaler Ebene Interviews mit Kreisverwaltung, Kirche, Verbänden)
- drei Gemeinden besucht

Merkmale der Studie

Region: Emsland (insb. Werpeloh, Thuine, Emsbüren)

Zeitraum der Studiendurchführung:

genannte Finanzierung: Bistum Osnabrück, Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.

Ergebnisse der Studie

- traditionelle Infrastruktur ist noch vorhanden
- Kirche ist zentraler Akteur (nimmt ab, da zunehmender Atheismus)
- Verbundenheit vor Ort ermöglicht Verantwortungsübergabe, (Zur Ausbildung Verzogene kommen zurück)
- Engagierte engagieren sich oft in mehreren Gruppen
- enge nachbarschaftliche Netzwerke; Schlüsselpersonen stärken Zusammenhalt
- Strukturen werden durch Vereine, lokale Unternehmen, Pfarrgemeinde, Kommunalpolitik und -verwaltung unterstützt.
- regionale Institutionen schaffen Rahmenbedingungen für die Vernetzung regionaler und lokaler Akteure. Unterstützen Arbeiten vor Ort durch gezielte Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen
- auch das Emsland wird durch demografischen Wandel, die Abnahme der Bedeutung der Kirche neue Engagementstrukturen etablieren müssen

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- den ländlichen Raum attraktiver für Familien gestalten
- Jugendliche für Engagement begeistern; nicht nur *für*, sondern *mit* Jugendlichen arbeiten.
- Jugendliche dort abholen, wo sie unterwegs sind (Facebook, WhatsApp, YouTube, etc.)
- als Verein an Schulen gehen (Nachmittagsangebote schaffen)
- Es durch Nachwuchsmangel nicht zu Konkurrenz kommen lassen, sondern Vereine vernetzen
- Ältere Menschen fürs Engagement begeistern. Dabei: Verabschiedungskultur etablieren (freiwillige Arbeit freiwillig belassen)
- Generationswechsel in Vereinen anstoßen.
- Kreative Ideen fördern und deren Umsetzung vor Ort ermöglichen
- Neubürger*innen integrieren, Anlaufpunkte schaffen, Geflüchtete zu Mitbürger*innen machen, in Vereine integrieren
- Sinkender Engagementbereitschaft mit der Verdeutlichung des vielfältigen Nutzens begegnen.
- Engagement modernisieren, neue Projekte in traditionellen Strukturen wachsen lassen.
- Weiterbildungen und Kooperationen fördern.
- Anerkennung und Gegenleistung für Engagement (z.B. Ehrenamtskarte)
- Hauptamtliche und freiwillige besser vernetzen
- Der Entfremdung zwischen Bauern und Dorfbewohnern begegnen.
- Kirchliche Strukturen außerhalb der Kirche stärken

Adressat*innen

- Kommunalpolitik
- Multiplikator*innen; Engagierte
- Kirche im ländlichen Raum
- Forschung

Empfehlenswert für:

- Statistiken / Grafiken / Veranschaulichungszwecke
- Gute Veranschaulichung der Engagementpolitik im Emsland (sehr empfehlenswert für die intensivere Lektüre S.33-46)

Autor*innen: Manuel Slupina, Theresa Damm, Susanne Dähner, Reiner Klingholz

online: https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Von_Kirchtuermen_Und_Netzwerken/Von_Kirchtuermen_Und_Netzwerken_Online.pdf

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2018): Land mit Zukunft. Neue Ideen vom Runden Tisch.	**6**

Ziel der Studie

- wissenschaftliche Begleitung des Programms 'Land mit Zukunft'
  - ➢ Auswertung der Projekterfolge und Misserfolge
- Projektevaluation und wissenschaftliche Begleitung der sechs Projektkommunen

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (demografischer Wandel / Engagementstrukturen / Projektevaluation)

Methode

qualitative Längsschnittstudie in zwei Erhebungsphasen (Gruppen-)Interviews, Bottom-up-Evaluation der Problemlagen vor Ort

Merkmale der Studie

Region: Hessen

Zeitraum der Studiendurchführung: Frühjahr 2016 - Herbst 2017

genannte Finanzierung: Herbert-Quandt-Stiftung/Landesstiftung 'Miteinander in Hessen'

Ergebnisse der Studie

Positiv:

- Der Bottom-up-Ansatz des Förderprogramms 'Land mit Zukunft' ermutigt die Ehrenamtlichen dazu über die Zukunft ihrer Gemeinde als Expert*innen vor Ort nachzudenken.
- Die Teilnehmer der Runden Tische hatten jederzeit die Möglichkeit, auf Kosten und mit Unterstützung der Stiftungen Experten hinzuzuziehen, um auf Erfahrungswissen zurückgreifen zu können. Das half, Fehler zu vermeiden. Die Teilnehmer mussten keine Energie für die Klärung komplexer Fragen verschwenden, sondern konnten diese direkt in die Umsetzung ihres Vorhabens stecken.

Negativ:

- Wechsel beim Projekt-Personal in der Mitte der Projektlaufzeit
- schlechte Kommunikation
  - ➢ darüber, dass die Projekte mit einer Teilförderung von 50 % angesetzt waren
  - ➢ darüber, dass ein Verein für das Projekt nicht zwangsläufig zu gründen ist.
- Vorhandene Strukturen wurden zu wenig eingebunden
  - ➢ In allen sechs Kommunen gab es zuvor schon etablierte und gut funktionierende Strukturen, in denen sich Menschen engagieren. Einzelne Befragte regten an, die Organisator*innen des Programms hätten stärker auf diesem Fundament aufbauen sollen. So hätten sie Vereine und Initiativen im Vorfeld gezielt ansprechen sollen, um die Bildung von Doppelstrukturen, etwa durch Vereinsneugründungen, zu vermeiden.

Für die zukünftige Forschung: Projektbegleitungen längerfristig gestalten (Längsschnittstudien)

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Schlussfolgerungen für die Förderung von Projekten in ländlichen Räumen

- Keine Zweckbindung der Mittel - Bedarfsorientierung an örtlichen Voraussetzungen - Einbezug der Bürgerschaft 'Bottom-up-Entwicklung der Projekte'
- Bürgerbeteiligung professionell gestalten - Zentrale Voraussetzung dafür ist, dass die Bedarfsanalyse und die Projektentwicklung professionell moderiert und begleitet werden. Dies dürfte insbesondere für jene Stadt und Dorfgemeinschaften hilfreich sein, denen es an Erfahrungen in diesem Bereich fehlt und die offen sind für Impulse von außen. Aufgabe der Moderation ist dabei nicht nur, für eine gute und konstruktive Stimmung zu sorgen, sondern auch darauf zu achten, dass der Einsatz der Bürger in ein förderfähiges Projekt mündet.
- Wissen und Erfahrungen anderer Projekte zugänglich machen - Vernetzungsarbeit
- vorhandene Beratungsangebote bekannter machen
- Klarheit über Bedingungen schaffen: Erstellung Informationsplan zu Förderrichtlinien und Rahmenbedingungen
- Hauptamtliche einbeziehen
- Erfolge nicht erzwingen - kommt nach einer bestimmten Anzahl von Treffen kein förderfähiges Projekt zustande, sollte überlegt werden den Prozess oder das Projekt einzustellen
- kleine Summen dauerhaft zur Verfügung stellen
- Vereine beim Generationswechsel unterstützen - Die Bereitschaft der Menschen, sich langfristig zu binden, nimmt ab. In der Folge haben immer mehr Vereine Schwierigkeiten, ihre Vorstandsposten neu

zu besetzen. Freiwilligenzentren oder andere Engagement fördernde Einrichtungen sollten daher verstärkt Vereine dabei unterstützen, die Vorstandsarbeit wieder attraktiver zu machen, indem sie zeigen, wie sich Leitungsstrukturen reformieren lassen

- Lokale Händler*innen und Dienstleister*innen für die Ehrenamtskarte gewinnen

Empfehlungen für Gemeinden, Städte, Kreise

- offen für neue Ideen der Bürger sein
- Zusammenarbeit stärken und Aktivitäten koordinieren
- dem Ehrenamt mehr Bedeutung geben.
  - ➢ die Bürgermeister*innen im ländlichen Raum sollten der „Ressource Ehrenamt" eine ähnlich hohe Bedeutung beimessen wie etwa der Wirtschaftsförderung.
- Zusammenarbeit stärken und Aktivitäten koordinieren
  - ➢ die Hauptamtlichen in den Rathäusern haben in der Regel einen guten Überblick über die ehrenamtlichen Aktivitäten in der jeweiligen Kommune. Sie können Termine sammeln und Vereine auf mögliche Überschneidungen hinweisen

Empfehlungen für Bürger*innen, Initiativen, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organisationen

- Zugezogene für die gewachsenen Strukturen gewinnen
- mit Schulen zusammenarbeiten

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Multiplikator*innen • vor Ort Tätige	• Grafiken zu Darstellung von Engagementstrukturen

Autor*innen: Manuel Slupina, Sabine Sütterlin

online: https://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Land_Mit_Zukunft/BI_LandMitZukunft_Onlineversion.pdf

Born, Karl M. (2009): Kraft und Vielfalt des Dorfes durch traditionelle und neue Dorfvereine. In: Henkel, Gerhard/Schmied, Doris [Hrsg.]: Was Dörfer stark und lebendig macht, RURAL, 2, Cuvillier Verlag: Göttingen, S. 29-47.	**7**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Analyse von Motivation und Bezugsfeldern von Vereinen sowie Chancen und Risiken von Vereinsaktivität auf Dorfentwicklung	bürgerschaftliches Engagement (Vereinsforschung)

Methode	**Merkmale der Studie**
Methoden bzw. Herangehensweisen der Ethnologie, Soziologie und Politikwissenschaft an Vereinsforschung, Analyse von 52 Dorfvereinen	**Region**: bundesweit **Zeitraum der Studiendurchführung:** nicht genannt **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Studie unterscheidet in klassische/traditionelle Vereine und neue Dorfvereine:

Erstere: z.B. Sportvereine, Musikvereine, Kulturvereine, Hilfebezogene Vereine, Sozialgruppenbezogene Vereine

zweite: Dorfgemeinschafts-Vereine, Dorfförderverein/Gemeinschaften -> Studienfokus auf Dorfgemeinschafts-Vereine, Dorfförderverein/ Gemeinschaften

Motivation für Gründung

1. oft nach Gebietsreformen zum Erhalt der lokalen Identität und als Vertretung bzw. Organisationsform mit Ortsbezug
2. wichtigste Ursache: Wiederbelebung eines aktiven Dorflebens -> Macher*innenvereine des Dorflebens als Kommunikations- und Handlungsplattfort, Singularinteressenübergreifend
3. Dorferneuerung
4. Gegenmaßnahme auf Grund von infrastruktureller oder demografischer Schrumpfung

Vier Hauptbezugsfelder: historisches Bezugsfeld, Gemeinschaft, Lobbyarbeit/Politik und Motivation

- Verhältnis zu Kommunalpolitik von Vakuumfüller zu Konkurrenz zu Mittel der Kommunalpolitik; *public-private-partnership*
- Kommunalpolitik darf sich nicht auf Auszehrung des Humankapitals beschränken, unter Berufung auf Verantwortungsgemeinschaft
- *kritisch:* Übernahme öffentlicher Aufgaben durch private Vereine

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Forschung, Wissenschaft • Politik, Verwaltung • Engagierte • Multiplikator*innen	• Nachschlagen von Forschung zu und Definitionen von Vereinen

Autor*innen: Karl Martin Born

online: kein Onlinezugang

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.] (2016): Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung.	**8**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Wie kann freiwilliges Engagement Zusammenleben und Mitverantwortung stärken? Wie kann es gefördert werden? Was sind potentielle Hemmnisse? Wie kann Engagement zur Lebensqualität beitragen?	bürgerschaftliches Engagement (mit Schwerpunkt demografischer Wandel)

Methode	**Merkmale der Studie**
• Sekundäranalyse, u.a. auf Grundlage des Bundesfreiwilligensurvey • Bericht entstand in dialogorientierter Arbeitsweise, öffentlichen Präsentationen, Diskussionen, Workshops, Foren etc.	**Region**: bundesweit **Zeitraum der Studiendurchführung:** nicht genannt **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Kernaussagen des Zweiten Engagementberichts:

- Bürger*innen greifen gesellschaftliche Herausforderungen aktiv auf.
- Die Mitverantwortung der Bürger*innen nimmt zu und hat viele Gesichter.
- Engagement beruht auf einer freien Entscheidung. Es darf nicht funktionalisiert werden.
- Ein aktiver Staat und aktive Bürger*innen sind zwei Seiten einer Medaille.
- Gesellschaftliche Mitgestaltung der Bürger*innen braucht „*Good Governance*“.
- Engagementpolitik ist wesentlicher Baustein für zukunftsgerichtetes Handeln von Parlament und Regierung.
- Zentrale Themen von freiwilligem Engagement sind Geflüchtete und Migration.
- Monetarisierung von Engagement gewinnt an Bedeutung.
- Engagement und Bildung beeinflussen sich im hohen Maße.
- Engagement und politische Beteiligung gehören in einer demokratischen Gesellschaft zusammen: Debatten um politische Mitbeteiligung (Partizipation) und Engagement werden bislang jedoch oft zweigleisig geführt.
  - ➢ Engagementpolitik von Bund, Ländern und Kommunen ist gut beraten, politische Partizipation und freiwilliges Engagement stärker zusammenzudenken.
- Wo Ausgrenzungstendenzen wirken, kann auch das freiwillige Engagement, das der gesamten Gesellschaft dienen soll, zur Vergrößerung und Verfestigung sozialer Ungleichheit beitragen.

- In peripheren Räumen verschärfen sich: demografische und wirtschaftliche Probleme durch selektive Abwanderung, eine zunehmend zu beobachtende Demokratieskepsis, Anfälligkeit für extreme Positionen und Gruppierungen.
- Dort, wo es keine Angebote mehr gibt, gewinnen Engagement und Eigenorganisation an Bedeutung.
- Je kleiner der Ort und je dünner besiedelt die Region ist, desto weniger Versorgung und kommerzielle Unterhaltungs-, Kultur-, Freizeit- und Sportangebote gibt es und desto wichtiger werden Geselligkeit, Gemeinschaft und selbstorganisierte Angebote.
- Wichtig sind Treffpunkte und Orte der Begegnung für gemeinsame Aktivitäten wie Dorfgemeinschaftshäuser, Generationenhäuser oder Vereinsräume.
- Engagement ist in den betroffenen Regionen kein „Luxus“, es wird vielmehr existenziell und zu einem harten Standortfaktor für das Überleben der Ortschaften. Dabei droht das wesentliche Element von Engagement – die Freiwilligkeit – verloren zu gehen.
- Bürgerschaftlich getragene Aktivitäten können v.a. in kleinen Gemeinden den entscheidenden Unterschied zwischen Entwicklung und Stagnation machen. Es werden sich nur jene betroffenen Dörfer stabilisieren, in denen aktive Bewohner*innen für attraktive Lebensbedingungen sorgen. Die entscheidende Frage für die Zukunft der peripheren Dörfer ist jedoch, ob es gelingt, mit den strukturellen Veränderungen umzugehen und neue, tragfähige Lösungen für die Gestaltung der eigenen Lebensqualität zu finden.

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Grundsätzlich sollte Vielfalt von Engagement in einer Zivilgesellschaft anerkannt werden
- Der demografische Wandel sollte als sozialer Wandel verstanden und aktiv gestaltet werden,

- Herausforderungen im Engagement für Geflüchtete und Asylsuchende sollten kooperativ bearbeitet werden.
- Das vielfältige Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund muss mehr als bisher in seiner ganzen Breite wahrgenommen und respektiert werden;
- Wichtige Beitrag des Engagements für die kommunale Daseinsvorsorge ist zu berücksichtigen, ohne die Pflichtaufgaben in der Daseinsvorsorge infrage zu stellen;
- Soziale Unternehmen und Genoss*innenschaften sollten als Partner*innen berücksichtigt werden;
- Fragen des Engagements müssen mit Formen der Mitsprache und einer sich auch auf Engagement stützenden Gestaltung von Aufgaben der Daseinsvorsorge verknüpft werden;
- Engagementthemen die stärker regional fundiert werden sollten sind ferner: Sicherung der Mobilität, Klima- und Energiepolitik, Katastrophenschutz, das Gesundheitssystem, Pflege und Sorgearbeit, Kulturpolitik
- Vorgeschlagene Maßnahmen zur Förderung freiwilligen Engagements im ländlichen Raum unterscheiden sich in weiten Teilen grundsätzlich nicht von denen, die auch für andere kommunale Zusammenhänge formuliert werden: Anerkennungskultur fördern, Institutionen der Engagementförderung einrichten und unterstützen, Informationsangebote zu Ehrenamt und freiwilligem Engagement verbessern, Fachkräfte schulen, lokale Wirtschaftsunternehmen einbinden, Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen beteiligen

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Politik • Verwaltung • Wissenschaft	Das Stützen von Argumentationen hinsichtlich des Umgangs mit Engagement grundsätzlich, der Benennung von fördernden und hemmenden Faktoren, Verbindung von Engagement und Themen der Sozialpolitik

Autor*innen: Thomas Klie, Anna Wiebke Klie, Silke Marzluff

online: www.bmfsfj.de/blob/115588/53875422c913358b78f183996cb43eaf/zweiter-engagementbericht-2016---engagementmonitor-2016-data.pdf [05.05.2019]

Butzin, Anna/Gärtner, Stefan (2017): Bürgerschaftliches Engagement, Koproduktion und das Leitbild gleichwertiger Lebensbedingungen. In: 5R-Netzwerk [Hrsg.]: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning. Springer Berlin Heidelberg: Berlin, Heidelberg, S. 513-526.	**9**

Ziel der Studie	Schwerpunktsetzung
Beantwortung der Frage, wie bürgerschaftliches Engagement auch in strukturschwachen und peripheren Regionen aktiviert werden kann und welche Unterstützungsfelder dabei eine Rolle spielen; aufzuzeigen, dass Raumdilemma zwischen schwachen und noch schwächeren Regionen besteht	bürgerschaftliches Engagement (Engagementförderung)

Methode	Merkmale der Studie
Auswertung von 170 Initiativen bürgerschaftlichen Engagements, 12 Fallstudien zur Entstehungsgeschichte der jeweiligen Initiative durch Interviews	**Region**: bundesweit **Zeitraum der Studiendurchführung:** nicht genannt **genannte Finanzierung:** Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Ergebnisse der Studie

Mehrzahl der Engagierten findet sich in eher gut situierten Regionen, die von einer staatlichen Förderung des Ehrenamts im Gegensatz zu strukturschwachen Regionen profitieren; dies kann negative Auswirkungen auf das Ziel gleichwertiger regionaler Lebensbedingungen haben.

Engagement fördernd wirkt:

- Förderkulissen, die eher bedürftige Regionen adressieren und dafür adäquate Instrumente vorsehen. Auch auf das Potenzial strukturschwacher Räume (z. B. leerstehende Gebäude, die für solche Angebote genutzt werden könnten) sollte dabei besonders hingewiesen werden
- Aufbereitung und zur Verfügung stellen der Erfolgs- und Aktivierungsfaktoren von bürgerschaftlichen Initiativen der Daseinsvorsorge neben Aktivierungsprozess auch Organisation eines Lern- und Begleitprozesses
- gute finanzielle Ausstattung, aber auch Anerkennung
- Wahrnehmung eines Missstandes allein reicht nicht, es bedarf einer Lösungsidee und konkreter Tätigkeitsfelder (Voraussetzung dafür ist Offenheit gegenüber Neuem und Bereitschaft zu experimentieren, außerdem hilfreich, Erfolgsgeschichten zu hören, dass sich regionale Lebensqualität gestalten lässt)
- Vorhandene etablierte Kooperationsstrukturen wirken förderlich
- Engagement darf persönlichen Zeit- und Kräftekapazitäten nicht übersteigen
- Einbindung unterschiedlicher Akteur*innen wurde in den Interviews als wesentlicher Erfolgsfaktor der Initiativen bezeichnet
- Wille der Kommune und engagierter Beamter entscheidend
- Ausreichend Kapital

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Wissenschaft und Forschung • Politik • Verwaltungen	• Argumentationen hinsichtlich der gezielten Förderung von besonders schwachen Regionen • Nachschlagen von Literatur zum Thema Raumdilemma • Bezug auf breitere wissenschaftliche Konzepte

Autor*innen: Anna Butzin, Stefan Gärtner

online: kein Onlinezugang

Dienel, Liudger/Walk, Heike (2011): The Role of Civic Engagement in Trisectoral Governance Approaches as Factors for Success in East German Municipalities. In: Local Government Studies 37, 3, S. 317-334.	**10**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Bearbeitung der Fragestellung, ob trisektorale Governance-Ansätze, die insb. bürgerschaftliches Engagement berücksichtigen, in Ostdeutschland besonders erfolgreich sind. These: Trisektorale Ansätze funktionieren gut, die drei Sektoren sind allerdings zu wenig vernetzt	bürgerschaftliches Engagement (Kontext trisektorale Governance)

Methode	**Merkmale der Studie**
Sekundäranalyse, nimmt Bezug auf zwei Beispiele in Ostdeutschland	**Region**: Ostdeutschland **Zeitraum der Studiendurchführung:** nicht genannt **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

- Oft wird zu sehr mit typisch westdeutschem Blick geforscht und informelle Netzwerke übersehen, die in Ostdeutschland existieren; offizielle oder formalere Netzwerke sind oftmals nach der Wiedervereinigung weggefallen ohne ersetzt zu werden; außerdem kämpfen ostdeutsche Kommunen mit dem demografischen Wandel und der Alterung der Bevölkerung
- Mehrfachidentitäten vieler Ostdeutscher, die sowohl in ländlichen Regionen als auch in der Stadt zuhause sind müssen stärker berücksichtigt werden
- Ostdeutsche Unternehmen sind in trisektoralen Netzwerken unterrepräsentiert
- Es fehlt an Infrastruktur (z.B. Orten an denen sich getroffen werden kann) aber auch an speziellen Programmen, die Engagement fördern und Engagierte ansprechen (Betonung der Wichtigkeit von Engagementlots*innen)
- Engagementbegriff spielt eine Rolle: Ostdeutsche helfen sich gegenseitig im Alltag ohne dies notwendigerweise als Engagement zu verstehen

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Empfohlen wird die freie Wahl des Betätigungsfeldes, angepasst an die biografischen und thematischen Bedürfnisse der Bevölkerung.
- Des Weiteren wird betont die demografischen Veränderungen als Chance zu begreifen neue Herangehensweisen und Politikansätze zu entwickeln.
- Empfohlen wird eine Mischung aus klassischen und neueren Methoden der Engagementförderung (Stichwort: Ehrenamtsnachweis) sowie die Rolle der Unternehmen betont: Wertschätzung von Engagement und die Schaffung zeitlicher Rahmenbedingungen

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Forschung • Wissenschaft • Trisektorale Akteur*innen	• Begründung weiterer Forschungsvorhaben • Aufzeigen von Forschungslücken insbesondere in Bezug auf trisektorales Erkenntnisinteresse

Autor*innen: Liudger Dienel, Heike Walk

online: kein Onlinezugang

Eisentraut, Roswitha [Hrsg.] (2009): Alternde Räume: Soziales Kapital und ländlicher Raum Sachsen-Anhalts. Entwicklung von Lebensqualität im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts. Der Hallesche Graureiher.	**11**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Wie können inter- und intragenerationelle Beziehungen zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt, v.a. von Kindern und Jugendlichen beitragen?	bürgerschaftliches Engagement (Strukturabbau / außerfamiliäre Generationenbeziehungen)

Methode	**Merkmale der Studie**
Sekundäranalyse / qualitative Studie (Interviews)	**Region**: Landkreis Anhalt-Bitterfeld **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2008-2009 **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

- nur wenige Personen aus den Bevölkerungsgruppen „unter 26“ und „über 65“ sind ehrenamtlich engagiert
- Beim Vergleich der Frauen- und Männeranteile an ehrenamtlich tätigen Personen ist auffallend, dass bei den vergleichsweise kleineren Untersuchungseinheiten MehrWERT und Halle insgesamt mehr Frauen freiwillig engagiert sind. Dagegen weisen die größeren Untersuchungseinheiten (Sachsen-Anhalt und Deutschland) durchweg einen größeren Männeranteil auf
- Untersuchung der Vernetzung und Vermittlung zeigt, dass mit zunehmender Entfernung das Netzwerk zwischen der Agentur, den Vereinen und den Engagierten abnimmt
- Mit neuen Projekten, die z.B. den intergenerationellen Dialog fördern, könnten die Generationen von den Potentialen der jeweils anderen profitieren und somit Verbesserung ihrer Lebensqualität herbeiführen
- mit verschiedenen Lebenssituationen liegen auch unterschiedliche Motive für freiwilliges Engagement vor
- vor dem Engagementbeginn der Befragten aus der jüngsten und der dritten Generation war eher ein Mangel an Sozialkapital vorhanden
- Die Folgen des Strukturabbaus im ländlichen Raum veranlassen Jugendliche abzuwandern, auch wenn sie in Vereinen organisiert waren und dort soziales Kapital gebildet haben
- Begegnungsorte wie Mehrgenerationenhäuser und Frauenzentren führen zu generationsübergreifender Vernetzung und Austausch
- Die mobile Infrastruktur im ländlichen Raum ist für die Schüler*innenbeförderung gesetzlich geregelt. Darüber hinaus ist sie nicht regelmäßig gewährleistet. Durch freiwillig Engagierte (z.B. in der Volkssolidarität) ist die Mobilität Älterer im Untersuchungsraum gewährleistet
- Über Reiseunternehmen werden Ausflüge organisiert, die jedoch größtenteils von Älteren wahrgenommen werden und somit den Generationenaustausch nicht fördern
- Die ärztliche Versorgungsstruktur ist in ländlichen Räumen schwächer ausgeprägt als in Städten

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Anreize zur Neuansiedlung von Institutionen wie Allgemeinmedizinern im ländlichen Raum schaffen

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Studierende • beforschte Institutionen • Forschungsinstitution • Lehrende • Universitäten	wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel im Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Autor*innen: Annika Böhme, Katrin Dittmann, Juliane Ellinger, Anja Fröhlich, Tobias Goecke, Kathrin Heidecke, Diana Hendrich, Tina Henker, Claas Jansen, Mary Lange, Stefanie Langhof, Annika Löbner, Alexandra Meyer, Kristin Mieth, Josephine Müller, Alexander Naß, Katja Niemann, Susann Noack, Anja Ratteit, Christiane Sauer, Christian Schladitz, Christina Schubert, Daniela Stech, Susan Thinius, Anika Treder

online: https://www2.soziologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/0902.pdf

Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. [Hrsg.] (2016): Studie. Unsere 100 kleinsten Dörfer. Ergebnisbericht.

12

Ziel der Studie

Identifikation von Faktoren, die dazu beitragen, dass Gemeinden mit wenigen Einwohnern zukunftsfähig bleiben.

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (demografischer Wandel / Strukturabbau / Nachbarschaftshilfe)

Methode

qualitative Analyse (40 Interviews mit Gemeindebürgermeister*innen)

Merkmale der Studie

Region: Rheinland-Pfalz
Zeitraum der Studiendurchführung: Dezember 2015-April 2016
genannte Finanzierung: Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V.

Ergebnisse der Studie

- Positive Einschätzung der Lange und optimistische Prognosen für die Gemeinde - > fehlende Versorgungsstrukturen werden nicht bemängelt. -> werden durch Engagement gedeckt -> fehlende Mobilität wird nicht bemängelt, da nie anders gewesen
- Die Bevölkerungsentwicklung und die damit verbundenen Herausforderungen durch eine alternde Gesellschaft werden in den Ortsgemeinden bzw. von den kommunalpolitischen Akteuren nicht als Problem identifiziert und diskutiert. Vielmehr stehen dort tagesaktuelle Themen im Vordergrund.
- *Die Einschätzung der Bürgermeister in Bezug auf ihre Bevölkerungsentwicklung steht oftmals in Diskrepanz zu den tatsächlichen statistischen Zahlen: Deren Einschätzungen fallen deutlich optimistischer aus. Demzufolge werden Handlungsdruck und –erfordernisse nicht identifiziert, sondern eher von außen gesehen als von innen wahrgenommen.*
- Der enge Kontakt und die intensive Einbindung der Bürger*innen fördern das Ehrenamt. Die Hälfte der befragten Personen beschreibt aktive Nachbarschaftshilfe zu betreiben
- Die Bürgermeister fühlen sich für ihre Gemeinde verantwortlich -> nehmen Rolle des „Kümmerers“ ein.
- Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kooperieren die Ortsgemeinden (mehr oder weniger bewusst) bereits in unterschiedlichen Bereichen. Dabei lassen sich formalisierte Kooperationen von gemeinsamem Engagement zum Erhalt des Gemeindelebens unterscheiden.

Die Studie zeigt: Die Einwohnerzahl allein bestimmt nicht über die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinde. Es gibt weitere Einflussfaktoren wie z.B. Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe und Kooperationen, die eine wesentliche Rolle spielen können. Letztlich sind all diese Faktoren vor dem Hintergrund der Haushaltslage zu betrachten.

- *Die Auswertung der Ergebnisse zeigt, dass v.a. im Bereich räumliche Identifikation und Ehrenamt Kleinstgemeinden ein Vorbild sein können. Durch ein kommunikatives Gemeindeleben werden Einwohner und Neubürger in direkter Weise eingebunden und identifizieren sich stärker mit ihrem Wohnort, als in größeren Gemeinden. Das führt zu einer erhöhten Motivation, sich im Ehrenamt zu engagieren.*

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Ehrenamt sollte mit seinen Strukturen und Aktivitäten gefördert werden -> stellt einen wichtigen Bleibefaktor für (Neu-)Bürger dar und gleicht fehlende Strukturen der Daseinsvorsorge aus
- Sensibilisierung der Gemeinden bezüglich des demografischen Wandels könnte neue Impulse geben
- mit der Verbandsgemeinde- bzw. Kreisverwaltung Handlungsoptionen erarbeitet werden, wie zukünftigen Herausforderungen begegnet werden soll
- In Anbetracht der kommunalen Haushaltssituation und der damit verbundenen Pro-Kopf-Verschuldung sind Investitionen auf ihre Notwendig- und Nachhaltigkeit hin zu prüfen. Auch bei der Bezuschussung von kommunalen Projekten (Fördermittel), ist dies zu berücksichtigen.
- Initiativen zur Nachbarschaftshilfe fördern -> flexible nachbarschaftliche Zusammenschlüsse
- Pfarrgemeinden und kirchliche Strukturen als Partner

Adressat*innen

- (Lokal-) Politik
- Wissenschaft

Empfehlenswert für:

- Forschung
- Verdeutlichung der Wichtigkeit von Nachbarschaftshilfe im ländlichen Raum

Autor*innen: Anne-Marie Kilpert (Projektleitung) / durchgeführt von: entra-Gruppe

online: http://ea-rlp.de/wp-content/uploads/2017/12/20161028_Ergebnisbericht_der_Studie_Unsere_100_kleinsten_Doerfer.pdf

Freiwillig-sozial-aktiv – Freiwilligenzentrum für Stadt und Landkreis Gießen e.V. [Hrsg.] (2017): Engagement als Schlüsselfaktor für Entwicklung und Lebensqualität im Gießener Land.

13

Ziel der Studie

Herausarbeiten einer Bestandsaufnahme über Engagement in der Region Gießen und fördernder bzw. hemmender Faktoren

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement

Methode

- Bestandsaufnahme
- Workshops
- Interviews mit Akteur*innen aus der Praxis

Merkmale der Studie

Region: Gießen
Zeitraum der Studiendurchführung: 2016-2017
genannte Finanzierung: nicht genannt

Ergebnisse der Studie

- Gute Ideen und unternehmerische Initiativen sind wichtig
- Macher*innen und Beweger*innen spielen wichtige Rolle
- Neue Rollenbilder entstehen, aktive Verantwortungsübernahme statt nur Versorgungsempfänger*in
- Gelingensfaktoren sind gegenseitige Wertschätzung, Verlässlichkeit und Vertrauen
- Oft spielen persönliche Erfahrungen und Kompetenzen eine Rolle
- Ungewohntes Arbeiten in neuen oft unbekannten Konstellationen kann herausfordernd sein
- Hürden sind zu starre Regelungen, Mentalitäten und mangelnde Erfahrung

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Beteiligung ermöglichen, Akteur*innen sind vielfältig und sollten so akzeptiert werden, Ressourcen müssen geschaffen und bereitgestellt werden, Mitverantwortung übernommen und abgegeben werden, persönliche Ansprache zählt, Bürger*innenkompetenz sollte genutzt werden, ebenso: Erfahrungen und Netzwerke. Verbindungen zwischen öffentlicher und privater Verantwortung stärken

Adressat*innen

- Multiplikator*innen
- Verwaltung
- Engagierte
- Politik

Empfehlenswert für:

Erläutert anhand Guter-Praxis-Beispiele gelingende und hemmende Faktoren von Engagement

Autor*innen: Kathrin Kraft unter Mitarbeit von Adalbert Evers und Patricia Ortmann

online: www.giessenerland.de/wp-content/uploads/sites/31/2015/07/Brosch%C3%BCre_Engagement-als-Schl%C3%BCsselfaktor.pdf

Güldemann, Friederike (2016): Die Bedeutung von engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen im ländlichen Raum. Vorstellung eines Erfolgsmodells und Entwicklung eines Kriterienkatalogs. In: Mecklenburger AnStiftung [Hrsg.]: Engagementförderung im ländlichen Raum. Erfahrungen, Kriterien und Erkenntnisse aus Mecklenburg-Vorpommern S. 30-61.	**14**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Kriterienkatalog zur „Engagementförderung im ländlichen Raum“ als Analyseinstrument entwerfen	bürgerschaftliches Engagement (Strukturen, Vernetzung, Hürden, subjektorientiert, Entwicklung Fragenkatalog)

Methode	**Merkmale der Studie**
Erstellung eines Fragebogens anhand von Kriterien aus der Sekundärliteratur	**Region**: Mecklenburg-Vorpommern **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2015 **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Für gelingendes Engagement im ländlichen Raum sind wichtig:

- Räumlichkeiten / finanzielle Unterstützung • Unterstützung durch Institutionen und Gemeinden • Anerkennung •Bildung • Rechte • soziale Sicherung
- Eine wirklich mitreißende Wirkung kann Engagement erst dann erzielen, wenn die Qualität des Engagements sich dadurch ausdrückt, dass es spürbare und sichtbare Erfolge gibt.
- Einrichtungen im ländlichen Raum können gut, werden aber häufig nicht, multifunktional genutzt werden und so als Begegnungsorte dienen.
- Mit flächendeckend qualitativen Angeboten können die Einrichtungen als Knotenpunkte und Impulsgeber das ehrenamtliche Engagement im ländlichen Raum stärken und zum alltäglichen Bestandteil vieler Menschen machen.
  - ➢ zum Fragenkatalog siehe S.46-56 mit Anwendungsbeispiel

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Nicht nur die Lösung der ganz praktischen Probleme von Infrastruktur und Nahversorgung sollten für alle Akteure im Fokus stehen, sondern Geselligkeit und soziale Kommunikation als Ziele von Engagementaktivitäten

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Forschung • Multiplikator*innen (gerade in MV)	• Fragebogenausgabe an Institutionen • Mindmap zu anschauungszwecken 'Engagementförderung im ländlichen Raum' (S.45)

Autor*innen: Friederike Güldemann

online: www.anstiftung-mv.de/material/mecklenburger-anstiftung_2016_engagementfoerderung-im-laendlichen-raum.pdf

Hameister, Nicole/Tesch-Römer, Clemens (2016): Landkreise und kreisfreie Städte. Regionale Unterschiede im freiwilligen Engagement. In: Tesch-Römer, Clemens/Vogel, Claudia/Simonson, Julia [Hrsg.]: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Springer VS: Wiesbaden, S. 539-558.	**15**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Beurteilung von Engagement hinsichtlich regionaler Stadt-Land Unterschiede, siedlungsstruktureller Unterschiede und wirtschaftlichem Status und im Rahmen dessen nach Geschlecht, Alter und Bildungsgruppe	bürgerschaftliches Engagement (mit Schwerpunkt demografischer Wandel)

Methode	**Merkmale der Studie**
Interviews in standardisierten telefonischen Befragungen, quantitativ (Siehe Freiwilligensurvey)	**Region**: bundesweit **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2014 **genannte Finanzierung:** Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ergebnisse der Studie

- Deutlich mehr Engagement auf dem Land als in der Stadt (Engagementquote Land: 45,5 %, Stadt: 42,7 %)
- in ländlichen Kreisen größerer Unterschied zwischen den Engagementquoten von Männern und Frauen als in Städten, Männer aber jeweils höhere Quoten
- Außer in Altersgruppe ab 65 Jahre sind Menschen im ländlichen Raum mehr engagiert als in der Stadt
- Differenzen zwischen Bildungsgruppen sind sowohl in städtischen wie in ländlichen Regionen sehr ähnlich
- Die Verteilung der Bildungsgruppen ist in allen vier siedlungsstrukturellen Kreistypen sehr ähnlich: Die niedrigste Engagementquote findet sich durchgehend bei Personen mit niedriger Bildung, die höchste bei Personen mit hoher Bildung bzw. Schüler*innen
- Sehr niedrige Arbeitslosenquote ist förderlich für freiwilliges Engagement: Regionen mit geringer Arbeitslosigkeit weisen eine höhere Engagementquote auf als Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit
- Effekte des räumlichen Kontextes und *nicht* Effekte der Bevölkerungskomposition

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Es bedarf unter eher ungünstigen räumlichen Bedingungen besonders guter kommunaler Engagementförderung, um zum Engagement bereite Menschen dabei zu unterstützen, sich freiwillig zu engagieren

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Politik • Verwaltung • Programmplaner*innen	Sehr empfehlenswert für Stützen von Argumentationen hinsichtlich der Unterschiede von Stadt-Land, Geschlecht, Alter, Bildung.

Autor*innen: Nicole Hameister, Clemens Tesch-Römer

online:
https://www.bmfsfj.de/blob/93916/527470e383da76416d6fd1c17f720a7c/freiwilligensurvey-2014-langfassung-data.pdf

Haschke, Hanka (2018): Lokales Engagement im ländlichen Raum und der Beitrag von Kulturinstitutionen zur Entstehung dessen am Beispiel der TRAFO-Modellregion Oderbruch (Masterarbeit): Vechta.	**16**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
lokales Engagement als mögliche, lösungsorientierte Umgangsform mit Herausforderungen im ländlichen Raum (demografischer Wandel) Inwiefern können Kulturinstitutionen im ländlichen Raum einen Beitrag zur Förderung von lokalem Engagement leisten? Wie entsteht lokales Engagement? Und inwiefern können Kulturinstitutionen einen Beitrag zur Entstehung und Förderung von lokalem Engagement im ländlichen Raum leisten?	bürgerschaftliches Engagement (Strukturabbau / Kulturinstitutionen / demografischer Wandel / gesellschaftlicher Zusammenhalt / Inklusion / Abbau des Wohlfahrtsstaates)

Methode	**Merkmale der Studie**
Sekundäranalyse (Literatur) darauf aufbauen qualitative Forschung	**Region**: TRAFO-Region Oderbruch, hier: das ehemalige Freilichtmuseum (Oderbruch Museum Altranft) **Zeitraum der Studiendurchführung:** Anfang Februar 2017 bis Ende Februar 2018 (2015-2018) **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

- Kultureinrichtungen können einen Beitrag zur Entstehung von lokalem Engagement leisten, da sie in verschiedenen Formaten unterschiedlich stark Ortsbindungen und lokale soziale Kohäsion fördern können.
- besonders die landschaftliche Bildung eignet sich für die Förderung
- demografischer Wandel - Abwanderung - Alterung der Bevölkerung - steigende Kosten für Infrastruktur - Wegfall von Arbeitsplätzen - sinkende Steuereinnahmen → Schwierigkeiten in der Versorgung von Kommunen - zentrale Bündelung kommunaler und privatwirtschaftlicher Einrichtungen - Abwärtsspirale
- Lösungsansätze für die Verbesserung der Lebensverhältnisse entstehen häufig vor Ort
- Lösungen basieren auf gesellschaftlichem Engagement, sind meist partizipativ strukturiert, entstehen selbstbestimmt
- an Handlungsempfehlungen an die zuständigen politischen Akteure mangelt es nicht
- Kulturinstitutionen senden wichtige Impulse und sind am Gemeinwohl orientiert im Gegensatz zu privaten oder wirtschaftlichen Akteuren
- Kulturinstitutionen haben größere Spielräume als bspw. kommunale Ämter
- die Funktionalisierung von Engagement als Bewältigungsstrategie für Herausforderungen im ländlichen Raum sollte kritisch beleuchtet werden
- in kleinen Gemeinden ist das Engagement signifikant stärker ausgeprägt

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- begriffliche Abgrenzung von Engagement, Ehrenamt, lokalem Aktivwerden
- Die Diskussion von Engagement, Erwerbstätigkeit und nebenberuflicher Tätigkeit im Kontext von Postwachstumskonzepten
- welche Ausmaße und Strukturen sollten in einer Region gegeben sein, damit eine lokale soziale Kohäsion entstehen kann? (wichtig gerade in Bezug auf Gebietsreformen im Osten)

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Forschung • Kulturinstitutionen i. ländlichen Raum • (Kommunal-)Politik	• Forschung • Kulturinstitutionen i. ländlichen Raum • (Kommunal-)Politik

Autor*innen: Hanka Haschke

online: http://docplayer.org/113754504-Masterarbeit-am-beispiel-der-trafo-modellregion-oderbruch.html

Hessische Landesregierung [Hrsg.] (2015): „Ehrenamt sicher in die Zukunft". Ehrenamtliche Vereinsvorstände und Führungskräfte im ländlichen Raum gewinnen und halten. Kommunen unterstützen die Zukunftsfähigkeit ihrer Vereine.

17

Ziel der Studie

Untersuchung über die Rolle der Kommunen bei der Unterstützung von Vereinen

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (Vernetzung/ Kooperation / Vereinssterben/ Unterstützungsstrukturen durch Kommunen)

Methode

- qualitative Analyse
- Auswahl von 8 Projektkommunen aus Kommunen unter 20.000 Einwohner*innen
- Forschungs-Praxis-Projekt im Bottom-up-Format

3 Projektphasen

1 Phase: Sozialraumanalyse + Fragebögen an in Vereinen Tätige
2 Phase: gemeinsame Evaluation der Fragebögen, Workshops, Seminare
3 Phase: Verstetigung der Angebote + Evaluation

Merkmale der Studie

Region: Hessen (Eltville am Rhein, Grünberg, Gudensberg, Ronshausen, Usingen, Eschwege, Großalmerode, Wanfried)

Zeitraum der Studiendurchführung: 2013-2015 (Herbst 2012-2014)

genannte Finanzierung: Landesstiftung Miteinander in Hessen

Ergebnisse der Studie

- Für die Entwicklung der Vereine und ihrer Vorstände in ländlichen Regionen hat das Projekt gezeigt, dass traditionelle Wege erfolgreich durch neue ergänzt werden können, v.a. durch eine enge Zusammenarbeit der Vereine mit ihren Kommunen.
- Für eine Verstetigung der Unterstützung von Vereinen durch andere Akteure ist es zielführend zunächst eine Bestandsaufnahme der Vereine, ihrer aktuellen Situation und ihrer Perspektiven auch bezüglich der Vorstandsarbeit durchzuführen.
- Die Kommunen spielen eine wichtige Rolle in der nachhaltigen Sicherung des lokalen Vereinswesens.
- Die Vernetzung und Kooperation zwischen Vereinen hat positiven Einfluss und kann zu Synergieeffekten führen.
- Vereinsmitglieder verstehen sich mehr und mehr als „Kunden" und weisen eine Dienstleistermentalität auf gemäß der Einstellung – wir zahlen den Vereinsbeitrag, jetzt wollen wir konsumieren/genießen.

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Das Thema Vereinsentwicklung und Vereinsvorstandswechsel muss in jedem Fall vor Ort öffentlich diskutiert werden.
- In der Verwaltung sollte es gezielte Ansprechpartner und Anlaufstellen für die Vereine geben.
- Für eine Vernetzung von Vereinen ist eine gute Atmosphäre wichtig. Dies schafft Vertrauen und ermöglicht Transparenz.
- Fortbildungsangebote sollten gefördert werden, gerade die ohne weite Anfahrwege. Diese sollten mit den Vereinsvorsitzenden vor Ort abgesprochen werden, da das Vorhaben auf größere Resonanz stößt, wenn diese mit eingebunden sind
- Vereinsarbeit sollte entbürokratisiert werden

Adressat*innen

- Kommunen, die ihre Zusammenarbeit mit Vereinen stärken wollen.
- Engagierte (in Projektkommunen)

Empfehlenswert für:

- Ausgabe der Checklist für Kommunen (S.35-38)

Autor*innen: Claudia Koch

online: www.gemeinsam-aktiv.de/mm/mm001/Abschlussbericht_EASI.pdf

Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen-Bocholt-Recklinghausen [Hrsg.] (2015): Neue Kooperationen und Finanzierungsmodelle für die Daseinsvorsorge. Eine Analyse von 111 Initiativen. Forschung Aktuell, 11.	**18**
Ziel der Studie Systematische Bestandsaufnahme und Identifizierung von neuen Kooperations- und Finanzierungsmodellen im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur.	**Schwerpunktsetzung** bürgerschaftliches Engagement (Finanzierungsmöglichkeiten / Rechtsformen / Akteure)
Methode (1) Desk-research • Entwicklung eines Erhebungsrasters zur einheitlichen Analyse der einzelnen Initiativen und Projekte • Systematische Bestandsaufnahme (2) 11 Fallbeispiele untersucht + tiefergehende Analyse der Rahmenbedingungen möglicher Finanzierungsmodelle	**Merkmale der Studie** **Region**: bundesweit **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2013-2015 **genannte Finanzierung:** Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Ergebnisse der Studie • Aufgrund des demografischen Wandels und sinkender Budgets wird es zwar immer schwieriger, eine adäquate Infrastruktur im ländlichen Raum zu gewährleisten, doch existieren bereits neue kooperative Lösungsansätze und Finanzierungsmodelle. • Die wichtigste Rolle nimmt dabei die aktive Bürgerschaft ein, die von der Kommune und der lokalen Wirtschaft unterstützt wird. • Mit bestimmten Infrastruktureinrichtungen ist nicht notwendig eine festgelegte Rechtsform verbunden; vielmehr wird diese je nach lokalen Erfordernissen gewählt. • Finanziert werden Projekte und Initiativen in der Regel durch einen Mix aus verschiedenen Finanzierungsarten (Einnahmen, Spenden, Kredite). • Bürger*innen wollen sich immer stärker engagieren und Verantwortung übernehmen; Kommunen sollten dies im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe fördern, sich aber nicht völlig aus der Verantwortung zurückziehen	
Adressat*innen • Forschung	**Empfehlenswert für:** • kurzer Überblick über Finanzierungsmodelle, Rechts- und Akteursformen in sozialen und kulturellen Initiativen
Autor*innen: Anna Butzin, Sebastian Elbe, Bernhard, Faller, Stefan Gärtner, Florian Langguth, Ute Middelmann, Karin Weishaupt, Nora Wilmsmeier (Institut Arbeit und Technik, SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung und Quaestio Forschung & Beratung)	
online: www.econstor.eu/bitstream/10419/121864/1/838122817.pdf	

Institut für Kulturpolitik [Hrsg.] (2015): Förderpotenziale für die kulturelle Infrastruktur sowie für kulturelle Aktivitäten in ländlichen Räumen. Eine Bestandsaufnahme.	**19**

Ziel der Studie

Die Studie (= Problemanalyse und Materialsammlung) befasst sich mit planerischen Ansätzen zur Kulturpolitik und untersucht zentral Förderinstrumente anderer Ressorts aus der Perspektive der Kulturförderung mit dem Ziel der Abmilderung der Folgen des demografischen Wandels im ländlichen Raum. Ziel ist die Formulierung konkreter Handlungsanweisungen für Politik

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (Kulturpolitik)

Methode

Auswahl und qualitative Auswertung von 51 Programmen und Initiativen außerhalb des Kultur-Ressorts unterschiedlicher Träger um Austausch und Erfahrungen (u.a. anhand von best-practice-Beispielen) zu unterstützen

Merkmale der Studie

Region: bundesweit

Zeitraum der Studiendurchführung: o.A. bis 2015

genannte Finanzierung: nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Die Studie benennt und erläutert fünf Handlungsfelder und insbesondere **kulturpolitische Interventionsperspektiven:**

- Interkulturalitäts- und Fachkräftediskurs verschränken
- Beziehungsräume fördern
- Partizipative Verantwortungsräume identifizieren
- Kulturelle Prosumenten fördern sowie Transformative Kulturlandschaften fördern

Weiterhin werden **Bausteine für eine Strategie regionaler Kulturpolitik** in strukturschwachen ländlichen Räumen erläutert:

- Zentralität und Dezentralität ausgewogen gestalten
- Stationäre Angebote durch mobile Angebote ergänzen
- Kooperation vor Konkurrenz
- Institutionelle durch projektbezogene Förderung erweitern
- Angebots- und Nachfrageorientierung vermitteln
- Innen- und Außenorientierung ausbalancieren
- Laienarbeit qualifizieren
- Balance zwischen Neuem und Altem finden
- Bürgerschaftliches Engagement stärken
- Steuerung und Selbststeuerung

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Eine zukunftsfähige Kulturpolitik für ländliche Räume muss auf der strategischen Kopplung von lokaler und regionaler Spezifität, Politikberatung von unten, wertschätzender Beteiligung auf Augenhöhe, Aktivierung der Zivilgesellschaft und ressortübergreifender Regionalentwicklung basieren

Adressat*innen

- Verwaltungen, Landes- und Bundesregierung(en)
- Steuerungsbehörden
- weniger: Engagierte und Multiplikator*innen

Empfehlenswert für:

- Verwaltungen
- Landes- und Bundesregierung(en)

Autor*innen: Stefanie Ismaili-Rohleder, Beate Kegler (Kap. 1, 2, Anlage 1.1), Franz Kröger, Katharina Kucher, Gerhard Mahnken (Kap. 3, Anlage 1.2), Dr. Norbert Sievers Christine Wingert

online: www.kupoge.de/download/Studie_laendliche-kulturarbeit.pdf

Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen l Berlin SÖSTRA GmbH [Hrsg.] (2017): Es geht auch anders! Kreative Potenziale in ländlichen Räumen Ostdeutschlands. **20**

Ziel der Studie

Identifikation zukunftsweisender kreativer Projekte und Initiativen in ländlichen Regionen Ostdeutschlands und der Aspekte, die zur nachhaltigen Verbesserung der Versorgungs- und Lebensqualität vor Ort beitragen und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen/ innovative Engagementformen)

Methode

Gewählt wurde ein bewusst breites Verständnis von "kreativ und innovativ"
Aus 100 recherchierten Initiativen wurden in einem mehrstufigen Verfahren 55 Initiativen ausgewählt und im Rahmen eines Expert*innen-Workshops 20 Initiativen zur vertieften Auswahl selektiert
Befragung und Interviews mit Verantwortlichen bzw. Trägern der Initiativen sowie verantwortlichen Personen und Partner*innen und/oder Unterstützer*innen

Merkmale der Studie

Region: Ländliche Regionen in ganz Ostdeutschland
Zeitraum der Studiendurchführung:
genannte Finanzierung: Im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer im Rahmen des Forschungsauftrages „Kreativer Aufbruch in ländlichen strukturschwachen Räumen Ostdeutschlands", gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Ergebnisse der Studie

Fördernde Faktoren für den Erfolg von Projekten und Initiativen:

- Motivation für kreatives Handeln ist vielfältig
- Schlüsselpersonen spielen zentrale Rolle (Ideengeber*innen, gute Ortskenntnisse etc.)
- klare Zielstellung des Vorhabens, praxistaugliche Umsetzungskonzepte, Bündnispartner*innen mit Expertise
- es müssen passende Organisationsformen (Vereine, Genossenschaften etc.) gefunden werden
- Ausloten von Finanzierungsquellen (Förderanträge, Wissen über Verwaltungs- und Abrechnungsverfahren, Fundraisingkonzepte)
- Bündnispartner*innen suchen und binden
- Kommunikation organisieren und Partizipation ermöglichen
- Anerkennung motiviert

"Stolpersteine"/hinderliche Faktoren:

- (zu) knappe Ressourcen
- Unabwägbarkeiten auf Seiten der Akteur*inne und Unterstützer*innen
- die Problematik passende Förderangebote zu finden (diese passen selten zu kleinen oder kleineren Initiativen).
- Verwaltungshandeln kann hemmend wirken; Engagierte stoßen vor Ort immer wieder auf Misstrauen und fehlende Akzeptanz; insbesondere Zugezogene haben es schwerer, neue Ideen umzusetzen

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Initiator*innen: Offenheit, Bündnispartner*innen suchen, auch Skeptiker*innen einbinden, Ressourcen ausloten, Expertisen einholen
- Unterstützer*innen auf Gemeinde- und regionaler Ebene: mehr Offenheit wagen, Know-How anbieten, Honorieren und ermutigen
- Unterstützer*innen auf Bund- und Länderebene: Zugang zu Förderinstrumente erleichtern, Bürokratie gering halten, Anerkennungskultur stärken, Erfahrungsaustausch und so Transfer ermöglichen

Adressat*innen

- Unterstützer*innen auf Gemeinde- und regionaler Ebene
- Politik in Bund und Ländern
- Initiator*innen; Engagierte
- Multiplikator*innen

Empfehlenswert für:

Stützen von Argumentationen für Herangehensweisen an Projekte und Erfolgsfaktoren anhand von wissenschaftlich evaluierten Best-Practice Beispielen

Autor*innen: Simone Prick, Monika Putzing, Birgitt Wählisch, Gerd Walter, Carsten Welker

online: http://www.beauftragter-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/es-geht-auch-anders-kreativpotenziale.pdf?__blob=publicationFile&v=7

Kietzmann, Diana/Bischoff, Marie/Schmidt, Silke (2016): Motivationale Aspekte ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz in ländlichen Regionen, In: Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Stahl, Benjamin [Hrsg.]: Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum, Springer VS: Wiesbaden, S. 81-91.	**21**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Erhebung der Gründe für die Aufnahme eines ehrenamtlichen Engagements in Zivil- und Katastrophenschutz sowie der Einstellung der Engagierten	bürgerschaftliches Engagement (Katastrophenschutz)

Methode	**Merkmale der Studie**
Online-Befragung 4310 Engagierter Personen im Zivil- und Katastrophenschutz, von ihnen wohnen ca. 20 % in Dörfern und Landstädten	**Region**: bundesweit **Zeitraum der Studiendurchführung:** Februar - Juni 2014 **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

- Insbesondere das nähere soziale Umfeld (ehrenamtlich engagierte Familienmitglieder, Freud*innen und/oder Bekannte) oder auch Arbeitskolleg*innen haben Einfluss auf die Wahl des Ehrenamtes; weniger die Öffentlichkeitsarbeit oder Anlaufstellen wie Ehrenamtsmessen
- in ländlichen Regionen spielt das nähere soziale Umfeld eine größere Rolle als in Mittel- und Großstädten
- altruistische Orientierung der Befragten ist bedeutender als die selbstdienliche Orientierung; allgemein gaben die ehrenamtlich Engagierten an, dass ihnen Soziale Verantwortung, Selbsterfahrung und Soziale Bindung am bedeutendsten ist; Soziale Beeinflussung und Politische Verantwortung scheinen v.a. in eher ländlichen Regionen, mit weniger als 5 000 Einwohner*innen, von Bedeutung zu sein
- im Durchschnitt sind die Engagierten zufrieden mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit; dennoch haben bereits 55 % über eine Beendigung ihres Engagements nachgedacht, meistgenannter Grund ist die Unvereinbarkeit mit der beruflichen Tätigkeit

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Politik • Arbeitsmarkt-Akteur*innen • Multiplikator*innen	Argumentieren für mehr Geld (für Hauptamtliche, d.h. Angestellte) und Engagementförderung im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz

Autor*innen: Diana Kietzmann, Marie Bischoff, Silke Schmidt

online: kein Onlinezugang

Koch, Claudia (2011): Der Einfluss von Rahmenbedingungen auf bürgerschaftliches Engagement. In: Schmied, Doris/Born, Karl M./Bombeck, Henning [Hrsg.]: Aktive Dorfgemeinschaften. Partizipation und Bürgergesellschaft, RURAL, 5, Cuvillier Verlag: Göttingen, S. 33-46.	**22**

Ziel der Studie	Schwerpunktsetzung
• Gelingenden und Hemmende Rahmenbedingungen für Engagement aufzeigen • Formulierung von Anforderungen an unterschiedliche politische Ebenen zur Weiterentwicklung von Engagement	bürgerschaftliches Engagement

Methode	Merkmale der Studie
Sekundäranalyse	**Region**: Hessen **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2011 **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Gelingende Rahmenbedingungen:

- Strukturen wie Freiwilligenagenturen, Partner*innenschaftsmodelle, Nachbar*innenschafts- und Generationenhilfen
- Engagierte Verantwortliche wie z.B. Bürgermeister*innen
- Oftmals hemmend: Lokalpolitiker*innen die Kompetenzen nicht abgeben wollen

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension

- Lokalpolitiker*innen sollten sich als Ermöglicher*innen verstehen
- mehr Mitsprachemöglichkeiten und Handlungsfreiheit
- Umsetzung der geleisteten Vorarbeit
- Wertschätzung und Würdigung

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Politik • Verwaltung	Stützen von Argumentationen hinsichtlich gelingender Rahmenbedingungen

Autor*innen: Claudia Koch

online: kein Onlinezugang

Moser, Andrea/Fengler, Birgit/ Peter, Heike (2016): Ansätze für Zusammenarbeit in der Politik zur Förderung der ländlichen Entwicklung. Ergebnisse aus der 7-Länder-Evaluation 2007-2015. In: Schmied, Doris/ Wüstenrot Stiftung [Hrsg.]: Kooperation in ländlichen Räumen, RURAL, 8, Cuvillier Verlag: Göttingen, S. 75-87.	**23**
Ziel der Studie Untersucht wurde inwieweit sich bei Maßnahmen der Dorferneuerung- und Entwicklung Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Ebenen unter Beteiligung der Bevölkerung entwickelt.	**Schwerpunktsetzung** bürgerschaftliches Engagement (Zusammenarbeit mit der Gemeinde / Bottom-up-Initiativen)
Methode Quantitative und standardisierte Methoden der empirischen Sozialforschung: Ortbegehungen, Expert*innen-Interviews, Gruppendiskussionen, Dokumentenanalyse	**Merkmale der Studie** **Region**: bundesweit **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2007-2015 **genannte Finanzierung:** o.A.
Ergebnisse der Studie • Haltung kommunaler Verwaltung spielt wichtige Rolle, Offenheit als Voraussetzung • Zusammenarbeit bei Umsetzung führt zu hoher Akzeptanz in der Bevölkerung • Entscheidungsstrukturen transparent gestalten • Kontinuität und Stabilität als gelingende Faktoren • Zusammenarbeit entsteht oft durch Schaffung gemeinsamer Räume und damit verbundenen gemeinsamen Baumaßnahmen	
Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)	
Adressat*innen • Politik • Verwaltung	**Empfehlenswert für:** Gelingende Voraussetzungen für Engagement aufzeigen
Autor*innen: Andrea Moser, Birgit Fengler, Heike Peter	
online: kein Onlinezugang	

Neu, Claudia (2011): Mitbestimmung – Mitentscheiden – Mitgestalten. Partizipation und Bürgergesellschaft vor neuen Herausforderungen. In: Schmied, Doris/Born, Karl M./Bombeck, Henning [Hrsg.]: Aktive Dorfgemeinschaften. Partizipation und Bürgergesellschaft, RURAL, 5, Cuvillier Verlag: Göttingen, S. 95-108.	**24**

Ziel der Studie

Untersuchung der (infrastrukturellen) Anpassungsstrategien zur Erhaltung einer umfassenden Grundversorgung und Erhaltung von Lebensqualität in ländlichen Gemeinden. Weitere Forschungsfrage: Welchen (ehrenamtlichen) Beitrag können und wollen die Bewohner zukünftig für ihre Gemeinde leisten?

Schwerpunktsetzung

Wandel ländlicher Lebenswelten unter Schrumpfungsbedingungen, peripherer ländlicher Raum, bürgerschaftliches Engagement

Methode

Sekundäranalyse

Merkmale der Studie

Region: Mecklenburg-Vorpommern
Zeitraum der Studiendurchführung: 2006-2008
genannte Finanzierung: Land Mecklenburg-Vorpommern

Ergebnisse der Studie

- Es geht um ein neues Miteinander von Staats, Markt und Bürger*innen
- Wandel des bürgerschaftlichen Engagements als eine Antwort auf Strukturwandel und Schrumpfung
- Wandel von Engagement; neu: kommunale Aufgaben und Familienarbeit sowie Pflege
- Dilemma: weniger Menschen sollen mit weniger Mitteln mehr leisten
- Potential für Engagement ist da, viele wollen auch, Hoffnung ist also berechtigt
- Entwicklungen zur Übernahme von Daseinsvorsorge von Bürger*innen sollte nicht unkritisch aufgenommen werden, „kritische Hoffnung“
- Engagement braucht mehr Spielraum und Freiheit, Entscheidungskompetenzen, Umsetzungsmöglichkeiten, biografisch passgenaue und innovative Engagementangebote
- Schaffen von sozialen Orten
- Ausbau von multifunktionaler Nahversorgung

Die Publikation gibt eine Ergebniszusammenfassung im Rahmen einer Langzeitstudie in der Gemeinde Galenbeck. Weitere Publikationen zur Langzeitstudie:

Neu, Claudia et al (2007): Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck, Rostock. Online: https://www.isd.uni-rostock.de/fileadmin/uni-rostock/Alle_WSF/ISD/Forschung/Regionale_Forschung/Claudia_Neu_UA_-_Daseinsvorsorge_Im_Peripheren_Laendlichen_Raum.pdf [Zugriff: 11.08.2019].
Neu, Claudia et al (2009): Wohnortnahe Grundversorgung und Bürgerpartizipation – ein Praxisbeispiel aus Mecklenburg-Vorpommern, Rostock. Online: https://www.isd.uni-rostock.de/fileadmin/uni-rostock/Alle_WSF/ISD/Forschung/Regionale_Forschung/Claudia_Neu_UA_-_Wohnortnahe_Grundversorgung___Buergerpartizipation.pdf [Zugriff: 11.08.2019].
Nikolic, Ljubica (2013): Selbstversorgung zwischen Daseinsvorsorge und Ernährungssicherung – Vergleichende Analyse von zwei Fallstudien aus peripheren ländlichen Räumen, Masterarbeit, HS Niederrhein, 2013.

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Engagement braucht mehr Spielraum und Freiheiten, professionelle Unterstützung, sichere Rechtsformen, soziale Orte etc.

Adressat*innen

- Verwaltungen
- Politik
- Gesetzgeber*innen

Empfehlenswert für:

Stützen von Argumentationen hinsichtlich kritischer Auseinandersetzung mit der Übernahme von öffentlicher Daseinsvorsorge und bürgerschaftlichem Engagement

Autor*innen: Claudia Neu

online: kein Onlinezugang

nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung [Hrsg.] (2018): Gutachten Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Regionen Brandenburgs. Bestandaufnahme und Handlungsempfehlungen.	**25**

Ziel der Studie	Schwerpunktsetzung
Systematische Erfassung, Einordnung und Bewertung vorhandener Daten zum Engagement, um eine verlässliche Basis zu schaffen, auf der künftige engagementpolitische Entscheidungen gefällt werden können. Die Identifizierung der wichtigsten Problemfelder und Herausforderungen für das bürgerschaftliche Engagement im Kontext des demografischen Wandels baut auf dieser Datenbasis auf.	bürgerschaftliches Engagement (demografischer Wandel / Motive / Infrastruktur des Engagements / Engagementpotenzial / Finanzierung / Engagementstruktur)

Methode	Merkmale der Studie
Sekundäranalyse: • Freiwilligensurvey (FWS) • Bürgerbefragung (BB) (der Enquetekommission • Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ-Survey) 8 qualitative Interviews als Ergänzung	**Region**: Brandenburg **Zeitraum der Studiendurchführung:** ? (Auswertung von Daten von 1995-2018) **genannte Finanzierung:** Auftraggeber: Gutachten „Bürgerschaftliches Engagement in Brandenburg“ für die Enquete 6/1, Brandenburg

Ergebnisse der Studie

Die wichtigsten Ergebnisse für das Land Brandenburg

- Das freiwillige Engagement hat sich in Brandenburg erfreulich entwickelt. Mittlerweile engagieren sich 38,7% der Bevölkerung über 14 Jahre. Es gibt weiterhin einen Abstand zwischen den Engagementquoten der ostdeutschen und der westdeutschen Bundesländer.
- Frauen und Männer engagieren sich in Brandenburg in annähernd gleichem Umfang (Frauen 38%/ Männer 41%).
- Die Engagementquoten haben sich bei den mittleren und älteren Jahrgängen (30 –49 Jahre, 65 plus) weitgehend an die Engagementquoten der westdeutschen Bundesländer angeglichen. Auffallend niedrig zeigt sich im Vergleich das Engagement der jungen Alten zwischen 50 und 64 Jahren, das mit 36,3% um 11,3% niedriger liegt als im Westen.
- Bildung ist der wichtigste Engagement-begünstigende Faktor. Das gilt auch für Brandenburg. Allerdings ist nirgendwo die Engagementquote der gering gebildeten Menschen so niedrig wie in diesem Bundesland (16,1%). Freiwilliges Engagement kann zu einer Verstärkung ohnehin bestehender sozialer Ungleichheit beitragen.
- Während die Wahrung des Eigensinns des Engagements in konzeptionellen Überlegungen und in der Praxis des Ehrenamtes berücksichtig wird, werden eigenständige konzeptionelle Ansätze zum gesellschaftlichen Engagement der Wirtschaft weniger wahrgenommen und der konkreten Ausformung im Engagement in Städten und Gemeinden noch wenig Raum gegeben.

Die wichtigsten Ergebnisse für die ländlichen Räume

- Vereinsleben und Nachbarschaftshilfe gehören zur ländlichen Lebenskultur. In ländlichen Räumen sind daher die Engagementquoten höher als in Städten. In den ostdeutschen Ländern fällt die Abstufung der Engagementquote vom Land über den verdichteten Raum zur Stadt hin geringer aus als im Westen. In Brandenburg, wo sich das Engagement im ländlichen Raum und in Städten gleich hoch darstellt (43%), gilt das Muster gar nicht. Im verstädterten, kleinstädtischen Räumen ist die Engagementquote niedriger (35%).
- In den Dörfern der ländlichen Räume gibt es Anzeichen für eine Überlastung der Aktiven. In dieser Situation wirkt sich der Mangel an finanzieller Unterstützung zur Aufrechterhaltung des dörflichen Gemeinschaftslebens besonders negativ aus.
- Die Ausstattung mit Mitteln für die Projekt-und Gruppenarbeit ist den Engagierten im ländlichen Raum wichtig, Geld wird aber nicht als das Hauptproblem benannt. Die wichtigste Forderung lautet „Information und Beratung zum Ehrenamt“ (60%).

Infrastruktur des Engagements

- In kleinen Gemeinden unter 5000 Einwohnern sind fast alle zivilgesellschaftlichen Organisationen Vereine (94%).
- Es gibt keine statistischen Anzeichen für ein vermehrtes Vereinssterben im ländlichen Raum. Das Verhältnis von Vereinen zur Einwohnerzahl ist in den brandenburgischen Landkreisen mit durchschnittlich 7,1 Vereinen auf 1000 Einwohner vergleichsweise gut.

Als Zugangsweg ins Engagement sind Engagement vermittelnde Einrichtungen insbesondere für ältere Menschen von Bedeutung. Von den über 65-Jährigen erhielt jeder fünfte den Anstoß zum Engagement über eine Informations-und Kontaktstelle.

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Partizipativ eine Engagementstrategie erarbeiten. Der praktische Mehrwert einer partizipativ entwickelten Strategie besteht darin, Anerkennung und Wertschätzung zu signalisieren, indem nicht über die Köpfe der Aktiven hinweg etwas beschlossen wird. Mit einem partizipativen Prozess wird ein aktivierender Impuls gesetzt und zugleich die Grundlage für praxistaugliche Ansätze gelegt.
- Verlässliche Strukturen schaffen
  - Landesebene: Landeskoordinierungsstellen und Ehrenamtsstiftungen ausbauen
  - Kreisebene: Ehrenamtsbeauftragte als Mittler zwischen Engagement und Verwaltung etablieren
  - Konzept der partizipativen Kommune ausbauen
  - Stärkung der dörflichen Möglichkeiten - besondere Unterstützung v.a. bei den Themen „Nachfolge in der Vereinsleitung“, „Vereinsfusionen “und „Modernisierung“ leisten.
- Engagement unterstützende Infrastruktur sichern
- Finanzielle Anreize setzen
  - Keine Vergütung aber Fahrtkostenerstattungen
  - Mikroprojekte fördern, kommunale Budgets für ehrenamtliche Projekte
- Programme und Wettbewerbe nachhaltiger gestalten
- Demokratische Kultur fördern
- Qualifizierung und Empowerment fördern
- Offene Zugangswege ins Engagement bekannt machen
- Ehrenamt anerkennen und wertschätzen
- bildungs-und sozialpolitische Förderung ausbauen

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Forschung • Politik	• Untermauerung von Vorträgen durch Grafiken in Bezug auf die Situation in Brandenburg

Autor*innen: Christine von Blanckenburg, Ina Metzner, Sarah Sobottka

online:
www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Gutachten%20b%C3%BCrgerschaftliches%20Engagement%20in%20Brandenburg-2019-01-09.pdf

Schubert, Christoph (2018): Soziale Innovationen im ländlichen Raum. Zivilgesellschaft und kommunale Verwaltungsstrukturen als begünstigende und hemmende Faktoren. In: Franz, Hans-Werner/Kaletka, Christoph [Hrsg.]: Soziale Innovationen lokal gestalten, Springer VS: Wiesbaden.	**26**
Ziel der Studie Strukturen aufzuzeigen, die soziale Innovationen (die versuchen einen Umgang mit dem demografischen Wandel zu finden) begünstigen oder hemmen, unter Berücksichtigung (1) kommunaler Verwaltungsstrukturen und (2) der vorhandenen Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements	**Schwerpunktsetzung** bürgerschaftliches Engagement
Methode Fallstudien in drei exemplarischen Gemeinden (Auswahlkriterien: Ländlichkeit der Kreise, Betroffenheit von Schrumpfung, Bildungs- und medizinische Infrastruktur) jeweils: Initialinterview mit Bürgermeister*in, zwei einwöchige Forschungsaufenthalte (insgesamt über 40 ca. einstündige semi-strukturierte Interviews mit Bürgermeister*innen, Kommunalpolitiker*innen, Vereinsvorsitzenden und anderen Engagierten), des Weiteren Feldnotizen, Beschreibungen ethnografischer Ortsspaziergänge und eine Recherche in den lokal relevanten Print- und Onlinemedien	**Merkmale der Studie** **Region**: • Landkreis Tirschenreuth, Bayern, • Landkreis Stendal, Sachsen-Anhalt • Landkreis Vulkaneifel, Rheinland-Pfalz **Zeitraum der Studiendurchführung:** Juli 2014 – September 2015 **genannte Finanzierung:** nicht genannt
Ergebnisse der Studie • Die Bewältigung der Herausforderung ländlicher Orte ist abhängig von (1) der jeweiligen kommunalen Verwaltungsstruktur, (2) dem Handeln übergeordneter Instanzen wie Landkreis oder Bundesland sowie (3) der Rolle einzelner Kommunalpolitiker*innen und der*s jeweiligen Bürgermeister*in. Diese drei Elemente können soziale Innovationen begünstigen oder hemmen. • Politische und administrative Autonomie erhöht Potential auf individuelle Herausforderungen reagieren zu können (individuelle Handlungsspielräume) • Dienstleistungskommunen können bürgerschaftliches Engagement erschweren, zivilgesellschaftliche Engagierte können individuellere und kleinräumigere Lösungen und Innovationen suche • Soziale Innovationen brauchen Initiator*innen, hier spielt der*die Bürgermeister*in oft eine wichtige Rolle • Spielt kommunale Parteipolitik eine wichtige Rolle kann dies in der Wahrnehmung der Bürger*innen zu einer Professionalisierung der Kommunalpolitik und somit zu weniger Engagement der Bürger*innen führen • weniger Steuerung von Kommunalpolitik etc. birgt großes Potential für soziale Innovationen aus der Zivilgesellschaft • Feuerwehr spielt in allen drei Orten entscheidende Rolle, in Rheinland-Pfalz und Bayer auch die Kirche; durch den Systemumbruch 1989/90 herrscht in Sachsen-Anhalt anderes Maß an Tradition und es gibt weniger Vereine • Vereine oftmals mit eigenem Erhalt und Gewinnung neuer Mitglieder beschäftigt, so dass nicht viel Innovation von ihnen ausgeht • Insbesondere Zugezogene aus städtischem Kontext oder mit Hochschulabschluss erweisen sich als förderlich für soziale Innovationen • Vereine erweisen sich dann als innovationsfördernd, wenn sie es schaffen nicht aktive Menschen in ihre Strukturen zu integrieren, als innovationshemmend wenn die Akteur*innen so stark integriert sind, dass keine freien Ressourcen mehr für die Bearbeitung neuer Herausforderungen verfügbar sind	
Adressat*innen • Forschung • Verwaltung	**Empfehlenswert für:** stützt Argumentationen hinsichtlich der Betonung regionaler Unterschiede
Autor*innen: Christoph Schubert	
online: kein Onlinezugang	

Schwarzenberg, Tom/Miggelbrik, Judith/Meyer, Frank (2017): „Nicht für Erich Honecker früher oder heute für Angela Merkel, sondern für sich selber" – Eine Fallstudie zu ehrenamtlichen Engagementformen im ländlichen Raum zwischen gesellschaftspolitischen Ansprüchen und individuellen Wahrnehmungen. In: 5R-Netzwerk [Hrsg.]: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning. Springer Berlin Heidelberg: Berlin, Heidelberg, S. 563-576.	**27**

Ziel der Studie

Regional problematisierte Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Engagementformen nicht in erster Linie als Entitäten bzw. statische Parameter zu verstehen, sondern in ihrer individuell ausgehandelten Relevanz betrachten. Hierbei wird die soziale Aushandlung von Verantwortlichkeiten zwischen kommunal-hauptamtlichen und ehrenamtlichen Akteuren untersucht

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (demografischer Wandel / Forschungsdiskurse um Ehrenamt und ländlicher Raum / Abbau des Wohlfahrtsstaats)

Methode

10 problemzentrierte Interviews

- 1 Gruppendiskussion mit ehrenamtlich engagierten Personen
- daraus abgeleitet wurden 9 Experteninterviews mit Bürgermeister*innen und Mitarbeiter*innen von Verwaltungsstrukturen einbezogen

Merkmale der Studie

Region: Thüringen (Altenburger Land)
Zeitraum der Studiendurchführung: November 2015 - April 2016
genannte Finanzierung: nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Ergebnisse aus den Interviews

- Es findet eine schleichende Ausdehnung des ehrenamtlichen Engagements statt, die früher von der Kommune getragene Aufgaben übernimmt.
- Der Strukturabbau wird hingenommen und nicht hinterfragt.
- in einigen Interviews wird diffus 'die Politik' verantwortlich für den Rückbau der Finanzierungen gemacht.
- die Kommunalpolitik wird nicht angeklagt, sondern der Abbau der Kommunalfinanzen rationalisiert und legitimiert. Responsibilisierung führt nicht zur Schuldzuweisung.
- ehrenamtliches Engagement wird primär als freiwillig, intrinsisches Engagement verstanden
- die Übernahme der Daseinsvorsorge wird nicht als aufoktroyiert wahrgenommen. Erst sekundär wird über entwicklungspolitische Zusammenhänge als struktureller Lückenfüller nachgedacht.
- Engagement entspringt individuellen Bedürfnissen. Es gibt keine homogen agierende Einheit von Ehrenamtlichen.
- Engagierte sprechen an, dass sie einen Standard bewahren möchten, deswegen übernehmen sie ehrenamtlich Aufgaben.
- Die als ursächlich problematisierten Rahmenbedingungen mehrheitlich auf einer Ebene jenseits direkter kommunaler sozialer Bezüge im ländlichen Raum und damit meist auch außerhalb der alltäglichen Reichweite der Akteure verortet.
- Der Umstand, dass die Finanzierung und damit letztlich auch die Abhängigkeit von institutionalisierter Engagementförderung eine große Rolle spielen, führt dazu, dass die finanzielle Realisierbarkeit einem beschriebenen ehrenamtsbezogenen Idealismus latent entgegensteht.
- Die Bürgernähe und eine direkte materielle *‚unbürokratische' Förderung wird durch mögliche Gebietsreformen als existenziell bedroht gesehen. Gewohnte Gemeindestrukturen scheinen den ehrenamtlichen Tätigkeiten als handlungsrelevanter Raumbezug zugrunde zu liegen.*
- Die Abwanderung junger Menschen führt zu einer instabilen Vereinslandschaft.

Ergebnisse zum Forschungsdiskurs

- die Begriffe Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit oder zivilgesellschaftliches Engagement, etc. werden wenig differenziert gebraucht.
- Ehrenamt im ländlichen Raum wird dabei oft als eine mögliche Bottom-up-Strategie im Umgang mit demografischen Schrumpfungsprozessen diskutiert. Im Zuge dieser Funktionalisierungstendenzen von unten nach oben dominieren kausale Argumentationslinien im Sinne von mehr Engagement und lokaler Verantwortung als eine logische und konsequente Reaktion auf Schrumpfungsprozesse, die dabei jedoch tieferliegende Fragen hinsichtlich der Komplexität der Thematik sowie einer möglichen Überforderung gesellschaftlicher Strukturen aus dem (hergestellten) Zusammenhang ausblenden

- In wissenschaftlichen Debatten wird ehrenamtliches Engagement in schrumpfenden ländlichen Regionen zumeist im Kontext der Sicherung einer vom Wegfall bedrohten Daseinsvorsorge diskutiert.
- ehrenamtlich Engagierte werden oftmals funktional Betrachtet und bekommen von Seiten der Politik immer mehr Verantwortung zugesprochen.
- Dem Ehrenamt als (Teil einer) Anpassungs- bzw. Bewältigungsstrategie, um der zunehmend problematisierten Aushöhlung des Prinzips gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu begegnen, wird v.a. in jüngerer Zeit wissenschaftliche wie politische Aufmerksamkeit zuteil.
- Es ist ein gesellschaftspolitischer Transformationsprozess im Gange, der in der Governance-Forschung als Wandel weg von einem „aktiven Wohlfahrtsstaat" (Jann/Wegrich 2010: 177) hin zu einem Leitbild des „aktivierenden Staates" (Jann/Wegrich 2010: 182) bezeichnet wird.
- Eine Sichtweise auf Ehrenamt als Füller für ‚Löcher' im Dienstleistungsspektrum des modernen Sozialstaats" blendet dabei mutmaßlich besondere Qualitäten des Engagements aus bzw. kann perspektivisch – im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung – zu einer tatsächlichen Einengung des Tätigkeitsspektrums führen.

Literatur: Jann, Werner/Wegrich, Kai 2010. Governance und Verwaltungspolitik: Leitbilder und Reformkonzepte, in: Benz, Arthur/Dose, Nicolai [Hrsg.]: Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 175–200.

zukünftige Forschung

Ehrenamt sollte nicht nur lokal und fallspezifisch betrachtet werden, sondern in politischen Arenen auch integrativ und ressortübergreifend gedacht werden muss, um nicht mit kausal abgeleiteten Hypothesen und daran angelehnten Forderungen an den Lebenswirklichkeiten ehrenamtlich Engagierter vorbei zu planen oder zu forschen.

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Forschung	• Grundsätzlicher Einstieg in die Forschungsdiskurse zu Engagement im ländlichen Raum. (Sehr empfehlenswert!)

Autor*innen: Schwarzenberg, Tom/Miggelbrik, Judith/Meyer, Frank

online: kein Onlinezugang

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz [Hrsg.] (2015): Gestalten oder gestaltet werden? Ländlicher Raum und demografischer Wandel als Kontext zivilgesellschaftlicher Organisationen in Rheinland-Pfalz. ZiviZ-Landesauswertung Rheinland-Pfalz im Auftrag der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz.	**28**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Analyse des Engagementpotenzials im ländlichen Raum Rheinland-Pfalzes unter Vorzeichen des demografischen Wandels	bürgerschaftliches Engagement (demografischer Wandel / Engagementstrukturen / Vernetzung)

Methode	**Merkmale der Studie**
Sekundäranalyse des ZiviZ-Survey	**Region**: Rheinland-Pfalz **Zeitraum der Studiendurchführung:** **genannte Finanzierung:** Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Ergebnisse der Studie

- Dritte Sektor in Rheinland-Pfalz unterscheidet sich mit allen Stärken (v.a. traditionsreichen, historisch gewachsenen und von Ehrenamt getragenen Vereinen), aber auch mit spezifischen Herausforderungen vom Rest der Republik
- *Die Mobilisierung von Vereinsmitgliedern in ländlichen Raum wird immer schwieriger.*
- Rheinland-Pfalz hat eine der höchsten Vereinsdichten Deutschlands
- 48 % der Organisationen sind in Dörfern und Gemeinden ansässig; 36% der Organisationen berichten von rückläufigen Mitgliederzahlen seit 2007 (Deutschland 28%)
- Zivilgesellschaftliche Vereine sehen sich der Erwartung ausgesetzt, zentrale gesellschaftspolitische Herausforderungen zu lösen, sind jedoch eben diesen ausgesetzt.
- In Rheinland-Pfalz sind über 90% der Organisationen Traditionsvereine - im Vergleich: in Berlin hat sich die Hälfte der Organisationen dieses Bereichs erst in den letzten zehn Jahren gegründet.
- Die regionalen Unterschiede organisierter Zivilgesellschaft sind in Deutschland erheblich.
- Organisierte Zivilgesellschaft agiert v.a. kommunal (80 % Organisationen mit kommunalen Fokus; Deutschland: 72%).
- Organisierte Zivilgesellschaft kooperiert in erster Linie untereinander (Rheinland-Pfalz: 52 %; Deutschland: 55 %). An zweiter Stelle folgen kommunale Einrichtungen und Ämter (Rheinland-Pfalz: 42%; Deutschland: 5 %). auf Platz drei folgt die Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Unternehmen (Rheinland-Pfalz: 18%; Deutschland: 24 %).
- Je größer die Organisationen, umso stärker sind deren Kooperationsstrukturen ausgebaut.
- kleine Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organisationen sind oft mit Problemen allein gelassen

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Die Gestaltung des bevorstehenden Wandels in der Vereinslandschaft rheinland-pfälzischer Dörfer und Gemeinden haben nur durch die systematische Abstimmung die Chance, Wirkung vor Ort zu erzielen. Es bedarf der Beteiligung vieler unterschiedlicher Politikfelder.
- Es ist wichtig, den überwiegend kleinen Vereinen Expertise zugänglich zu machen und unterstützende Angebote zu schaffen.
- Sozialer Wandel kann gestaltet, aber schwerlich aufgehalten werden. Bürgerschaftliches Engagement sollte bei der Gestaltung des ländlichen Raumes sowie des demografischen Wandels nicht allein als lösungswerkzeug, sondern in Wechselbeziehung zu größeren gesellschaftlichen Entwicklungen verstanden werden.
- Basierend auf der gefühlten Entwicklung vor Ort sowie der empirischen Datenlage, könnte eine öffentliche Debatte nötige Aufgeschlossenheit gegenüber kreativen Ideen fördern und somit den Mut stärken, altbekannte Pfade zu verlassen. Denn der Wandel beginnt im Kopf und nur über neue Diskurse verbreiten sich auch neue, zivilgesellschaftliche Lösungen.
- Mit einem Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz sollten Zusammenarbeit, bürgergesellschaftliches Bewusstsein und Informationsfluss auf Landesebene gefördert und institutionalisiert werden. Über eine solche vernetzungsplattform ließe sich auch der Dialog zwischen unterschiedlichen Ländern initiieren, um zielführende, kontextsensible Praktiken herauszuarbeiten.
- Die gesellschaftspolitische Debatte über die Qualität zivilgesellschaftlicher Arrangements sollte verstärkt werden – in der Praxis wie auch bei Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Drittem Sektor und Politik.

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik • Forschung • Multiplikator*innen	statistische Untermauerung von Angaben zur Zivilgesellschaft in Rheinland-Pfalz (mit Grafiken)

Autor*innen: Anaël Labigne, Holger Krimmer, Jana Priemer (ZiviZ)

online: www.ziviz.de/publikationen/ziviz-landesauswertung_rheinland-pfalz_2015

Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V./urbanizers [Hrsg.] (2014): "Erfassung bürgerschaftlichen Engagements und sozialer Teilhabe in der Region Westmecklenburg“ als Teil des Umsetzungsprojekts „Bewegung und Lebensqualität im Alter“. (Modellvorhaben der Raumordnung Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge).	**29**

Ziel der Studie	Schwerpunktsetzung
Es sollte erstens in einer Gesamtschau bürgerschaftliches Engagement und soziale Teilhabe auf Gemeindeebene erfasst werden sowie vertiefend analysiert werden. Der vorliegende Text bezieht sich in erster Linie auf die Gesamtschau des bürgerlichen Engagements.	bürgerschaftliches Engagement (unterschiedliche Typen des Engagements - Clusterung / Hemmende und Fördernde Faktoren)

Methode	Merkmale der Studie
• Sozialraumanalyse mit Schwerpunkt auf Engagementstrukturen • Analyse der öffentlichen Kommunikation • Auswertung vorangegangener Wettbewerbs- und Förderprogramme zum Thema • Interviews mit Vertretern aus 24 Ämtern und Expert*innen • Feldbegehung in 18 Gemeinden mit Gesprächen vor Ort	**Region**: Westmecklenburg **Zeitraum der Studiendurchführung:** **genannte Finanzierung:** Thünen-Institut

Ergebnisse der Studie

Clusterung bürgerschaftlichen Engagements:

Die Stützpfeiler (stark formalisierte Gruppen mit von außen vorgegebener Struktur, Finanzierung durch Dritte, Organisationsaufgaben müssen nicht von Beteiligten übernommen werden, Gruppen übernehmen teilweise hoheitliche Aufgaben, Aufgaben werden größtenteils überörtlich bestimmt (Z.B.: Freiwillige Feuerwehr, Kirche)

Die Alltagshelden (in überörtliche Struktur eingebettet, Möglichkeit der Partizipation ohne strukturgebende Aufgaben wahrzunehmen, überwiegend im Bereich Freizeitgestaltung angesiedelt / Z.B.: Sportvereine, Kleingartenverein, Tierzuchtverein, Volkssolidarität, Deutsches Rotes Kreuz)

Die Leuchttürme (agieren unabhängig von überörtlichen Strukturen, sind selbstorganisiert vor Ort, Gruppe kann nur bestehen, wenn sich die Mehrzahl aktiv an strukturgebenden Aufgaben beteiligt, Aktivitäten knüpfen direkt an den jeweiligen Ort an / Z.B.: Musik- oder Theatervereine, Plattdeutschgruppen, Heimat- und Dorfvereine)

Die Gestalter (Entwickeln Ideen in Eigeninitiative, Fokussieren die Entwicklung des Ortes über einzelne Themen hinaus und/oder werden in Beziehung zum demografischen Wandel gesetzt, Entwürfe für die Gemeindeentwicklung, agieren teilweise widerständig und aus der Unzufriedenheit heraus, entwickeln daraus aber konstruktive Impulse / z.B.: freie Wählergemeinschaften; Vereine, die nach zukunftsfähigen Wegen der Dorfentwicklung suchen)

Typen bürgerschaftlichen Engagements:

kooperative, etablierte Bürgerschaft (starke Kooperation mit der Verwaltung basiert auf Vertrauen, gemeinsame Ziele, bestehen einer großen gegenseitigen Achtung im Wissen um die Bedeutung der örtlichen Zivilgesellschaft, gemeinsame Planung von Events)

Bürgerschaftliches Engagement auf Inseln (tragfähige Handlungszusammenhänge zu etablieren ist, wegen der umkämpften örtlichen Ressourcen schwer; bürgerschaftliches Engagement wird anerkannt)

bürgerschaftliches Engagement als Motor der Entwicklung (Rolle der 'Gestalter', setzen ihre Themen u.U. zunächst ohne Abstimmung mit der Gemeindeverwaltung um)

- Für ein gelingendes Engagement ist das Vorhandensein von Orten sozialer Teilhabe als niedrigschwellige Kristallisationspunkte notwendig (z.B. Vereinsräume) / Verstärkt durch strukturelle Wandlungsprozesse versuchen Engagierte neue Orte zu etablieren z.B.: Tausch- und Schenkhäuser)
- bürgerschaftliches Engagement beruht u.a. auf Anerkennung, diese sollte durch die Bürgermeister*innen der Kommune erfolgen.
- Lokales bürgerschaftliches Engagement bewegt sich nicht im luftleeren Raum, sondern steht im Verhältnis zu Politik und Verwaltung der Gemeinden
- gerade kleine Gemeinden sind durch eine enge Verzahnung von Politik und bürgerschaftlichem Engagement geprägt

- Beobachten lässt sich mancherorts eine Kräfteverschiebung im Dreieck Bürgerschaft –Politik – Verwaltung. Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen in modernen Gesellschaften ist u.a. eine funktionsfähige Verwaltung, die die kommunalen Aufgaben bearbeitet, neue Problemfelder identifiziert und als Garant einer stabilen Zusammenarbeit zwischen Politik und Bürgerschaft agiert
- für längerfristiges Engagement ist eine längerfristige stabile Engagementstruktur Voraussetzung. Diese bedarf der mitmachenden Menschen, Zeit und finanziellen Ressourcen

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Wahrnehmung und Anerkennung ausbauen:

Monitoring einführen

- Verbesserung des Zugangs zu Informationen
- Kraft des guten Beispiels nutzen und Kommunikationskanäle ausbauen
- Anerkennungskultur weiterentwickeln

Dreieck Bürgerschaft –Politik –Verwaltung stärker berücksichtigen:

- Gruppen und Akteure des bürgerschaftlichen Engagements stärken
- Gemeindetypspezifische Beratung anbieten
- Horizontale und vertikale Koordination ausbauen

Ressourcen berücksichtigen:

- Öffentliche Förderung flexibilisieren
- Erprobte Finanzierungsmodelle auf Übertragbarkeit und Weiterentwicklung prüfen
- Wege durch den „Förderdschungel“ aufzeige
- Lokale und regionale Wertschöpfungspotenziale in den Blick nehmen
- Räume/Gebäude als Ressource betrachten

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Wissenschaft • Politik • Multiplikator*innen • Engagierte • Verwaltungen	• Darstellung einer Clusterung des Engagements (sehr empfehlenswert!) • übertragbar auf andere Regionen

Autor*innen: Corinna Kennel (Urbanizers), Marie Neumüllers (Urbanizers), Andreas Willisch (Thünen-Institut)

online: www.landesfrauenrat-mv.de/tl_files/landesfrauenrat/dokumente/Dokumente%202016/AG%20DAseinsvorsorge/150213_Gutachten_ThuenenInst_Urbanziers.pdf

Thünen-Institut [Hrsg.] (2014): Neue Beteiligungs- und Steuerungsprozesse in der ländlichen Entwicklung. Phase I der Begleitforschung zum Modellvorhaben LandZukunft. Thünen Report, 18. **30**

Ziel der Studie

In vier Modellregionen wurden aus der Managementlehre bekannte Instrument des Steuerns über Ziele, neue Finanzierungsinstrumente wie Mikrokredite und die Beteiligung neuer „unternehmerischer Menschen" erprobt. Die Begleitforschung untersuchte in ihrer zweiten Phase von 2014 bis 2015, inwiefern das Modellvorhaben zum Lernen und Kapazitätsaufbau in den teilnehmenden Regionen beigetragen hat sowie neue und dauerhafte Lösungen für die Herausforderungen peripherer Regionen anstoßen konnte. Darüber hinaus wurde das Steuern über Ziele hinsichtlich seines Potentials zur Koordination der ländlichen Entwicklung im politischen Mehrebenensystem untersucht.

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (steuerungspolitische Fragestellungen)

Methode

17 leitfadengestützte Interviews mit Hauptverantwortlichen der Landkreisverwaltung und externen Berater*innen, 109 Interviews mit in der Region Beteiligten, einzelne narrative Interviews mit "leadern" sowie Interviews mit Verantwortlichen auf Bundes-und Landesebene; teilnehmende Beobachtungen, Sichtung von Protokollen, Dokumentenanalyse, egozentrierte Netzwerkerhebung

Merkmale der Studie

Region: Landkreise:

- Dithmarschen in Schleswig-Holstein
- Holzminden in Niedersachsen,
- Uckermark in Brandenburg und
- Birkenfeld in Rheinland-Pfalz

Zeitraum der Studiendurchführung: 2012 - 2013

genannte Finanzierung: nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Ergebnisse hinsichtlich gesellschaftlicher Partizipation:

- strukturell benachteiligte Gruppen können die neuen Möglichkeiten, die das Modellvorhaben potenziell eröffnet, in der Regel ohne weitere Unterstützung nicht für sich nutzen -> Die (ungewollte) Selektion von Personen mit besserer Vernetzung, mehr Erfahrung und größerem Wissen ist umso stärker, je größer die Anforderungen eines Förderansatzes im Hinblick auf formale bürokratische Regeln, informelle, nur Insidern bekannte Routinen oder die materiellen und zeitlichen Ressourcen sind, die die Beteiligten selbst einbringen müssen
- um Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen sind begleitende Maßnahmen notwendig, z.B. durch Beratungs- und Unterstützungsangebote, gezielte Ansprache marginalisierter Gruppen, voraussetzungsarme Rahmenbedingungen
- ob strukturell begründete Unterschiede damit ausgleichbar ist fraglich
- Kompetenzen können auch in bereits bestehenden Strukturen wie z.B. Vereinen gewonnen werden

Adressat*innen

- Steuerungspolitische Akteur*innen
- Programmplaner*innen
- Wissenschaft und Forschung

Empfehlenswert für:

Ausführliche wissenschaftlich fundierte Projektevaluation, die unter Verwendung wissenschaftlicher Modelle und Theorien Praxis evaluiert

Autor*innen: Patrick Küpper, Stefan Kundolf, Anne Margarian

online: http://www.researchgate.net/publication/323477198_Zwischen_Landflucht_und_Lebenstraum_-_Wege_zu_lebendigen_Dorfern_in_Brandenburg [05.05.2019]

Thünen-Institut [Hrsg.] (2013): Regionale Schrumpfung gestalten. Handlungsspielräume zur langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe schaffen und nutzen. **31**

Ziel der Studie
Erkenntnisse bezüglich des Themas regionaler Schrumpfung, Handlungsempfehlungen für die Praxis formulieren sowie neue Anstöße im Diskurs leisten

Schwerpunktsetzung
bürgerschaftliches Engagement
(Steuerungspolitische Fragestellungen: Grundsätzliche Entwicklung ländlicher Regionen)

Methode
Drei Expert*innen-Workshops mit 40 Wissenschaftler*innen der Land- und Stadtforschung, Vertreter*innen aus regionaler und kommunaler Praxis, Landesministerien sowie dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Schwerpunkt: Leerstand und Innenentwicklung, Versorgungsstrukturen und Mobilität sowie regionale Wirtschaft und Arbeit

Merkmale der Studie
Region: Ländlicher Raum, aber auch Einbezug von Stadtumbau Erfahrungen
Zeitraum der Studiendurchführung: 2012-2013
genannte Finanzierung: nicht genannt

Ergebnisse der Studie
Zentrales Ergebnis sind 9 konkrete Handlungsempfehlungen für schrumpfende Regionen und die Benennung der konkreten Adressat*innen, ergänzt um good-practice Beispiele und Förderansätze sowie weitere Forschungsfragen
Weitere Ergebnisse:
Plädiert wird für eine konstruktive, offene sowie offensive Auseinandersetzung mit Prozessen regionaler Schrumpfung; Ausgangspunkte sind, dass 1. regionale Schrumpfung gestaltet werden kann und muss, 2. gesellschaftliche Teilhabe trotz Schrumpfung zu sichern ist sowie 3. räumliche Differenzierungen und Interaktionen zu beachten und zu nutzen sind. Schrumpfung wird als Gestaltungsaufgabe bewertet, deren Umsetzung muss realistisch erscheinen (sich in der Nähe des Status quo befinden). Es braucht eine Vision für die schrumpfende Region, z.B. mehr demokratische Selbstbestimmung, soziale, technische und ökologische Innovationen sowie die Einbindung von Raumpionier*innen.
Identifizierte Themenfelder sozialer Schrumpfung sind: Demografie (Alterung etc.), Infrastruktur (Ausdünnung der Daseinsvorsorge etc.), Immobilienmarkt (Leerstand etc.), öffentliche Haushalte (Siedlungsfolgekosten etc.), Wirtschaft (überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit etc.), soziale Veränderungen (Resignation, negative Stimmung etc.), (Flächen-)Potenziale (Freiflächen für private und gewerbliche Nutzung etc.) und allgemeine Abkopplung und Abwertung solcher Regionen (sinkende Lebensqualität etc.). Zusammenfassendes Ergebnis der Handlungsempfehlungen: Umbau von Siedlungs-, Infra- und Wirtschaftsstruktur, Initiieren von Kooperations- und Beteiligungsprozessen und Erweiterung der Gestaltungsspielräume regionaler Akteur*innen. Positive Visionen beinhalten u.a. demokratische Selbstbestimmung, Konzentration auf das tatsächlich Gewollte und Notwendige, starke Klein- und Mittelstädte zu Ankerpunkten entwickeln, Verflechtung mit urbanen Zentren über Pendler*innen etc. vertiefen, Raumpionier*innen willkommen heißen, "Luxus der Leere" z.B. für Tourismus nutzen, regionale baukulturelle Traditionen stärken, Dorfmanager*innen ausbilden, in sozialen Beziehungen über die Kernfamilie hinaus denken, Modelle für die alternde Gesellschaft erproben, künftig selbst als Expert*in für Schrumpfung und regionale Innovation nachgefragt sein

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)
- Regionales Integriertes Siedlungsentwicklungskonzept (RINSEK) sollte Voraussetzung für Fördermittel sein, beinhaltet konkrete Planung und ist regelmäßig fortzuschreiben
- regionaler Siedlungsumbau erforderlich
- Verbesserung regionaler Einkommenschancen und Versorgungsqualität
- werden Dorfmanager*innen empfohlen
- regionale Koordinierungsrunden und Zukunftsdialoge
- Zukunftscheck für öffentliche Investitionen
- Einführung von Regionaletats
- Flexibilisierung von Standards der Daseinsvorsorge
- Besondere staatliche Aufmerksamkeit bei starker Schrumpfung

Adressat*innen
- Steuerungspolitische Akteur*innen wie Bund- und Länder
- Regionalmanagements
- Länderakademien
- regionale Banken- und Landesbanken
- zivilgesellschaftlich Engagierte und Bürger*innen

Empfehlenswert für:
Steuerungspolitische Argumentationen zur Notwendigkeit des aktiven Gestaltens regionalen Wandels mit konkreten Handlungsanweisungen, der Benennung ihrer Adressat*innen und good-practice Beispielen zur Erläuterung

Autor*innen: Patrick Küpper, Annet Steinführer, Steffen Ortwein, Mortitz Kirchesch

online: https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn052553.pdf

Thünen-Institut [Hrsg.] (2016): Koordination, Lernen und Innovation zur Entwicklung peripherer ländlicher Regionen. Phase II der Begleitforschung zum Modellvorhaben LandZukunft. Thünen Report, 41.	**32**

Ziel der Studie

In vier Modellregionen wurden aus der Managementlehre bekannte Instrument des Steuerns über Ziele, neue Finanzierungsinstrumente wie Mikrokredite und die Beteiligung neuer „unternehmerischer Menschen" erprobt. Die Begleitforschung untersuchte in ihrer zweiten Phase von 2014 bis 2015, inwiefern das Modellvorhaben zum Lernen und Kapazitätsaufbau in den teilnehmenden Regionen beigetragen hat sowie neue und dauerhafte Lösungen für die Herausforderungen peripherer Regionen anstoßen konnte. Darüber hinaus wurde das Steuern über Ziele hinsichtlich seines Potentials zur Koordination der ländlichen Entwicklung im politischen Mehrebenensystem untersucht

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement

Methode

- teilnehmende Beobachtungen in den vier Modellregionen
- Befragung von 65 Akteur*innen telefonisch, 139 schriftlich-postalisch und 178 schriftlich im Online-Verfahren; 67 leitfadengestützten Interviews, zwei Gruppendiskussionen mit insgesamt 18 Akteur*innen (Antragsteller*innen, Projektträger*innen, regionale Entscheidungsträger*innen und andere Stakeholder)
- Einbettung in gewählte Zugangstheorien und Erklärungsmodelle

Merkmale der Studie

Region: Landkreise:
Dithmarschen in Schleswig-Holstein
Holzminden in Niedersachsen
Uckermark in Brandenburg und
Birkenfeld in Rheinland-Pfalz
Zeitraum der Studiendurchführung: 2014-2015
genannte Finanzierung: nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Hohe Kontextabhängigkeit der Ergebnisse, geringe Pauschalisierbarkeit

Grundsätzliche Zusammenfassung:

- Steuern über Ziele birgt die Gefahr von Interessenkoalitionen zwischen Kontrolleur*innen und Kontrollierten, um die Fördermittel auszugeben und Ergebnisse positiv nach außen darzustellen
- Instrument „Steuern über Ziele", das bereits im relativ überschaubaren Kontext von hierarchischen Organisationen häufig nicht funktioniert, lässt sich nicht einfach auf komplexe Governance-Prozesse im Mehrebenensystem übertragen
- Lernprozesse konzentrierten sich auf die Fähigkeiten, die nötig waren, um das Modellvorhaben finanziell abzuwickeln, während strategische Veränderungen und institutionelle Anpassungsprozesse wesentlich seltener zu beobachten waren
- nachhaltige Entwicklungen konnten v.a. dort angestoßen werden, wo an vorhandene Kompetenzen und Kapazitäten angeknüpft wurde

Ergebnisse zum Schwerpunkt Engagement:

- empfundene Gestaltungsmöglichkeiten hängen von den materiellen und immateriellen Ressourcen der Akteur*innen ab, Akteur*innen, die viel Zutrauen in die eigene Gestaltungsfähigkeit haben, sind mit LandZukunft-Prozess in den Regionen eher unzufrieden; ähnlich bei vielen der befragten Unternehmen, v.a. die kleineren gewichten ihre privaten Kosten der Beteiligung hoch sind eher skeptisch im Hinblick auf Nutzen
- gemeinsames bürgerschaftliches Engagement v.a. dort, wo Kooperationsstrukturen wie Vereine oder Bürgerinitiativen vorhanden sind, deren thematischer Fokus zunächst unerheblich ist; Beteiligte hatten oft eher kleine, lokal begrenzte Netzwerke, einige wenige Informationsmittler*innen
- für Mobilisierung auf lokaler Ebene scheint ein koordinierendes Thema, das viele Personen mobilisiert und ihnen die Mitarbeit ermöglicht, wichtiger zu sein, als hohe Fördersummen mit entsprechend anspruchsvollen Fördermechanismen, aber: Informationsmittler*innen sind wichtig
- Finanzierungsrelevante Ergebnisse: Projektförderung sollte nur als ergänzendes Finanzierungsinstrument von Regionen und Organisationen konzeptioniert sein --> Das Modellvorhaben bestätigt, dass Projektförderung eine langfristig angelegte und verlässlich finanzierte Politik nicht ersetzen, sondern nur punktuell ergänzen kann. Die Begleitforschung empfiehlt deshalb, dass die Projektförderung nicht an die

Stelle einer verlässlicheren staatlichen Finanzierung treten, sondern diese nur ergänzen sollte. Das setzt umfassende Finanzierungskonzepte auf allen Ebenen, vom Projektträger über die Kommune und den Kreis bis hin zu Land und Bund sowie die Abstimmung dieser Konzepte zwischen allen relevanten Beteiligten voraus.

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Aufbauend auf Erkenntnissen der Begleitforschung wurden Handlungsempfehlungen abgeleitet:

- Steuern über Ziele sollte nur dann für die ländliche Entwicklung in Betracht gezogen werden, wenn Innovationen nicht im Vordergrund stehen, sodass bereits Erfahrungswerte für mögliche Zielwerte und deren Verhandlung zwischen den Vertragspartner*innen vorliegen
- thematische Fokus der Strategie sollte möglichst eng gewählt werden, um die Definition und Kontrolle der Ziele sowie die Aneignung des nötigen Wissens zu erleichtern
- wenn Ziel in Förderung der schwächeren Regionen oder Akteur*innen besteht, sollte nur bei entsprechend intensiver institutioneller Begleitung ein Beteiligungsansatz gewählt werden (um sicher zu stellen, dass Personen mit den relevanten Kenntnissen und Interessen beteiligt werden können, wird die Beschränkung des partizipativen Ansatzes auf Themenfelder mit überwiegend regions-spezifischem Bezug empfohlen)

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Steuerungspolitische Akteur*innen • Programmplaner*innen • Wissenschaft und Forschung	• Ausführlichste wissenschaftlich fundierte Projektevaluation (knapp 600 Seiten), die unter Verwendung wissenschaftlicher Modelle und Theorien Praxis evaluiert. Durch diesen Zugang allerdings auch wenig Verallgemeinerbarkeit, dafür kritische Reflektion sonstiger Allgemeinplätze (Stichwort: hätte positives Ergebnis auch anders zustande kommen können, hätten Mittel auch anders sinnvoll eingesetzt werden können etc.)

Autor*innen: Stefan Kundolf, Patrick Küpper, Anne Margarian, Christian Wandinger

online: https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn056919.pdf

TNS Infratest Sozialforschung [Hrsg.] (2014): "Bürgerschaftliches Engagement in den ländlichen Räumen der Bundesrepublik Deutschland – Strukturen, Chancen und Probleme" Sekundäranalyse auf Grundlage des Freiwilligensurveys der Bundesregierung. Sekundäranalyse auf Grundlage des Freiwilligensurveys der Bundesregierung.	**33**

Ziel der Studie

1. Wie viel bürgerschaftliches Engagement ist in ländlichen Räumen zu verzeichnen, wie stellen sich die Engagementstrukturen dar, in welchen gesellschaftlichen Bereichen bzw. Problemlagen und mit welcher Stärke wird das Engagement ausgeübt, wie hat sich die Motivationslage entwickelt?
2. Hinweise auf Rückgang und Defizite.
3. Daten für die ländlichen Räume mit denjenigen Werten des bürgerschaftlichen Engagements in den Stadtstaaten und Großstädten kontrastieren.
4. Unterschiede zwischen ländlichen Räumen im Einzugsbereich von Großstädten und von peripheren Gebieten aufklären

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement (Ost/West Unterschiede / Alter / Veränderung des Engagements seit 1999 / Motive / endogene; exogene Faktoren für Engagement / Engagementpotenzial / Stadt-Land Unterschiede / Strukturabbau / demografischer Wandel)

Methode

Sekundäranalyse der Daten des Freiwilligensurveys zum bürgerschaftlichen Engagement.

Merkmale der Studie

Region: bundesweit

Zeitraum der Studiendurchführung: Dezember 2012 bis Mai 2014 (1999-2009)

genannte Finanzierung: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Ergebnisse der Studie

- Erwerbstätige und Familien mit Kindern sind ein wichtiger Träger des Engagements und ihr Fehlen setzt diese besonders wertvolle Ressource der sozialen Gestaltung und Integration unter Druck
- die bürgerschaftliche Aktivität in ländlichen Räumen hat zugenommen (in entlegenen Gebieten von 34% auf 38%, im Umfeld von Ballungsräumen von 37% auf 38%).
- In Großstädten hingegen nimmt die Servicekultur in Vereinen zu (bezahlte Stellen)
- in ländlichen Räumen sind deutlich mehr Menschen als in Großstädten öffentlich aktiv
- In den alten Bundesländern kann auf eine gewachsene Tradition bürgerschaftlichen Engagements zurückgegriffen werden.
- In den neuen Ländern besteht weniger soziales und kulturelles Kapital, auf das hier zurückgegriffen werden kann.
- In peripheren Gebieten der alten Bundesländer wird ein Spitzenwert von 42% erreicht.
- Die ländliche Tradition hat ihre Kehrseite: Wo sich das Engagement der Menschen an alten Gewohnheiten und Routinen orientiert, kann es geschehen, dass sich mobile Bevölkerungsgruppen wie jüngere und höher gebildete Menschen und ganz allgemein Zuwanderer davon abgestoßen fühlen.
- In den alten Bundesländern hat bürgerschaftliches Engagement eine längere Tradition als in der ehemaligen DDR. In den neuen Bundesländern liegt die soziale Vernetzung mehr in privaten (‚informellen') Netzwerken als in den öffentlichen der Zivilgesellschaft.
- Im entlegenen ländlichen Raum der alten Länder sind mit 47% fast die Hälfte der ab 14-jährigen Bevölkerung Mitglied in einer gemeinnützigen Organisation, in den neuen Ländern dagegen nur 29%. Ein solch hoher Organisationsgrad wie in den alten Ländern schafft eine andere öffentliche Struktur als eine Umwelt, in der die Vernetzung zumeist am Privaten hängt.
- das Profil des Engagements junger Menschen hat sich auf dem Lande deutlich zu Aktivitäten hin verschoben, die sich auf die Gestaltung des lokalen und regionalen Gemeinwesens und auf soziale Dinge beziehen.
- Engagement wird als Möglichkeit zur Qualifikation und als Sprungbrett in den Beruf gesehen.
- Junge Menschen sind auf dem Land häufiger Engagiert als in Großstädten.
- Es besteht ein Zuwachs an Engagement hinsichtlich sozialer und das Gemeinwesen betreffender Themen.
- Die 30-65-Jährigen sind am häufigsten Engagiert.
- In ländlichen Räumen hat sich eine bürgerschaftliche Infrastruktur ganz eigener Art entwickelt, die die wenig ausgebaute öffentliche und kommerzielle Infrastruktur kompensiert.
- Immer mehr Menschen übernehmen freiwillig oder ehrenamtlich bestimmte Aufgaben und Ämter im Rahmen von Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Gruppen

- Je peripherer, desto breiter ist die Aktivität
- Bürgerschaftliches Engagement kann nicht als beliebig verwendbare Ressource betrachtet werden. Es hat einen eigenen Bürgersinn und kann deshalb auch unbequem für die Politik sein.
- Ein hohes Engagement geht mit dem Gefühl sozialer Integration einher

Menschen engagieren sich weil:

- sie ein Interesse daran haben lokal mitzubestimmen
- sie Interesse an sozialen Kontakten habe
- gerade im ländlichen Raum: Ansehen und Einfluss im Wohnort erlangen wollen

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Nach wie vor wird bürgerschaftliches Engagement zumeist nur als ein Zusatz zu den üblichen regionalen Förderpolitiken gesehen. In Zukunft geht es v.a. darum, bei allem Akteuren ein Bewusstsein dafür zu wecken, dass bürgerschaftliches Engagement als besondere Quelle von gesellschaftlichem Zusammenhalt und von Verbesserungen der Lebensqualität ländlicher Räume zu sehen ist, die in jede Förderpolitik zu integrieren ist.
- Dadurch, dass in den neuen Bundesländern keine etablierte gewachsene Tradition hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements besteht sollte beim Aufbau bürgerschaftlicher Strukturen darauf geachtet werden moderne Elemente gleich zu berücksichtigen.
- bürgerschaftliches Engagement darf von politischer und wirtschaftlicher Seite aus nicht im Sinne der Arbeitsmarktpolitik oder der Erzielung von Gewinnen gebraucht werden.
- Der Zuwachs des Engagements hinsichtlich des Gemeinwesens darf die Engagierten nicht überfordern. Ein Minimum an öffentlicher Infrastruktur kann dadurch nicht ersetzt werden.
- Traditionelle Vereine bedürfen einer (behutsamen) Erneuerung, um sie für Neubürger und ‚Minderheiten' zugänglich zu machen.
- Die Vernetzung der Vereine wird immer wichtiger um Synergieeffekte zu erzielen.
- Die lokale Politik, die öffentliche Verwaltung, Unternehmen, Institutionen, Kirchen, Vereine und Verbände sollten in den Kommunen intensiver zusammenarbeiten.
- Die Kommunen sollten bürgerschaftliches Engagement stärker in den Fokus nehmen und es zu einem ‚harten' Standortfaktor betrachten.
- Es sollte jedoch als wünschenswert wahrgenommen werden, dass Bürgerinnen und Bürger ihre jeweilige Sicht der Probleme und ihre Ideen dazu einbringen können.
- Bürgerschaftliches Engagement braucht Ansprechpartner auf der Ebene der Kommunen, der Länder und des Bundes

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Wissenschaft • Politik	• Wissenschaft • Politik • Detaillierter Überblick über Engagement im ländlichen Raum bis 2014

Autor*innen: Thomas Gensicke

online: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaeume/Studie-Buergerengagement-LR.pdf?__blob=publicationFile

Zielske, Johanna (2016): Die Akteurssicht in der Engagementförderung in Mecklenburg-Vorpommern. Eine qualitative Inhaltsanalyse. In: Mecklenburger AnStiftung [Hrsg.]: Engagementförderung im ländlichen Raum. Erfahrungen, Kriterien und Erkenntnisse aus Mecklenburg-Vorpommern, S. 62-91.	**34**

Ziel der Studie	Schwerpunktsetzung
Wie können diese Menschen aktiviert werden? Was sind fördernde und hemmende Faktoren für Engagement in Mecklenburg-Vorpommern und wie könnte dessen Förderung verbessert werden?	bürgerschaftliches Engagement (Strukturen, Vernetzung, Hürden, subjektorientiert)

Methode	Merkmale der Studie
Interviews mit 4 Fachleuten (qualitative Inhaltsanalyse)	**Region**: Mecklenburg-Vorpommern **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2014-2016 (2014-2015) **genannte Finanzierung:** Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Stipendium)

Ergebnisse der Studie

Bedingungen des Engagements

finanzielle Förderung

- Engagement sollte besser gefördert und entbürokratisiert werden.
- Finanzierung läuft verstärkt über Stiftungen, Unternehmen und Einzelpersonen. Dies führt zu einer Förderung von Projekten mit welchen sich diese Akteure identifizieren können.
- Die Fördernden wollen sich verstärkt in die Projekte mit einbringen.

Anerkennung

- Engagierte haben den Wunsch nach Anerkennung (Angebote zur Weiterbildung, öffentliche Ehrungen, Anerkennung durch Hauptamtliche

Zeit

- abgesehen von der beruflichen Lebenssituation (Renten/ Erwerbstätig) ist Zeit kein hemmender Faktor. Bringt die Tätigkeit Anerkennung, Freunde, das Gefühl von Nützlichkeit ist das Zeitbudget zweitrangig.
- Zunahme von Mobilität/ Wanderungsbewegungen haben zur Folge, dass insb. junge Menschen sich nicht mehr langfristig engagieren. Z.B. keine Vereinsvorsitze annehmen.
- besonders Berufstätige engagieren sich, obwohl sie die Bevölkerungsgruppe mit wenig Zeit sind.

Soziale Integration und Qualifikation

- Engagierte sind meist gut qualifizierte, höher gebildete, erwerbstätige Menschen. Weniger qualifizierte Menschen haben Zugangsängste, sie würden ausgegrenzt und engagierten sich weniger, wenngleich sie ebenso geeignet seien. Zudem sei es nicht so, als engagierten sie sich nicht. Sie täten dies allerdings nicht in Institutionen oder Vereinen, es handele sich eher um eine informelle Unterstützung von Nachbarn, Familienangehörigen, Freunden.
- Engagement wird ansozialisiert.
- Wenn vergleichsweise hohe Anforderungen an die potenziell Engagierten gestellt werden, trägt dies dazu bei, dass Menschen davor zurückschrecken.
- zum Engagement sei nicht viel nötig: Kommunikationsfähigkeit, bei Seelsorgerischen Tätigkeiten Empathie. Alles andere sei erlernbar.
- Zunehmend sind Arbeitssuchende engagiert, da sie hoffen dadurch Qualifikationen für den Arbeitsmarkt zu erlangen. Hauptamtliche bangen u.a. dadurch um ihre Arbeitsplätze, da sie von Einsparungen betroffen sein könnten.
- Die Hauptamtlichen lassen den Freiwilligen oft weniger Betreuung und Weiterbildung zukommen, beachten die Interessen der Engagierten nicht oder versorgen sie nicht mit ausreichend Informationen.
- Freiwilliges Engagement wird zunehmend als Qualifikation und als Punkt im Lebenslauf begriffen.
- Förderprogramme, die nicht die Menschen, sondern nur bestimmte Strukturen fördern schlafen wieder ein. Es muss zu einer Subjektentwicklung kommen.
- Entwicklung des Engagements in MV
- Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen sind in Regionen, in denen bürgerschaftliches Engagement nicht besonders stark ausgeprägt ist, stärker und erfolgreicher, als in anderen Regionen.

- gerade junge qualifizierte Frauen verlassen Orte in denen rechtsextreme Gruppierungen aktiv sind.
- Wirtschaftskraft
- In vielen Fällen gehen diese Projekte schnell zu Ende, sobald die Förderperiode beendet ist.
- längerfristige 'Engagementstrategien' müssen erarbeitet werden.
- die selektive Finanzierung (s.o.) führt zu einer verstärkten Konkurrenz zwischen den Initiativen.
- nicht abgesprochene unkoordinierte Förderung kann dazu führen, dass sich Institutionen mit ähnlichen oder gleichen Zielsetzungen auf vergleichsweise engem Raum ansiedeln.
- Dadurch werden Kooperationen nicht nur verhindert, es wird auch eine „Abgrenzung und Eigenprofilierung" der vorhandenen Organisationen begünstigt.

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Engagement sollte bereits im Kindes- und Schulalter gefördert werden.
- Doch Strategie bedeutet in diesem Fall noch viel mehr. Es bedeutet nicht nur, dass die Regeln für Finanzierungen überdacht werden müssen.

Zusätzlich muss in den Bereichen Anerkennung, Qualifizierung und Weiterbildung von Engagierten etwas geschehen. Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement kann nur gelingen, wenn auf all diesen Ebenen angesetzt wird

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Multiplikator*innen (gerade in MV) • Engagierte • Forschung	• Engagierte • Forschung • Fördermittelgeber*innen

Autor*innen: Johanna Zielske

online: www.anstiftung-mv.de/material/mecklenburger-anstiftung_2016_engagementfoerderung-im-laendlichen-raum.pdf

ZiviZ [Hrsg.] (2018): Vereinssterben in ländlichen Regionen – Digitalisierung als Chance.	**35**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Diskussion von Zahlen zum Vereinssterben Chancen der Digitalisierung des Engagements in Vereinsstrukturen über räumliche Grenzen hinweg aufzeigen	bürgerschaftliches Engagement (Strukturwandel / Kommunikation / Vernetzung / Digitalisierung)

Methode	**Merkmale der Studie**
Sekundäranalyse von Vereinsregisterdaten, Interviews, Fallstudien und der Verdichtung laufender Forschungsprojekte von ZiviZ im Stifterverband.	**Region**: bundesweit **Zeitraum der Studiendurchführung:** Auf Grundlage von Daten seit 1995 **genannte Finanzierung:** Ziviz, Amazon (Pilotprojekte)

Ergebnisse der Studie

- 15.547 Vereine in ländlichen Regionen haben sich seit 2006 aufgelöst und wurden aus den Vereinsregistern gelöscht. Die Auflösung von Vereinen ist damit ein vorwiegend ländliches, deren Gründung ein städtisches Phänomen. Bestehende Vereine in ländlichen Regionen kämpfen besonders häufig damit, neue Engagierte zu gewinnen. Auch ihr Bestand ist damit gefährdet. (S.3/ S.7-9)
- Durch den demografischen Wandel leidet die Lebensqualität in Dörfern. (S.9)
- Reputationsverlust des Vereinsvorsitzes (S.10)
- Durch den Rückgang der Vereinstätigkeit lastet der Druck auf weniger Schultern (S.10)
- Eltern engagieren sich im Lebensumfeld der Kinder (Schule etc.) / Früher: Kinder engagierten sich in Vereinen, in denen sich ihre Eltern engagierten (Familientradition) (S.10)
- 3 von 4 beständig zurückgegangen Vereinen arbeiten rein ehrenamtlich. In ländlichen Regionen ist dieser Anteil nochmals deutlich höher (86%) (S.10f.)
- Die Digitalisierung kann über räumliche Grenzen hinweg zivilgesellschaftliches Engagement fördern (z.B. Sitzungen über Videochat) (S.12)
- Vereine sind mit der systematischen Umsetzung der Digitalisierung oft überfordert. (S.4)

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Das 'Zivilgesellschaftliche Digitalisierungsprogramm' von der Bundesregierung, sollte einen Schwerpunkt auf ländliche Räume setzen.
- Bei der Digitalisierung darf es nicht zu einem Generationenbruch kommen. Der Aufbau von Kompetenzen muss gefördert werden.
- Verbände sollten sich stärker als zivilgesellschaftliche Ansprechpartner im Digitalisierungsthema für die Politik, als Orte der Selbstverständigung und räumliche Grenzen hinweg und der Kompetenzvermittlung in die lokalen Strukturen hinein engagieren.
- Unternehmen sollten ihr Wissen an zivilgesellschaftliche Organisationen weitergeben. (S.17)

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Multiplikator*innen • (Lokal-) Politik	Veranschaulichung (Grafiken)

Autor*innen: Gilroy, Patrick; Krimmer, Holger; Priemer, Jana; Kononykhina, Olga; Pereira Robledo, Maria; Stratenwerth-Neunzig, Falk

online: https://www.ziviz.de/landdigital

Borstel, Dierk (2011): "Braun gehört zu bunt dazu!". Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Monsenstein und Vannerdat: Münster.	**36**

Ziel der Studie

Übergeordnete Forschungsfrage: Wie erfolgt die Interaktion zwischen demokratischen und rechtsextremen Akteuren auf kommunaler Ebene an konkreten Beispielen in Vorpommern?
Hier betrachtet mit Bezug auf Demokratiestärkung:
Wie reagiert die demokratische Seite auf diese Herausforderungen? Gibt es Schwächen demokratischen Handelns und falls ja, wie können sie behoben werden?

Schwerpunktsetzung

Demokratiestärkung (Gegenstrategien gegen die extreme Rechte / Analyse demokratischer Strukturen vor Ort / Stadt-Land-Vergleich mit starken rechtsradikalen Strukturen)

Methode

qualitative Forschung

- Dichte Beschreibung nach Geertz
- Teilnehmende Beobachtung
- Leitfadenorientierte Interviews
- Gespräche bei der Feldforschung
- Gruppendiskussionen
- Textanalyse

Merkmale der Studie

Region: 2 Fallbeispiele in Ostvorpommern (Dorf im Usedomer Hinterland, Anklam)
Zeitraum der Studiendurchführung: März 2002 – Juli 2008
genannte Finanzierung: überarbeitete Dissertation – Finanzierung nicht genannt

Ergebnisse der Studie

In den Fallbeispielen dominieren Gemeinsamkeiten. Es sind aber auch Unterschiede erkennbar:

- In beiden Orten trifft ein strukturell stark ausgeprägter Rechtsextremismus auf geschwächte demokratische Strukturen

Gründe für geschwächte demokratische Strukturen:

- **Ökonomische Rahmenbedingungen** -> gut ausgebildete Verlassen die Region, Arbeitslosigkeit ist hoch, keine Perspektive für eine bessere ökonomische Zukunft -> sichtbarer Strukturabbau -> Gefühl des Vergessen Werdens, fehlende Hoffnung

Wenig verankerte demokratische Strukturen -> keine demokratische Tradition, Abwanderung der typischen Zukunftsträger demokratischer Strukturen (junge Menschen) wandern ab -> keine Erneuerung der Strukturen
Zivilgesellschaft ist nicht gleich demokratisch -> in der Sphäre der ‚Zivilgesellschaft' sind auch antidemokratische Akteure aktiv
Rechtsextremismus -> Rechtsextremismus ist ein etabliertes Phänomen -> Nachwuchs wird gebunden, demokratische Strukturen genießen in der Bevölkerung kein hohes Ansehen -> Probleme: Öffentlichkeit ist harmonieorientiert, Öffentliche Kritik wird verachtet, wenig Anonymität-> Schwierigkeiten bei der Artikulation von Gegenpositionen
Rechtsradikalismus stark verankert -> zeigt sich als:

- beständige Kritik der gesellschaftlichen Zustände und Blockade des politischen Systems
- Ideologische und systematische Alternative
- Sozialisationsinstanz für einen Teil der Jugendlichen
- kultureller Animateur besonders für Jugendliche
- diskursive Kraft vor Ort

Zentrales Problem:
Öffentlichkeit über Rechtsradikalismus herstellen – Herkömmliche Strategien der Politisierung durch Skandalisierung stehen somit konträr zur etablierten politischen Kultur vor Ort -> Nähe und Distanz: fast alle Familien sind innerhalb der eigenen Familie mit rechtsradikalen Einstellungen konfrontiert -> Gegenpositionierung führt zu Positionierung gegen die eigene Familie
Ergo: Es gibt keinen linearen Weg der Auseinandersetzung
Borstel unterteilt ähnlich wie Buchstein/Heinrich (2014, Nr. 39) in Prävention, Intervention und Integration.

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Integration statt Desintegration:

- Durchführung von Zukunftswerkstätten für die Kommune zu Stärken, Schwächen und Wirtschaftsentwicklungen der jeweiligen Kommune

- Entwicklung eines transparenten Minimalkatalogs zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur im ländlichen Raum.
- Etablierung einer Schulentwicklungsagentur und Umsetzung von Programmen des Service Learnings sowie des Peer Leader Education

Stärkung des demokratischen Systems:

- Qualifizierung der Öffentlichkeitsarbeit der demokratischen Parteien
- Persönliche Präsenz der Politiker vor Ort erhöhen
- Schaffung öffentlicher Foren zu aktuellen Themen

Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft:

- Einrichtung eines Bürgerarbeitskreises für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
- Einrichtung eines Systems ausstiegsorientierter Familienarbeit
- Durchführung von Heimatgeschichtswerkstätten für Jung und Alt
- Neukonzeption der Jugendarbeit

Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus:

- Erarbeitung einer Selbstverpflichtung zum Umgang mit rechtsextremen Herausforderungen der demokratischen, politischen Akteure
- Ernennung eines Ombudsmanns für Fragen der Gefährdung der demokratischen Kultur
- Offensive Auseinandersetzung mit den Themen der Rechtsradikalen

Unvereinbarkeitserklärung und daraus resultierende Konsequenzen diskutieren

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• lokal agierende zivilgesellschaftliche Akteur*innen • (Kommunal-)Politik • Wissenschaft	Einblick in eine detaillierte Analyse: Dorf und Kleinstadt im Vergleich

Autor*innen: Dierk Borstel

online: kein Onlinezugang

Buchstein, Hubertus; Heinrich, Gudrun [Hrsg.] (2014) [2010]: Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Wochenschau-Verlag: Schwalbach/Ts.	**37**

Ziel der Studie	Schwerpunktsetzung
Herausarbeitung eines angemessenen politischen Umgangs demokratischer Kräfte mit dem Phänomen des Rechtsextremismus.	Demokratiestärkung (Intervention / Gegenstrategien gegen die Etablierung von/ gegen etablierte extrem Rechte Strukturen / Vernetzungsstrukturen)

Methode	Merkmale der Studie
• Regionalanalyse • empirische Bestandsaufnahme • Strategieanalyse	**Region**: Mecklenburg-Vorpommern **Zeitraum der Studiendurchführung:** Juli 2007 bis Oktober 2009 **genannte Finanzierung:** Universitäten Rostock und Universität Greifswald

Ergebnisse der Studie

Strategien gegen Rechtsextremismus durchlaufen Phasen vor Ort, diese sich abhängig von der jeweiligen Verankerungsstruktur des Rechtsradikalismus in der Kommune (extreme Rechte kommt von außen – Konzerte, Ort ist extrem rechter Wallfahrtsort, etc. / extreme Rechte kommt von innen – bsp. Kümmerer) und der Gegenbemühungen vor Ort (Intensität der Partizipation demokratischen Akteure vor Ort / Sensibilisierung der Bevölkerung / Stellungnahme parteipolitischer Akteure in der Kommune -> kontra – ‚neutral' – pro extreme Rechte) Es gibt also keine ‚Allheilmethode'. Strategien müssen **vor Ort** durch /mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen erarbeitet und ausgestaltet werden.

Unterscheidung von:

- Extrem Rechte Akteure, die von außen einwirken
- Extrem Rechte Akteure/ Denkmuster/Handlungen, die innerhalb der Kommune verankert sind
  - ➢ Extrem Rechte Akteure stellen sich als ‚Kümmerer' dar – sind aktiv in die Kommune eingebunden und werden positiv wahrgenommen

Gegenstrategien:

- Positionierung der Kommune gegen extreme Rechte
- Zunächst Phase der Nicht-Beachtung und Marginalisierung der Initiativen gegen Rechtsradikalismus vor Ort – diese muss überwunden werden
- hierbei kann überregionale Berichterstattung hilfreich sein
- Überwindung der Angst vor Positionierung gegen die ‚eigenen' Leute

Gegenstrategien von außen

- Interventionen von außen eher Kontraproduktiv
- lokale Verankerung als wesentliche Erfolgsbedingung
- jedoch: Initiierung von Veranstaltungen mit überregional bekannten Personen und Experten zeigt Erfolgschancen auf Informationsveranstaltungen / Diskussionsrunden
- Einbindung von Akteuren von außen zur Unterstützung der Kommune ist sinnvoll, sofern sie nicht stigmatisierend und zu konfrontativ vorgeht

Gegenstrategien von außen durch Medien

- Kann als Mobilisierungshilfe wirken
  - ➢ wenn: vor Ort sensibel gearbeitet wird – moderierende und nicht konfrontativ-anklagende Berichterstattung
  - ➢ demokratische Aktivitäten gegen extreme Rechte soll wichtiger Bestandteil des in den Medien vermittelten Bildes sein

Vernetzung und Verteilung der Arbeit auf mehrere Schultern

- Engagement gegen extreme Rechte oft von Einzelpersonen getragen
- Lokale Initiativen können ins Wanken kommen, sollte eine Einzelperson ‚wegbrechen'
- Daher: Klare Rollenaufteilung zwischen den Akteuren gegen extreme Rechte notwendig
- Stärkung & Entlastung der Einzelakteure durch breite Bündnisse
- Frühzeitige Einbindung von breiten Bevölkerungskreisen ist geboten

Gewinnung lokaler Honoratioren und Verantwortlicher für Engagement gegen extreme Rechte und zur Positionierung

- Bürgermeister spielt zentrale Rolle

Unterstützung der bürgergesellschaftlichen Aktivitäten durch Landes- und Bundesprogramme oder EU-Gelder

- Begleitung lokaler Initiativen / Mobile Beratungsteams / Schaffung von Sozialarbeiter*innen-Stellen als moderierendes Moment und zur Stärkung der Opferperspektive

Sich zufällig ergebende Chancen und Gelegenheitsstrukturen

- Verunmöglichung von (Vernetzungs-)Treffen durch Pächter der Gebäude/Grundstücke

Einsatz von grundlegenden Strategieoptionen:

- Nie in Reinform – ggf. kann Hervorhebung einer best. Strategie sinnvoll sein:
  - ➢ Bei gewalttätig auftretendem Rechtsradikalismus ist der Einsatz **repressiver** Maßnahmen geboten
- Repression zur Schaffung politischer Freiräume und Sicherung der demokratischen Grundordnung
- Polizeiliche Beratungsteams
  - ➢ bei verankerten Strukturen ist ein **repressiv – reaktiver** Moment geboten
- Auseinandersetzung mit extremer Rechter in Parlamenten / - Ausschluss von rechtsradikalen Akteuren aus Vereinen
  - ➢ **Präventionsprogramme** sind unumstritten -> *d.h. Aufklärung, Sensibilisierung, Mobilisierung*

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Herausarbeitung einer gemeinsamen handlungsleitenden Problemdiagnose **vor Ort**
- Aufbau und Stärkung eines Identitätsbewusstseins der demokratischen Akteure und ihres gemeinsamen Engagements gegen Rechtsextremismus
- Bildung von Netzwerken
- Innerhalb der Netzwerke Problemdiagnose

Potenzialanalyse:

- ➢ Welche Personen oder Institutionen könnten faktisch etwas vor Ort leisten und erklären sich ferner dazu bereit?
- ➢ Welche Gestalt könnte deren konkretes Engagement einnehmen?
- ➢ Welche Akteure oder Faktoren üben einen förderlichen oder aber auch einen hemmenden Einfluss auf das gemeinsame Vorhaben aus?
- ➢ Wer übernimmt die Verantwortung einer leitenden bzw. koordinierenden Funktion?
- ➢ Gibt es Aufgaben und Herausforderungen, mit denen sich einzelne ggf. überfordert fühlen?

Hierbei ist zu beachten: **‚Je aufrichtiger diese Analyse und je adäquater die Problemdiagnose unter Berücksichtigung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten vorgenommen wird, desto größer ist die Chance, ein strategisch ausgewogenes und effektives kommunales Handlungsprogramm zu entwerfen.‘**

- Realistische und begrenzte Zielstellung – lückenlose Beseitigung ist hehres, aber unrealistisches Ziel
- Sollte sich am kleinsten gemeinsamen Nenner orientieren
- Abstimmung der Akteure über zu ergreifende Instrumentarien und Maßnahmen
- Orientierung der Zielstellung an lokaler Problemlage bzw. –analyse
- Fortwährende Weiterentwicklung der Zielstellung

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Zivilgesellschaft • Wissenschaft • Pädagogik • Justiz • Behörden • Parteipolitische Akteur*innen	Sehr empfehlenswert für einen ersten Zugang ins Feld der Demokratiestärkung mit dem Schwerpunkt Arbeit gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum/ der eigenen Gemeinde.

Autor*innen: Buchstein, Hubertus; Heinrich, Gudrun; Borstel, Dierk; Lehmann, Arne; Volkman, Tatiana; Langer,

online: kein Onlinezugang

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement [Hrsg.] (2015): Demokratiestärkung im ländlichen Raum. Eine europäisch-vergleichende Recherche zu Ansätzen und Maßnahmen der Stärkung des Bürgerengagements für eine lebendige Demokratie im ländlichen Raum als Beitrag zur Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.	**38**

Ziel der Studie	Schwerpunktsetzung
Recherchepapier zu konkreten Maßnahmen und Projekten für Demokratiestärkung im ländlichen Raum im europäischen Vergleich als Diskussionsgrundlage für die Entwicklung weiterer Maßnahmen und Projekte	Demokratiestärkung

Methode	Merkmale der Studie
Evaluation/Recherche: Was existiert bereits an Maßnahmen und Projekten bezüglich Demokratiestärkung	**Region**: bundesweit **Zeitraum der Studiendurchführung:** **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Ergebnisse der Recherche:

- Bundesprogramm "Demokratie leben" hat keine europäische Entsprechung
- die drei als Arbeits- bzw. Problemfelder ausgemachten Schwerpunkte (Entwicklungsbedarfe des ländlichen Raumes, die Gefahr des Rechtsextremismus und die notwendige Stärkung der Zivilgesellschaft) sind zwar Thema und Teil nationaler Förderpläne, werden aber nicht überlappend angegangen, sondern nur voneinander getrennt und stehen selten in Bezug zueinander
- die EU wird als wichtiger Akteur ausgemacht zur Entwicklung von Strategiekonzepten, Finanzierung Programme etc.
- breites Spektrum an insbesondere staatlichen Maßnahmen (von Polizeitraining bis Jugendbildungsarbeit und Aussteiger*innen-Programmen), nur selten werden zivilgesellschaftliche Akteur*innen adressiert obwohl diese als Aktive stark vorkommen, geringe Vernetzung und Zusammenarbeit wird als Problem benannt, erschwert kompetente Erarbeitung von umfassenden Strategien gegen Rechtsextremismus sowie auf Kontinuität und Langfristigkeit ausgerichtete Umsetzung von Gegenmaßnahmen
- Benennung der Grenzen des ehrenamtlichen Engagements
- deutsche Praxis mit lokaler Struktur- und Kooperationsförderung sollte stärker in europäische Fachdebatte eingebracht werden
- Europäisches Engagement als Teil der Arbeit vor Ort wird als Mehrwert benannt (z.B. durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit)

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Betont wird die Singularität des "Demokratie leben" Programmes und somit eine vorläufige (nicht evaluierte) Auflistung von möglichen Handlungsempfehlungen:
Gemeinwesenarbeit, zivilgesellschaftliche Selbstorganisation, kommunale Kooperation und Engagementförderung, partizipative Jugendarbeit, politische Bildung

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Engagierte • Programmentwickler*innen	Überblick zu Programmvergleich und Benennung zahlreicher best- practice Beispiele und Programme zur Demokratiestärkung Stützt Argumentation für die Begründung weiterer, insbesondere interdisziplinärer Forschung

Autor*innen: o.A. (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement)

online: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen_materialien/demokratiestaerkung/bbe-recherche-demokratiestaerkung-im-laendlichen-raum.pdf

Friedrich-Ebert-Stiftung [Hrsg.] (2018): Musliminnen und Muslime in ländlichen Räumen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wie kann Verwaltung neue Aufgaben gut meistern? Arbeitspapier Religion und Politik, 5.

39

Ziel der Studie

- Evaluation der kommunalen Umsetzung des Grundrechtes auf freie Religionsausübung (Gebetsräume, Friedhöfe)
- Formulierung von Handlungsstrategien für Politik und Verwaltung mit dem Ziel ein gelingendes Zusammenleben zu ermöglichen

Schwerpunktsetzung

Demokratiestärkung (Integrationspolitik)

Methode

Interviews mit Vertreter*innen der Kommunalverwaltungen //Forum mit Vertreter*innen der Kommunalverwaltung aus insgesamt 13 Landkreisen und Städten sowie Vertreter*innen der Landesregierung und wissenschaftlichen Referent*innen // Bedarfsanalyse der muslimischen Gemeinden

Merkmale der Studie

Region: Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Zeitraum der Studiendurchführung: Dezember 2017 bis Mai 2018

genannte Finanzierung: nicht genannt

Ergebnisse der Studie

- Von Anfang an (bei Gründung von muslimischen Gemeinden) ansprechbar sein um Partner*innenschaft zu etablieren
- Dialog mit muslimischen Gemeinde und Kommunikation mit der Bevölkerung als wichtiger Faktor
- verbindlich und v.a. langfristig miteinander im Gespräch zu sein als Faktor für gelingende Zusammenarbeit
- Gegenseitige Offenheit: sowohl der muslimischen Gemeinden als auch Transparenz der Verwaltungsbehörden
- Enge bürgerschaftliche Netzwerke werden als positiver Faktor benannt, Extremistischen Positionen vorzubeugen und haben eine präventive Wirkung
- Häufige ehrenamtliche Organisation der Gemeindestrukturen im Vergleich zu hauptamtlicher Organisation der Verwaltungsstrukturen berücksichtigen --> Unterstützungs- und Weiterbildungsangebote kommunizieren
- Skepsis gegenüber ausländischer (finanzieller) Unterstützung sollte reflektiert werden (oftmals sind die Gemeinden darauf angewiesen), Nachfragen werden als legitim bewertet
- Stand der Gemeindeentwicklung sollte Berücksichtigung finden
- Zahl der sich organisierenden Gemeinden wächst, Verwaltungen sollten darauf vorbereitet sein verfassungsmäßiges Recht auf freie Religionsausübung zu unterstützen und als Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen
- Landesregierungen und zivilgesellschaftliche sowie religiöse Organisationen sowie freie Träger der Wohlfahrtspflege als Brückenbauer und Kommunikations- bzw. Vertrauenschaffende

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Drei zentrale Handlungsanweisungen

1. Gleichberechtigte Teilhabe von Musliminnen und Muslimen sichern
2. alle Bürgerinnen und Bürger einbeziehen
3. Demokratie- und Menschenfeindlichkeit entgegenwirken

Adressat*innen

- (Kommunal-) Verwaltungen
- Politik
- Religiöse Mittler*innen

Empfehlenswert für:

- Wissenschaftliches Stützen von Argumentationen hinsichtlich des Rechtes auf freie Religionsausübung und dessen gelingende Umsetzung
- konkrete Handlungsempfehlungen für Kommunen im Umgang mit der Gründung muslimischer Religionsgemeinschaften

Autor*innen: Timon Perabo

online: https://library.fes.de/pdf-files/dialog/14716.pdf

Habeck, Heike/Siebert, Elisabeth (2015): Der Stellenwert von KiTa und Grundschule als Bildungseinrichtung im ländlichen Raum. Kinderstube der Demokratie. In: Kaiser, Klaus-Dieter [Hrsg.]: Lebendiger ländlicher Raum. Herausforderungen - Akteure - Perspektiven: Analysen und Handlungsmöglichkeiten. Beiträge im Kontext des Arbeitsschwerpunktes "Demokratiebildung" der Evangelischen Akademie der Nordkirche im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, Vitalisierung ländlicher Räume, 2, Wochenschau-Verlag: Schwalbach/Ts., S. 147-153.	**40**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Aufzeigen, wie wichtig KiTa-Plätze und Einrichtungen für eine frühkindliche Demokratie-Erziehung sind	Demokratiestärkung

Methode	**Merkmale der Studie**
Sekundäranalyse	**Region**: Mecklenburg-Vorpommern **Zeitraum der Studiendurchführung:** o.A. **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

- KiTas gehören zur Grundversorgung und ermutigen Menschen zum Bleiben, gerade im ländlichen Raum
- Aber: immer mehr Plätze fallen weg, es fehlt Personal
- Dabei sind KiTa zentrale Orte an denen Kinder mit demokratischen Werten in Berührung kommen sollten
- Studien zeigen, dass sich Stereotype bereits im Alter von Kindergarten und Grundschule in Urteile festsetzen
- Werte wie Vielfalt, Identität, Zugehörigkeit und Verantwortungsbewusstsein sind wichtig für demokratische Erziehung und werden in KiTas gelernt
- Unzufriedenheit mit demokratischer Praxis steigt bei gleichzeitiger unkritischer Idealisierung von Demokratie
- KiTas als wichtige Basis für pluralistische Gesellschaft, als Kinderstube der Demokratie

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- KiTa-Plätze sichern und ausbauen
- Demokratie lässt sich lernen – in einem Klima der Authentizität und Partizipation
- Kinder sollten Einfluss auf tägliche Gestaltung nehmen können

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Politik • Verwaltung	Stützen von Argumentationen hinsichtlich der Wichtigkeit von Kita-Plätzen für Demokratie-Erziehung

Autor*innen: Heike Habeck, Elisabeth Siebert

online: kein Onlinezugang

Henßler, Vera/Overdieck, Ulrich [Hrsg.] (2014): Vor Ort entscheidet. Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus, Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin: Berlin.	**41**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Überprüfung der in der 2007 vorgelegten Studie "Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie“ entwickelten Handlungsempfehlungen, Konkretisierung, Ergänzung und ggf. Modifizierung dieser	Demokratiestärkung (Umgang mit der extremen Rechten)

Methode	**Merkmale der Studie**
28 Interviews mit kommunalpolitischen und/oder zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Regionen in denen 2014 Kommunalwahlen anstanden und rechte Parteien in kommunalen Gremien vertreten sind ➢ 3 leitfadengestützte Interviews je Kommune (je größte und kleinste Fraktion vor Ort sowie zusätzlich eine Stimme aus der Zivilgesellschaft) Auswertung nach induktiv-deduktiven Verfahren nach Kriterien der Qualitativen Inhaltsanalyse	**Region**: Schöneiche und Cottbus (Brandenburg) Eisenach (Thüringen) Delitzsch und Dresden (Sachsen) München (Bayern) Pirmasens (Rheinland-Pfalz) Radevormwald und Köln (Nordrhein-Westfalen) **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2013 - 2014 **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

- Oftmals entleerte Ächtung von Rechtsextremismus - ein „Mehr“ an inhaltlicher Analyse und Verständigung seitens der demokratischen Kommunalpolitik ist eine zwingende Voraussetzung dafür, die Auseinandersetzung um demokratische Werte überhaupt führen zu können
- Durchhaltevermögen und kontinuierliches Insistieren führen zum Erfolg
- auch Verwaltungen ist es erlaubt, gegen extrem rechten Akteur*innen inhaltlich Stellung zu beziehen, Rechtssicherheit und genaue Kenntnis der Verwaltungsspielräume sind Voraussetzung für eine offensive Auseinandersetzung. Breite Bündnisse, in denen neben demokratischen Parteien und Vertreter*innen von Behörden und Verwaltung auch zivilgesellschaftliche Initiativen, religiöse Institutionen, Migrant*innenorganisationen und Gewerkschaften vertreten sind, ermöglichen einen breiten Konsens gegen Rechtsextremismus;
- Kommunalpolitiker*innen haben Schlüsselstellung bei Initiierung solcher Bündnisse, deutliche Positionierung lokaler Entscheidungsträger*innen setzt wichtige Signale in Kommune und verleiht gemeinsam erarbeiteten Erklärungen und Handlungskonzepten die erforderliche Legitimität
- erfolgreiche Auseinandersetzung mit lokalem Rechtsextremismus erfordert gemeinsame Problemanalyse; sinnvoll, nicht nur die extrem rechten Akteur*innen und ihre Aktivitäten zu betrachten, sondern auch gemeinsames Verständnis von Rechtsextremismus und dessen zentralen ideologischen Inhalten zu entwickeln
- durch gemeinsam formulierte Problemdefinition, die Rassismus als gesamtgesellschaftliches und strukturelles Problem anerkennt, können kommunale Prozesse angestoßen werden, in denen es nicht nur um die Zurückdrängung extrem rechter Akteur*innen geht, sondern auch Fragen nach einem menschenrechtsorientierten Leitbild gemeinsam diskutiert werden (lokale Studien der Einstellungsforschung bieten gute Grundlage für Analyse, auf der eine gemeinsame Problemdefinition aufbauen kann)
- Bei extrem rechten Aufmärschen ermöglichen breite Kooperationen, die Zielsetzungen der Gegenproteste aufeinander abzustimmen und dadurch auch am Tag des Protests selbst eine gute Kommunikation zwischen den beteiligten Institutionen wie der Polizei, der Verwaltung, den Parteien und den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu gewährleisten
- Kommunalpolitiker*innen sind vielerorts mit einem Desinteresse an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen konfrontiert; Spielräume sollten genutzt werden um neue Formen der politischen Beteiligung auszuprobieren, bei denen es nicht allein um Mitsprache, sondern auch um Entscheidungsrechte geht, die für die Politik verbindlich sind --> Konzepte von Bürger*innenbeteiligungen werden auf kommunaler Ebene nicht nur intensiv diskutiert, sondern auch von extrem rechten Parteien für sich in Anspruch genommen: vorausschauende und offensive Bearbeitung lokaler Problemlagen als zentrale Voraussetzung, dass sich extrem rechte Akteur*innen bei lokalen Konflikten nicht als alleinige Fürsprecher*innen inszenieren können
- angesichts bundesweiter Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte sind Kommunen gefragt, frühzeitig zu informieren, v.a. aber auch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen deutlich zu machen, dass Grundrecht auf Asyl nicht verhandelbar und Unterbringung von Flüchtlingen eine Selbstverständlichkeit ist
- bereits vor anstehenden Kommunalwahlen können Fraktionssitzungen genutzt werden, sich mit Expert*innen über mögliche Handlungsoptionen auszutauschen, gemeinsame Erklärung aller demokratischer Parteien kann im Wahlkampf zum gegenseitigen Zusicherung von Mindeststandards dienen
- Auch wenn Anfragen, Anträge und Wortbeiträge extrem rechter Mandatsträger*innen teils keinen ideologischen Inhalt haben, sind sie Bestandteil einer politischen Strategie der Normalisierung und werden in der Regel durch

menschenverachtende Äußerungen derselben politischen Kräfte an anderer Stelle ergänzt; demokratische Kommunalpolitiker*innen können darauf verweisen und ihre ablehnende Haltung so nachvollziehbar begründen
- rechte Selbstdarstellung sollte nicht unwidersprochen bleiben, Akteur*innen der extremen Rechten versuchen Umgang mit ihnen als undemokratisch darzustellen
- Bei unterschiedlichen Positionen der demokratischen Fraktionen zu Themen, die von extrem rechten Mandatsträger*innen aufgeworfen werden, kann Rotationsprinzip weiterhelfen: Positionierung wird abwechselnd den einzelnen demokratischen Fraktionen übertragen
- Verwaltungsvorgänge sind nicht unerheblich (Redeleitung, Ansprachen)
- Vor dem Hintergrund der Klagefreudigkeit extrem rechter Mandatsträger*innen sind Rechtssicherheit und genaue Kenntnisse der Regeln wie Geschäfts- und Kommunalverordnungen wichtig
- genaues Abwägen von formellen Mitteln der Einschränkung von Handlungsspielräumen -> immer auch Auswirkungen auf demokratische Standards grundsätzlich
- Zuständigkeiten in den Fraktionen gut klären
- Gut vorbereitete Zurückweisungen extrem rechter Initiativen in den Gremien erreichen größere Öffentlichkeit, wenn medial aufgegriffen; hier sind schriftliche Ausarbeitungen und Hintergrundinformationen für Journalist*innen gute Möglichkeit
- persönlicher Umgang mit extrem rechten Mandatsträger*innen sehr unterschiedlich; klar sein sollte, dass auch alltägliche Gesten der Höflichkeit dem Ziel der extremen Rechten, akzeptiert zu werden, entgegenkommen
- öffentliche Skandalisierung einzelner Stimmen demokratischer Vertreter*innen für Initiativen der extrem rechten Parteien ist wenig hilfreich

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Kaum Patentrezepte möglich, da die Situationen zu heterogen sind, aber:

Gelingensbedingungen:

- Vor der Wahl: gemeinsame Problemdefinition erarbeiten, Verständigung unter demokratischen Kräften, Kontakt zu lokalen Kooperationen und Bündnissen aufnehmen, klare Positionen beziehen
- Direkt nach der Wahl: Verbindliche Vereinbarungen zum Umgang mit den extrem rechten Verordneten treffen, Ächtung der extremen Rechten öffentlich begründen, Handlungsmöglichkeiten der Sitzungsleitung nutzen, Formaljuristische Umgangsformen genau prüfen, Zuständigkeiten klären, persönlicher Umgang (Gesten der Höflichkeit etc.) kann Auswirkungen haben, externe Perspektiven einbeziehen, Empfehlung parteiinternen sowie -übergreifenden Austausch über lokalen Umgang zu suchen und den demokratischen Konsens zu erneuern
- Dauerhafter Umgang: auf extrem rechten Aktivitäten reagieren, neue Formen der Beteiligung erproben, um lokale Demokratie zu stärken, flächendeckende Präsenz demokratischer Parteien, vorausschauende Bearbeitung lokaler Problemlagen --> Am Ende gilt: Eine gute Kommunalpolitik im Interesse der Bürger*innen ist auch eine erfolgreiche Prävention gegen Rechtsextremismus

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Kommunalpolitiker*innen • Verwaltungen • Engagierte • zivilgesellschaftliche Akteur*innen	• Praktisch evaluierte Empfehlungen für Umgang mit rechten Akteur*innen in parlamentarischen Kontexten • Stützen von Argumentationen zur Wichtigkeit eines demokratischen Konsenses gegen rechte Akteur*innen

Autor*innen: Vera Henßler, Ulrich Overdieck

online: https://library.fes.de/pdf-files/dialog/10611.pdf

Nattke, Michael (2011); Wie Fuchs und Hase beginnen auszuhandeln. Interne Evaluation des Projektes Horizont 21. In: Miteinander e.V./Kulturbüro Sachsen e.V. [Hrsg.]: Demokratie hin oder her… Erfahrungen mit Demokratieentwicklung im ländlichen Raum, S. 91-120.	**42**
Ziel der Studie Interne Evaluation des Projektes "Horizont 21 - Demokratie leben und lernen" mit Ziel, Projektaktivitäten kritisch zu reflektieren und positive Erfahrungen festzuhalten, um übertragbare Handlungsempfehlungen für Ansätze und Konzepte zu erarbeiten, die Demokratiearbeit in Gemeinwesen und Schulen besser strukturieren und anleiten können	**Schwerpunktsetzung** Demokratiestärkung
Methode Auswahl vier Modellstandorte im ländlichen Raum mit unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen (Problemlagen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, organisiertem Neonazismus); Erhebung: (1) Erhebung der Sichtweisen der Projektreferent*innen (leitfadengestützte Interviews) auf die im Rahmen des Projektes durchgeführten Maßnahmen nach Evaluation und Diskussion, Überarbeiten der Maßnahmen, Fortbildungen, Schulungen (2) Auswertung der veränderten Praxis in zweiter (leitfadengestützter) Interviewphase	**Merkmale der Studie** **Region**: Sachsen: Salzwedel, Borna, Bernsdorf, Brettin **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2009-2011 **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

- Personalknappheit und Zeitressourcen spielen entscheidende Rolle bei Umsetzung und Durchführung der Projekte
- Zu ausführliche Gemeindeporträts erwiesen sich als wenig zielführend und führten teils zu Widerstand der Akteur*innen (Empfehlung: kurze Gemeindeskizzen)
- Positiv und empfehlenswert: (Teil-)Ergebnisse vor Veröffentlichungen und Präsentationen mit Kooperationspartner*innen besprechen
- Erhebungsmethoden auf Zielgruppen anpassen
- Widerstände wurden ausgemacht bei: Offener Thematisierung von Rassismus, Neonazismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Demokratiedefiziten
- Lehrer*innen sehen oftmals v.a. Mehraufwand und Arbeit und nicht positive Effekte von Projektdurchführungen
- Auch Schüler*innen sind von Ressourcenknappheit und Zeitmangel betroffen; insbesondere lange Anfahrtswege zur Schule oder anderen Orten (im ländlichen Raum) erschweren Projektdurchführung
- Als weiteres Problem ausgemacht: das duale System der Berufsschule erschwert stabile Kommunikationsprozesse mit Schüler*innen
- Mangelndes Vertrauen der Lehrer*innen in die Selbstständigkeit und Fähigkeiten der Schüler*innen führt zu Skepsis gegenüber Projektarbeit

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Lehrer*innen besser einbinden und Fortbildung anbieten,
- Raum für Kommunikation und Reflexion für einzelne Mitarbeiter*innen im Team bieten
- Handreichung für Lehrer*innen erarbeitet
- Coaching für Schüler*innenvertretungen
- internationalen Jugendaustausch anbieten
- Stärkung der Zusammenarbeit mit Netzwerken zivilgesellschaftlichen Engagements

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Demokratie-Mittler*innen in schulischen Kontexten und Gemeinwesen • Programm-Planer*innen • Wissenschaft und Forschung zu (demokratie)bildender Jugendarbeit	Demokratie-Mittler*innen in schulischen Kontexten und Gemeinwesen ➢ Evaluationsanregung um die eigene Praxis zu überprüfen

Autor*innen: Michale Nattke

online: http://www.beratungsnetzwerk-sachsen-anhalt.de/images/docs/Publikationen/demokratiehinoderher_AbschlussdokuH21_Web.pdf

Paasche, Janine (2010): Möglichkeiten Sozialer Arbeit zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum Sachsens (Masterarbeit).	**43**

Ziel der Studie	Schwerpunktsetzung
Ausloten von Möglichkeiten Sozialer Arbeit und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Engagement gegen Rechtsextremismus	Demokratiestärkung (Umgang mit Rechtsradikalismus)

Methode	Merkmale der Studie
Recherche und Evaluation einschlägiger Literatur, qualitative Interviews mit Akteur*innen in der Region Bautzen aus Gewerkschaft, Beratung gegen Rechtsextremismus, Jugendarbeit und LAP	**Region**: Sachsen **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2010 **genannte Finanzierung:** keine (Masterarbeit)

Ergebnisse der Studie

Fokus auf Ergebnissen der Interviews:

- Öffnung der Akteur*innen für Thematik von Interviewpartner*innen als Erfolg bewertet, Beantragung von Mitteln für Demokratieförderung anfangs zurückhaltend
- Beteiligungsprojekte für Jugendliche werden insbesondere als positiv bewertet
- auch auf kommunalpolitischer Ebene Öffnung für Auseinandersetzung mit demokratischer Kultur wahrzunehmen, aber auch Bürgermeister*innen die dies nach wie vor ablehnen
- Vorbildfunktion und Multiplikator*innen-Effekte können beobachtet werden, insbesondere, wenn Bürgermeister*innen LAP unterstützen
- Netzwerkarbeit und Kommunikation als wichtig bewertet, auch um zu sehen, dass Gemeinsamkeiten bestehen und Kämpfe nicht alleine geführt werden müssen
- teils aber auch Scheinerfolge oder nur Teilerfolge: zwar konnten angemeldete Demos etc. von Rechten eingedämmt werden, dafür aber Zunahme unangemeldeter Veranstaltungen
- zwar Rückzug der Rechten in Privaträume, aber Strukturen bleiben bestehen
- keine Bewertung von Präventionsarbeit möglich, feststellbar ist ein Erreichen neuer Personengruppen sowie Schaffung von Problembewusstsein
- Rolle der Sozialen Arbeit als zentraler Akteur, oft aber durch Personal- und Zeitmangel überfordert
- teils wenig Engagement der lokalen Verwaltungen sowie wenig Wissen über Programme und Interesse daran
- Soziale Arbeit kann nur dort Veränderungen möglich machen, wo angemessene Möglichkeiten eingeräumt werden

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Politik • Forschung • Engagierte	Verknüpfende Fragestellung zu Demokratieförderung durch Hauptamtlich tätige und professionell ausgebildete und Engagierten nur wenig Fokus -> Thema weniger Ehrenamt oder zivilgesellschaftliches Engagement, sondern professionstheoretische Fragestellung und Implikationen sowie Erhebung vorhandener Strukturen in Bautzen

Autor*innen: Janine Paasche

online: https://core.ac.uk/download/pdf/33988045.pdf

Sächsischen Volkshochschulverband e.V. [Hrsg.] (2018): Erwachsenenbildung im ländlichen Raum. Ergebnisse der qualitativen Studie „Weiterbildungsbedarf in ländlichen Regionen im Freistaat Sachsen“. **44**

Ziel der Studie

Abbilden von Weiterbildungsbedarfen von Erwachsenen und Aufzeigen von Konsequenzen für eine Weiterentwicklung der ländlichen Bildungsarbeit um Beitrag zu Entwicklung ländlicher Räume zu leisten; Fragestellung: Was kann Erwachsenenbildung selbst zu Veränderungen in ländlichen Räumen beitragen? Welcher Kapazitäten bedarf es, um a) die Erwachsenenbildung und b) ländliche Räume positiv zu beeinflussen?

Schwerpunktsetzung

Demokratiestärkung

Methode

Leitfadengestützte Interviews und Gruppendiskussionen mit Akteur*innen aus Bildung, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Rahmen aktivierender Forschung (=qualitative Sozialforschung und sozialarbeiterischer Bürger*innenaktivierung)

Merkmale der Studie

Region: Landkreisen Nordsachsen und Vogtlandkreis (Sachsen)
Zeitraum der Studiendurchführung: 2017-2018
genannte Finanzierung: Förderprogramm Demografie bei der Sächsischen Staatskanzlei

Ergebnisse der Studie

Teils Thematik Lebensverhältnisse und Lebensqualität stärker diskutiert als Bildungsbedarfe:

- Rückbau von Infrastruktur und Gefühl des Abgehängt seins hat Auswirkungen auf Lebensqualität; insbesondere in Gruppen mit hohem Altersdurschnitt kaum wahrgenommene Veränderungsmöglichkeiten
- eingeschränkte Mobilität durch mangelnden ÖPNV, Anstieg der Kosten für Nahverkehr
- mangelnde Verfügbarkeit von Orten des Zusammenkommens
- Umstrukturierung der Kreise führt teils zu mangelnder Identifikation
- Regionalentwicklung, das ‚Lebendigkeit erhalten vor Ort‘, als kooperative Aufgabe von Menschen im ländlichen Raum, Verwaltung und Akteur*innen der Erwachsenenbildung wahrgenommen
- Aussagen zu Bildungsverständnis im Erwachsenenalter differenzieren stark zwischen Bildungsakteur*innen (berufliche (Weiter-)Qualifikation) und Teilnehmer*innen (sozial-kommunikativer Fokus)
- Parallelen zwischen Bildungsverständnis von Expert*innen und Nutzer*innen: Bildung als etwas sich über alle Lebensalter hinweg Vollziehendes, was gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und Menschen dazu befähigt, sich in einer schnelllebigen und in stetigem Wandel unterzogenen Welt zurechtzufinden
- ökonomischer Druck spielt für Bildungsakteur*innen größere Rolle (Rentabilität des angebotenen Programmes)
- Zentrale Bildungsbedürfnisse: aktives Vereinsleben und ein gutes Miteinander, Förderung von Gemeinschaft, v.a. zwischen den Generationen, dass sich die Generationen verbinden, voneinander lernen und jede*r sich mit seiner*ihrer Individualität einbringen kann, stärkeres Miteinander, mehr miteinander statt gegeneinander arbeiten
- VHS haben kein Instrument und keine personelle Kapazität Bildungsbedarfe tatsächlich zu erheben
- Bedarfe variieren stark und sind nicht verallgemeinerbar
- gemeinwesenorientierte Ausrichtung und Dezentralität als wichtiges Erfordernis
- starkes Bedürfnis nach einem niedrigschwellig zugänglichen sozialen Ort zum alltagspädagogischen Lernen, VHS werden damit allerdings kaum assoziiert
- Bedarf nach politischer und zivilgesellschaftlicher Bildungsarbeit die wiederum kostenfrei organisiert sein sollte
- im Sinne politischer Bildung besteht die Rolle der Bildungsakteur*innen v.a. darin, Menschen zusammenzubringen, die ein gemeinsames Problem, Thema oder einen Wunsch (z.B. für das Zusammenleben in einer Gemeinde) definieren und zusammen beginnen, darüber zu diskutieren
- Forme und Inhalte der Bildungsangebote sollten flexibel, niedrigschwellig und lebensnah sein
- Öffentlichkeitsarbeit, Erreichbarkeit etc. spielen große Rolle
- Kooperation und Vernetzung als Zugangserleichterung zur Bevölkerung in ländlichen Regionen

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Untersuchung zeigt, dass es zahlreicher inhaltlicher, struktureller und innerorganisationaler Veränderungen bedarf, um sich langfristig als Anlaufstelle für die Menschen vor Ort zu etablieren und die Entwicklungen mitzugestalten
- gesellschaftliche Mehrwert von gemeinschaftsbezogener und zivilgesellschaftlich orientierter Bildungsarbeit in ländlichen Räumen muss stärker in den Fokus erwachsenenbildnerischer Aktivitäten rücken
- regionale Entwicklung benötigt bildende, soziale und kulturelle Orte
- Erwachsenenbildung sollte an der Lebenswirklichkeit im Gemeinwesen ansetzen
- Erwachsenenbildung muss sich deutlicher in der Region positionieren

Adressat*innen

- Bildungspraktiker*innen
- Volkshochschulen

Empfehlenswert für:

Abgleichen von Ansprüchen an Bildungsangebote und Bedarfen der Bevölkerung mit planerischen Annahmen

Autor*innen: Stephan Beetz, Pauline Bender, Friederike Haubold

online: https://www.vhs-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Projektdoku_Land_web.pdf

Schader-Stiftung [Hrsg.] (2011): Integrationspotentiale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts.

45

Ziel der Studie

Erste Studie zur Situation von Migrant*innen in kleineren Städten und dem ländlich geprägten Raum; zentrale Anliegen des Praxis-Forschungs-Projektes sind das Ausloten von Integrationspotentialen ländlicher Räume, Anstöße für Verbesserung struktureller Bedingungen, Förderung des Zusammenhaltes

Schwerpunktsetzung

Demokratiestärkung (Integrationspolitik)

Methode

12 Städte und Landkreise, aktivierender Ansatz um Ressourcen und Potentiale zu ermitteln durch: Expert*inneninterviews, Gruppengespräche und Workshops mit begleitenden Netzwerktreffen

Merkmale der Studie

Region:

- Landkreis Emsland: Haren (Ems), Freren
- Hochsauerlandkreis: Meschede, Bestwig
- Landkreis Coburg: Neustadt b. Coburg, Ebersdorf b. Coburg
- Landkreis Ravensburg: Ravensburg, Leutkirch
- Landkreis Jerichower Land: Genthin
- Vogtlandkreis: Plauen
- Landkreis Offenbach: Neu-Isenburg
- Landkreis München: Garching

Zeitraum der Studiendurchführung: 2009-2011
genannte Finanzierung: nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Ergebnisse des Praxis-Forschungsprojektes:

- Sensibilisierung von Politik und Öffentlichkeit für das Thema Integration bzw. für neue Aspekte des Themas
- Unterstützungs- und Bestätigungsfunktion für die Integrationsarbeit vor Ort, „dass man auf dem richtigen Weg ist“
- Stärkung bzw. Schaffung von (neuen) Netzwerkstrukturen der Integrationsarbeit
- Schaffung von neuen institutionellen Strukturen der Integrationsarbeit;
- strategische Weiterentwicklung kommunaler Integrationspolitik

Ehrenamts-relevante Ergebnisse:

- große Bedeutung von Vereinen, Gruppen und Initiativen für Integrationsprozess in ländlichen Räumen
- hohe Bedeutung von Glaubens- und Religionsgemeinschaften für den Integrationsprozess

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

demokratiefördernde bzw. engagementrelevante Handlungsanweisungen:

- Anerkennungs- und Willkommenskultur im ländlichen Raum etablieren
- Integration zum Thema strategieorientierter Kommunalpolitik machen: Integrationspolitik strukturell verankern und aktiv steuern
- Vernetzung aller integrationsrelevanten Akteur*innen und Einrichtungen: Integrationskurse koordinieren und begleitende Angebote ausbauen, Qualifizierung des integrationspolitischen Personals und lokaler Aktivist*innen verbessern, Schul- und Bildungsstruktur an Integrationserfordernisse anpassen
- Potenziale von Vereinen und Gruppen verstärkt in Integrationsprozesse einbeziehen
- Engagement von Migrantinnen und Migranten stärken, (Selbst-) Organisation unterstützen, Würdigung und Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement, Konfliktvermittlung durch bürgerschaftlich Aktive fördern
- Blick auf die Ressourcen von Migrantinnen richten, Engagementpotenzial von Frauen fördern, Zielgruppenspezifische Angebote für Frauen und Mädchen schaffen
- Nachbar*innenschaften und öffentliche Räume für Begegnung und Integration nutzen – räumliche Stigmatisierung verhindern

Adressat*innen

- kommunale Akteur*innen
- Kommunalpolitik
- Verwaltungen
- Programmplaner*innen

Empfehlenswert für:

Stützen von Argumentationen hinsichtlich der Notwendigkeit der Verbesserung von Angeboten, Infrastruktur, Teilhabe etc. incl. good-practice-Beispielen

Autor*innen: Heike Hanhörster, Michael Kuss, Dr. Sabine Weck, Ralf Zimmer-Hegmann (Gesamtprojektleitung), Dr. Thomas Bürk, Susen Fischer, Dr. Heike Liebmann (Projektleitung IRS)

online: https://www.schader-stiftung.de/fileadmin/content/Abschlusspublikation__komprimiert_.pdf [05.05.2019]

Schader-Stiftung [Hrsg.] (2014): Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen. Ein Handbuch für Kommunen.

46

Ziel der Studie

Herausforderungen des demografischen Wandels in den ländlichen Kommunen mit Fragen der Integration und Fachkräftesicherung zu verknüpfen. -> Handlungskonzepte für Herausforderungen entwickeln und in der Praxis erproben.

Schwerpunktsetzung

Demokratiestärkung (Willkommenskultur, Integrationspolitik)

Methode

Dreijähriges Forschungs-Praxis-Projekt:

- Potentialanalyse und abschließendes Seminar- und Coachingverfahren
- Durch aktivierende Forschungsbegleitung sollten Prozesse angeregt werden.
- Ergänzt wurde der Prozess durch Netzwerk-Seminare zur Vernetzung und Kommunikation der Kommunen untereinander.
- Im Verlauf fanden Fachtagungen statt um wissenschaftliche Reflektion und Rückbindung an Expert*innen zu gewährleisten.

Merkmale der Studie

Region:

- Bad Kissingen und Landkreis Bad Kissingen, Bayern
- Bergen und Landkreis Celle, Niedersachsen
- Hann, Münden und Landkreis Göttingen, Niedersachsen
- Höxter und Kreis Höxter, Nordrhein-Westfalen
- Schlüchtern und Main-Kinzig-Kreis, Hessen
- Schwäbisch Gmünd und Ostalbkreis, Baden-Württemberg
- Stendal und Landkreis Stendal, Sachsen-Anhalt

Zeitraum der Studiendurchführung: 2012-2014

genannte Finanzierung: Europäischer Integrationsfonds, Bundesministerium des Innern, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Ergebnisse der Studie

Überhaupt einen institutionalisierten Rahmen zur Auseinandersetzung mit dem Thema zu schaffen war in vielen Fällen schon lohnender Anstoß, als zentrales Element des Umgangs mit den bearbeiteten Problemen wird eine proaktive Politik genannt: Diese erkennt Chancen und Herausforderungen frühzeitig, kommuniziert diese und entwickelt wirksame Handlungsansätze und Maßnahmen. Im Fokus dieser Politik und des daraus resultierenden Verwaltungshandelns steht die Erschließung von Potenzialen der Zuwander*innen und Etablierung einer lokalen Anerkennungs- und Willkommenskultur. Wichtig ist ebenfalls die Vernetzung der Akteur*innen aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie die Aktivierung und Beteiligung von Bürger*innen.

Verfahren des Praxis-Forschungsprojektes hat sich bewährt, da auf Grund der wissenschaftlichen Fundierung die Akzeptanz vor Ort gegeben war.

Die Studie ermittelt weiterhin zentrale Erfolgsfaktoren einer kommunalen Integrations- und Diversitätspolitik: Integration als kommunale Führungs-, Querschnitts- und Steuerungsaufgabe, Handlungskonzept für Integration entwickeln, Personelle Zuständigkeit klären und fachübergreifende Vernetzung in der Verwaltung herstellen, Integration mit anderen Politikfeldern verknüpfen: Integrative Ansätze in den Verwaltungen, Vernetzung ziviler Akteure unterstützen, Vorteile einer interkommunalen Vernetzung nutzen, Aufbau nachhaltiger Strukturen in der kommunalen Integrationsarbeit, Konzeptentwicklungen zum demografischen Wandel unterstützen, Fachkräftesicherung mit der Integrationsförderung verzahnen, Kommunale Kompetenzen in der Bildungspolitik der Länder erweitern und die interkulturelle Öffnung von Bildungseinrichtungen ermöglichen

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Die Studie identifiziert zentrale Handlungsfelder einer kommunalen Integrations- und Diversitätspolitik und nennt zahlreiche Handlungsempfehlungen.

Zentrale Handlungsfelder sind: Sprache und Bildung, Teilhabe am Arbeitsmarkt und berufliche Integration, Sozialräumliche Integration, Bürgerschaftliches Engagement, Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund, religiöse Gemeinschaften und Integration, Unterbringung und Begleitung von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen

Handlungsanweisungen (Auswahl):

- Mitarbeiter*innen muss geschult, eine interkulturelle Personalentwicklung angestrebt werden
- Integrationspolitik muss mit anderen Gleichstellungspolitiken zusammen gedacht werden
- Vernetzung und Kommunikation (auch unter und innerhalb der migrantischen Communities) spielt wichtige Rolle

Adressat*innen

- Kommunale Praxis-Akteur*innen
- Bund und Länder

Empfehlenswert für:

- Handlungsempfehlungen für Kommunalverwaltungen.
- Stützt Argumentationen mit zahlreichen praktisch evaluierten Ergebnissen (auch hinsichtlich Arbeitsmarktpolitik-Thematiken) und nennt zu allen good-practice Beispiele

Autor*innen: Jutta Aumüller, Frank Gesemann (Gesamtprojektleitung)

online: https://www.schader-stiftung.de/fileadmin/content/Handbuch_interkulturelle_OEffnung_ueberarbeitet_01-2015.pdf

Schmidt, Tobias (2011): Einheimische und Zugereiste. Partizipation und soziale Modernisierung im ländlichen Raum, Kultur und soziale Praxis, 140, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.	**47**
Ziel der Studie Untersuchung wie Prozesse der Modernisierung und Partizipationsbestrebungen von „Zugereisten“ von „Einheimischen“ wahrgenommen und bewertet werden	**Schwerpunktsetzung** Demokratiestärkung
Methode Explorative Interview-Studie • fünf mehrstündige biografisch-narrative Interviews	**Merkmale der Studie** **Region**: Langbuch, Bayern **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2006 **genannte Finanzierung:** nicht genannt
Ergebnisse der Studie **Partizipationsrelevante Ergebnisse:** • Vereine bleiben zentrale Akteur*innen und Anlaufstellen Partizipation durch offenen und wertschätzenden Dialog möglich, Konfliktfähigkeit als wichtiges Element • Langer Atem der Akteur*innen ist notwendig	
Adressat*innen • Wissenschaft und Forschung	**Empfehlenswert für:** • soziologische Auseinandersetzung mit dem Thema
Autor*innen: Tobias Schmidt	
online: kein Onlinezugang	

Schubarth, Wilfried et al. (2010): Wertebildung und Teilhabe von Jugendlichen in ländlichen Regionen. Ein qualitatives und quantitatives Praxisforschungsprojekt. In: Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten/Lynen von Berg, Heinz [Hrsg.]: Wertebildung in Jugendarbeit, Schule und Kommune. Bilanz und Perspektiven. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden: Wiesbaden.

48

Ziel der Studie

Untersuchung der Wertebildung und Teilhabe von (benachteiligten) Jugendlichen in ländlichen Regionen Brandenburgs

- Erfassung Wertebildungsprogramme und -initiativen in Deutschland
- Befragung von relevanten Organisationen und Expert*innen zu Werteprojekten in BB
- Durchführung von lokalen Fallstudien in zwei ausgewählten Regionen zu Teilhabe- und Wertebildungserfahrungen von Jugendlichen sowie zu den lokalen Strategien zur Teilhabeförderung und systematischen Wertebildung von Jugendlichen
- Ableitung von Handlungsempfehlungen für Jugendhilfe und Politik zur Förderung der Wertebildung von (benachteiligten) Jugendlichen in ländlichen Regionen

Schwerpunktsetzung

Demokratiestärkung (Wertebildung)

Methode

- Universitäres Praxisforschungsprojekt v.a. im Rahmen von Lehrforschungsprojekten
- schriftliche Befragung von relevanten Organisationen und Expert*innen zu Werteprojekten im Land Brandenburg
- lokale Fallstudien durch teilnehmende Beobachtungen
- problemzentrierte Interviews und Expert*innen-Interviews

Merkmale der Studie

Region: Brandenburg
Zeitraum der Studiendurchführung: April 2008 – April 2010
genannte Finanzierung: Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam

Ergebnisse der Studie

Ergebnisse werden im Rahmen von zehn Thesen vorgestellt (da Lehrforschung und nicht Wirkungsevaluation)

- Wertedebatten werden mit unterschiedlichen Begründungen und Intentionen sowie Begrifflichkeiten geführt
- meist prägen Erwachsene die Debatten über als defizitär wahrgenommene Jugendliche; den Jugendlichen geht es um Aspekte wie Heimatgefühl, Gerechtigkeit, Liebe, Freundschaft, Toleranz, Zuverlässigkeit, Freundschaft und Ehrlichkeit
- Wertebildung findet im außerschulischen Bereich häufig in vielen Projekten der Jugendarbeit statt, oftmals unintendiert, unthematisiert und unbewusst
- Ein Hindernis für eine kontinuierliche Wertebildung besteht u.a. in den fehlenden Angeboten der Jugendarbeit im ländlichen Raum, den prekären Finanzierungsstrukturen der Jugendarbeit sowie Konflikten zwischen Erwachsenen und Jugendlichen. Benachteiligte Jugendliche werden durch die bestehenden Wertebildungsprojekte häufig nicht erreicht und meist auch gar nicht als Zielgruppen anvisiert. Ein Defizit scheint es zudem in Bezug auf reflexive, geschlechtssensible Angebote für männliche Jugendliche zu geben
- explizite und intendierte Wertebildung v.a. dort, wo wertebezogene Ausrichtung vorliegt
- außerschulische Projekte werden oftmals in Zusammenarbeit mit den Schulen durchgeführt, dies führt zu Herausforderungen das schulische Setting zu überwinden und den Jugendlichen ausreichend Freiräume und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu gewähren
- Neben den Fachkräften und den Schulen kommt Trägern der Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zu
- Themen der analysierten Projekte sind v.a. sozialräumliche und gesellschaftliche Herausforderungen
- eine nachhaltige Aneignung von Werten findet v.a. dort statt, wo konkrete Teilhabeerfahrungen und bewusste Wertereflektion (auch des Personals) möglich sind

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Eine gelingende Wertedebatte benötigt grundsätzlich

1. aktive Erprobungs- und Teilhabemöglichkeiten, die Diskussion und Austragung von lebensnahen (Werte-)Konflikten, aber auch eine Vorbildwirkung und Grenzsetzungen durch das (den) Gegenüber
2. geschulte pädagogische Fachkräfte mit einem positiven Jugendbild
3. langfristige Konzepte und Strategien, einen Ausbau der Angebote in ländlichen Regionen

Adressat*innen

- Forschung
- Politik
- (kommunale) Verwaltung
- Jugendarbeit

Empfehlenswert für:

Wissenschaftliches Stützen von Argumentationen hinsichtlich der Notwendigkeit von

- Partizipation und Mitgestaltungsmöglichkeiten
- Aus- und Fortbildung von Jugendarbeiter*innen
- Handlungsempfehlungen für Jugendarbeiter*innen

Autor*innen: Karsten Speck, Wilfried Schubarth, Heinz Lynen von Berg, Julia Barth

online: kein Onlinezugang

Schultz, Christoph (2009): Quantitative Schulsozialraumanalyse im ländlichen Raum M-V mit dem Schwerpunkt von Bedingungszusammenhängen für die Entstehung rechtsextremistischer Tendenzen und Möglichkeiten der demokratiestärkenden Bildungsarbeit (Diplomarbeit): Rostock.	**49**
Ziel der Studie Zentrale Ziele der vorliegenden Arbeit sind die Auseinandersetzung mit Bedingungen, die mit der Etablierung von rechten Tendenzen und Orientierungen zusammenhängen (Fazit hierzu S. 128ff), sowie das darauf aufbauende Aufzeigen von Möglichkeiten demokratiestärkender Bildungsarbeit unter Berücksichtigung der schulsozialräumlichen Gegebenheiten.	**Schwerpunktsetzung** Demokratiestärkung
Methode Sekundäranalyse quantitativer Studien zu Rechtsextremismus sowie eigene quantitative Erhebungen: Fragebögen, leitfadengestützte narrative Interviews, nichtteilnehmende offenen strukturierte Beobachtungen, Sozialraumkartierungen. Statusgruppen: Schüler*innen, Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Eltern, zivilgesellschaftliche Akteur*innen	**Merkmale der Studie** **Region**: Mecklenburg-Vorpommern **Zeitraum der Studiendurchführung:** **genannte Finanzierung:** nicht genannt
Ergebnisse der Studie Vielfältige Faktoren die in Zusammenhang stehen begünstigen die Entstehung rechtsextremistischer Tendenzen; insbesondere die politische Kultur, von der Jugendliche in ihrem sozialen Umfeld umgeben sind hat Einfluss. • Entgegnungsstrategien sollten multithematisch orientiert sein (Methoden und Konzepte der demokratiestärkenden Bildungsarbeit bieten solche Strategien) • umfassende und weite Verständnisse von Politik, Demokratie und Bildung sind notwendig (nicht rein institutionell, parlamentarisch oder schulisch, sondern in der Lebenswelt der Jugendlichen verankert) • Schulsozialräume bieten besonderes Potential für demokratiefördernde Jugendarbeit, dieses Potential ist bei weitem nicht ausgeschöpft (positive Elemente: Klassenrat als basisdemokratisches Organisationselement, peer education, peer mediation)	
Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension) Eine stärkere Etablierung von demokratiestärkender Bildungsarbeit ist notwendig; hierfür braucht es: • Institutionalisierung demokratiestärkender Bildungsarbeit • Methodisches und inhaltliches Wissen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus • Methodische Kenntnisse der Lehrer*innen • offene und positive Lehrer*innen • Umfassende und kontinuierliche Partizipationsmöglichkeiten • Umfassendes Partizipationsverständnis • Ausbau der Kooperation zu zivilgesellschaftlichen Strukturen • Einbeziehung der Eltern	
Adressat*innen • Wissenschaft • Forschung • Programmplaner*innen • Politische Bildner*innen	**Empfehlenswert für:** • Stützen von Argumentationen über die Entstehung und begünstigende Faktoren von Rechtsextremismus • Nachschlagen von Begriffsdiskussionen • Auflistung von evaluierten Möglichkeiten demokratiestärkender Bildungsarbeit • Konzept des Sozialraums
Autor*innen: Christoph Schultz	
online: https://soziale-bildung.org/fileadmin/Forschung_Evaluation/Diplomarbeit_MP_Bildung_Land.pdf	

Bund der Deutschen Landjugend e.V. [Hrsg.] (2017): Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Schweigen heißt Zustimmung, Bund der Deutschen Landjugend: Berlin. **50**

Ziel der Studie
Bestandsaufnahme und Analyse der Situation zum Thema Rechtsextremismus in den einzelnen Bundesländern und Erarbeitung von Handlungsempfehlungen um dem rechtslastigen Milieu begegnen zu können

Schwerpunktsetzung
Demokratiestärkung (Schwerpunkt Prävention von Rechtsradikalismus)

Methode
Schritt 1: Aktualisierung der 2009 veröffentlichen Arbeit und seitdem erschienenen Studien und Fachliteratur
Schritt 2: Kurzexpertisen durch Expert*innen der einzelnen Bundesländer
Schritt 3: zur Erstellung der Handlungsanweisungen wurden Ergebnisse der Gespräche mit Expert*innen und bisherige Praxis ausgewertet.

Merkmale der Studie
Region: ländliche Regionen in allen 13 Flächenbundesländern Deutschlands
Zeitraum der Studiendurchführung: 2016-2017
genannte Finanzierung: Gefördert aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!" über den Programmpartner Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Ergebnisse der Studie
Monofaktorielle Erklärungsansätze greifen meist zu kurz und führen meist nicht in die Entwicklung wirkungsvoller gesellschaftlicher Gegenstrategien (S. 37) (Ergebnisse zu Einstellungen in der Bevölkerung, Straftaten etc. evaluiert aus Standardliteratur wie der Langzeitforschung "Deutsche Zustände" von Heitmeyer; aber: nicht allen praxisbezogenen Folgerungen wird zugestimmt).

- Es kann vermutet werde, dass Leben in einer gefährdungsarmen, entspannten, soziale Sicherheit ausstrahlenden und fühlbare Mitwirkung gewährenden Demokratie die wohl bestmögliche Form der Eindämmung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus darstellt
- Angebote der in den ländlichen Räumen traditionell stärker verankerten Vereins- und Verbandsarbeit hat wichtige präventive Funktion (nachlassende Bindungskraft muss mit Sorge betrachtet werden)
- Geschlecht wird mehr und mehr als relevante Kategorie erachtet
- die Situation in den Ländern weicht oftmals von der in den aktuellen Verfassungsschutzberichten veröffentlichten und vertretenen Auffassung und Analyse ab (S. 75ff.)
- Rechtsextreme Anschlussmöglichkeiten als Problem ausgemacht (Kleidung, Musik, (Kampf-)Sport, Konzerte etc.)
- Rechtspopulismus als Herausforderung, Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind unscharf
- Betonung der weiteren Radikalisierung der AfD
- „großen Themen" wie (Armut und Überalterung, Abwanderung der besser Gebildeten, unklare Perspektiven prekärer Regionen, Probleme der Migration), muss mit Antworten und Maßnahmen begegnet werden, die aus gezielter politischer Steuerung der europäischen, der Landes- und der Bundespolitik resultieren
- in diesem geschaffenen Rahmen kann Jugend- und Jugendverbandsarbeit Beiträge zur Demokratie und Stabilisierung zivilgesellschaftlicher Strukturen leisten
- Raumplanung als Mittel den genannten "großen Themen" entgegen zu wirken
- Rechtsextremismusprävention als Teil einer größeren Strategie gelingender Dorfentwicklung
- Einzelmaßnahmen als wenig sinnvoll erwiesen, stattdessen verzahnte Ansätze die der Wirklichkeit gerecht werden
- Nachhaltigkeit in Personal-, Programm- und Strukturentwicklung als Präventionsfaktor, statt Probleme abzutun
- Jugendarbeit als zentraler Akteur ausgemacht, jedoch Betonung, dass nicht allein verantwortlich

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)
Als Interventionsmöglichkeiten werden genannt und erläutert: (1) verbindliche Programme für die prekären ländlichen Räume, (2) Verzahnung von Elternberatung und Elternbildung als Chance für die Strukturentwicklung (3) mehr Planung und Absicherung der kommunalen Jugendarbeit und Jugendhilfe (4) Vereins- und Verbandsarbeit (Schulung des Personals, Hinzuziehen von Expert*innen, gezielte Jungenpädagogik im Rahmen der Verbandsarbeit (5) mehr gezielte Medienarbeit in der Verbandsarbeit

Adressat*innen
- Jugendbildungs-Mittler*innen
- Engagierte

Empfehlenswert für:
- Stützen von Argumentationen über die Entstehung und begünstigende Faktoren von Rechtsextremismus
- Zusammenfassender Überblick über aktuelle Studienlage zum Thema

Autor*innen: Titus Simon, Gregor Behrendt, Michael Bertram, Carolin Jahnke, Richard Kunstmann, Susanne Maikath, Luise Prell, Max Riedel, Alexander Wassilenko

online: https://www.vielfalt-mediathek.de/data/bdl_rechtsextremismus_in_lndlichen_rumen.pdf

Soziale Bildung e.V. [Hrsg.] (2009): Demokratiestärkende Bildungsarbeit. Schulsozialraumanalyse. **51**

Ziel der Studie

Ziel der Studie (= Schulsozialraumanalyse) die Themenfeld Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiebildung sowie sozialwissenschaftliche Forschung und politische Bildungspraxis zusammenzubringen um effektive und effiziente Formen der Entgegnung rechtsextremistischer Tendenzen und Initiierung bzw. Aktivierung demokratischer Impulse im schulischen Kontext und darüber hinaus zu finden und zu etablieren. Evaluation eines Modellprojektes (n = 1; eine Schule)

Schwerpunktsetzung

Demokratiestärkung (Schwerpunkt Prävention von Rechtsradikalismus)

Methode

Mixed-Methods: quantitative Fragebögen Erhebung mit Schüler*innen und Eltern, problemzentrierte Expert*innen-Interviews an der Schule sowie im zivilgesellschaftlichen Umfeld des Schulsozialraumes bzw. des Landkreises

Merkmale der Studie

Region: Mecklenburg-Vorpommern
Zeitraum der Studiendurchführung: Februar – Juni 2008
genannte Finanzierung: nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Ergebnisse der Studie sind Aussagen oder Meinungen die unterstützt wurden oder denen zugestimmt wurde; Fokus auf zivilgesellschaftlich Relevanten Aussagen:

- Vernetzung beteiligter lokaler Akteur*innen wird als erstrebenswert angesehen, ebenso: Netzwerkarbeit
- früh ansetzende Kinder- und Jugendarbeit, Themen wie Zivilcourage, Diskriminierung, Rassismus, der Wert von Vielfalt
- Langfristigkeit und Nachhaltigkeit der Arbeit
- finanzielle Kürzungen (führten zur Schließung von Jugendclubs etc.) werden als Problem wahrgenommen
- Professionalität der Jugendsozialarbeit (teils mit unqualifiziertem Personal oder Ein-Euro-Jobber*innen besetzt)
- oftmals nur Thematisierung nach Vorkommnissen, kaum Präventionsarbeit oder nachhaltige und langfristige Thematisierung
- Akteur*innen vor Ort teils geprägt von Desinteresse, Probleme und deren nicht-Lösung werden oft den wenigen Engagierten vorgeworfen
- Zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten sollten auf Aufklärungs- und Bildungsarbeit liegen, Argumentationstrainings etc. sind sinnvoll

Von Interviewpartner*innen zudem gewünscht: konzeptionelle Änderungen in der Jugendarbeit -> nicht nur Unterstützung von nichtrechten Jugendlichen, auch Arbeit mit rechtsoffenen Jugendlichen unter Berücksichtigung klarer Grenzziehungen

In Lehrer*innen-Interviews als (teils unter Voraussetzungen) umsetzbare Strategien bewertet wurden: Verstärkung von Demokratieerziehung im Unterricht und in schulnahen Projekten, Schulbündnisses gegen Rechts, zusätzliche Aufklärung zu Rechtsextremismus als Querschnittsthema im Unterricht, Stärkung von politischen Tendenzen, die nicht rechtsextremistisch sind.

Als nicht umsetzbar wurde bewertet: Die Einführung eines erweiterbaren Verbotskatalogs gegen rechtsextremistische Tendenzen. Öffentlich machen von Vorfällen wurde als positiv bewertet, um die Schüler*innen zur Diskussion anzuregen

- Grundsätzlich sollte Zivilgesellschaft einbezogen werden, ebenso Einflüsse der politischen Kultur grundsätzlich
- Vereinsleben nimmt großen Stellenwert ein, insbesondere in dörflichen Regionen
- Weggang von jungen Menschen wird als Problem wahrgenommen

Als Haupursachen für Rückgang des bürgerschaftlichen Engagements benannt:

1. schwierige Rahmenbedingungen in strukturschwachen, ländlichen Räumen
2. mangelnde Positiverfahrungen
3. mangelndes Gemeinschafts- und Solidaritätsempfinden

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Arbeit in kooperativen Netzwerken für demokratiestärkende Bildungsarbeit wichtig, regelmäßige Vernetzungs- und Austauschtreffen gewünscht
- Nachhaltige Kooperation mit externen Partner*innen, mehr Menschen müssen an Projekten beteiligt werden um Nachhaltigkeit zu sichern
- Verbesserung der Kommunikations- und Diskussionskultur, damit einhergehend: bessere Öffentlichkeitsarbeit

Adressat*innen

- Betroffene

Empfehlenswert für:

Ausführlich evaluiertes Praxis-Beispiel

Autor*innen: o.A.

online: www.vielfalt-mediathek.de/data/mpsozialraumanalyse_schule_4.pdf

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. [Hrsg.] (2017): Neue Nachbarn – Zusammenleben im ländlichen Raum. Expertise zu den Chancen und Handlungsansätzen für eine erfolgreiche Integration von Neueinwanderern in die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins.

52

Ziel der Studie

Herausarbeiten von Rahmenbedingungen sowie Erfolgsfaktoren bzw. Potentialen oder auch Hemmnisse für Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum.
Was braucht es mittel- und langfristig für eine gelingende Integration und ein interkulturelles Zusammenleben in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins?

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement und Demokratiestärkung

Methode

Mehr als 30 mehrstündige Experten*innengespräche und eine landesweite Online-Befragung von Kreisen, Ämtern und Gemeinden, ergänzend Einbeziehung von Vertreter*innen von Flüchtlingsrat, kommunaler Ämter, Kreisämter, Ehrenamt, etc.

Merkmale der Studie

Region: Schleswig-Holstein
Zeitraum der Studiendurchführung: August 2016 – Februar 2017
genannte Finanzierung: Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Diakonie Schleswig-Holstein, AMIF-Projekt "Türen öffnen - Vielfalt leben vor Ort"

Ergebnisse der Studie

Zentrale Ergebnisse:

- fast 100%ige dezentrale Unterbringung der Neueingewanderten
- viele neue Akteur*innen, neue Strukturen wurden aufgebaut, die nun aufeinander abgestimmt werden sollten
- in vielen Gemeinden hat eine gute Zusammenarbeit von Verwaltung und Bürger*innen stattgefunden.
- gelingende Integration von Menschen, die in Schleswig-Holstein Zuflucht suchen, ist nicht in erster Linie ein Ergebnis von guten Gesetzen und Regelungen; Erfolg und Gelingen werden v.a. durch menschliche Begegnung bestimmt
- größtes Hindernis besteht in bürokratischen Hürden (Arbeitserlaubnis, Umzüge, Familienzusammenführung), Mobilität und mangelnden zuwanderungsspezifischen Angeboten
  - viele altbekannte Themen des ländlichen Raumes sind wichtig für gelingende Integration: fehlende Mobilität, fehlende Kita- und Schulinfrastruktur, gute Arbeit in erreichbarer Nähe
- gelingende Integration und Probleme des ländlichen Raumes müssen gemeinsam angegangen werden, Berücksichtigung von Bedürfnissen der Neueinwanderer*innen kann so zu einer win-win Situation werden
- Ziel sollte es sein, hinderlichen Verwaltungsvorgänge abzubauen sowie die Stärkung der Handlungskompetenzen der neuen Akteur*innen durch Know How und Ressourcen
- Integration sollte als neues strategisches Politikfeld etabliert werden
- für Integration von (Neu-) Eingewanderten im ländlichen Raum sind insbesondere die ökonomischen Entwicklungstendenzen wichtige Faktoren: Integrationserfolge und Attraktivität hängen stark von den Rahmenbedingungen und den Arbeitsmarktchancen/-entwicklungen

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Aktive Gestaltung von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen: Zuwanderung bringt frischen Wind für die (soziale) Dorferneuerung; Empfehlungen:

- Investition in ohnehin stattfindende Entwicklungsprozesse der Dorf- und Regionalentwicklung, partizipative Erarbeitung von Zukunftsstrategien, Erfahrungen der Neueinwanderer*innen integrieren und um interkulturelle Dimension zu erweitern
- Empowerment und Partizipation -> Neueinwanderer*innen nicht nur als "Flüchtlinge" betrachten, sondern gesamten Kompetenzen und (Lebens-) Erfahrungen ressourcenorientiert sehen
- Aufbau eines strukturierten Integrationsmanagements in Verwaltung und Ehrenamt

Adressat*innen

- Mittler*innen und ehrenamtlich Engagierte
- Steuerungspolitische Akteur*innen
- Programmplaner*innen

Empfehlenswert für:

Stützt Argumentationen die den Zusammenhang von Integration und Problemen ländlicher Entwicklung verbindend darstellen; zeigt wissenschaftlich evaluiert die Notwendigkeit bestimmter Forderungen und Programme hinsichtlich Integration sowie den breiteren Nutzen für alle (auch anhand best-practice Beispielen)

Autor*innen: Cemalettin Özer, Antje Schwarze

online: www.alr-sh.de/fileadmin/download/Startseite_Aktuelles/NeueNachbarn_Expertise_ScreenPDF.pdf

Behn, Sabine et al. [Hrsg.] (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus: Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms "VIELFALT TUT GUT", Beltz Juventa: Weinheim/ Basel.	**53**

Ziel der Studie

Bilanz und wissenschaftliche Evaluierung der Aktivitäten von 90 lokalen Aktionsplänen des Programmes "Vielfalt tut gut"; Überprüfung inwieweit sie zur Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie für Demokratieentwicklung und zur Stärkung der Zivilgesellschaft beitragen. (Untersucht wurde, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Zivilgesellschaft vor Ort gestaltet von kommunaler Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gelingt. Besonders Augenmerk wurde auf die Rolle der Kommune gerichtet, da Erfahrungen zeigen, dass die gelungene Einbindung der Kommune sowie deren eindeutige Positionierung förderlich für die Ziele eines Lokalen Aktionsplans sind).

Schwerpunktsetzung

Demokratiestärkung und bürgerschaftliches Engagement

Methode

- Prozessbegleitende Beobachtung der Implementierung, Umsetzung und Weiterentwicklung der Lokalen Aktionspläne mit dem Ziel ihrer Ergebnisüberprüfung
- Quantitative und qualitative Erhebungsverfahren: Struktur- sowie Prozessbefragungen mit Koordinator*innen, Vorsitzenden bzw. Sprecher*innen, Ansprechpartner*innen der Projekte (Vollerhebung aller 90 Aktionspläne=quantitativ), Interviews und Dokumentenanalyse (=qualitativ, 20 Aktionspläne)

Merkmale der Studie

Region:
Zeitraum der Studiendurchführung: 2008-2010
genannte Finanzierung: nicht genannt

Ergebnisse der Studie

- Eine frühzeitige Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen bewirkt bessere Ergebnisse in Bezug auf die Implementierung und Umsetzung einer integrierten Handlungsstrategie
- Der Grundgedanke der Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen im Begleitausschuss erwies sich als tragfähig
- Die Auswahl der Mitglieder des Begleitausschusses orientiert sich an den – lokalen bzw. regionalen – Umsetzungserfordernissen des Aktionsplans
- Begleitausschüsse arbeiten als „lokale Aktivierer*innen", „Programmmanager*innen" oder „Praxisentwickler*innen"
- Da Verwaltung schwieriger zu aktivieren ist als Zivilgesellschaft, orientiert sich die Einrichtung der Ämternetzwerke häufig an pragmatischen Überlegungen
- Entscheidung über eine rein interne oder eine ergänzend externe Koordinierungsstelle orientiert sich an den verfügbaren Kompetenzen und strukturellen Gegebenheiten
- Die Koordinierungsstelle fördert die Kooperationsbeziehungen zwischen den Akteuren der Lokalen Aktionspläne (LAP) und damit die Bündelung von Potenzialen
- Die Koordinierungsstelle ist die Schnittstelle für alle an der Umsetzung beteiligten Akteur*innengruppen
- Controlling und Evaluation sind zentrale Instrumente der Qualitätssicherung der Lokalen Aktionspläne und befördern deren inhaltliche und strukturelle Weiterentwicklung
- Evaluationsergebnisse fließen in die strategische Weiterentwicklung der Lokalen Aktionspläne ein
  - "Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es den Lokalen Aktionsplänen gelungen ist, im Zusammenspiel ihrer Gremien und Einrichtungen – Begleitausschuss, Ämternetzwerk und Koordinierungsstelle – erfolgreich Co-Governance-Arrangements umzusetzen, die die Potenziale von Zivilgesellschaft und Verwaltung zusammenführten und bündelten. Hierbei führten die unterschiedlichen regionalen Bedingungen zu einer Differenzierung in Bezug auf die konkrete strukturelle Ausgestaltung der Lokalen Aktionspläne. Eine hohe Bedeutung für das Gelingen des Lokalen Aktionsplans kommt der Koordinierungsstelle zu, die als Schnittstelle und operative Steuerungsinstanz fungiert, und dem Begleitausschuss, der für die inhaltliche Steuerung verantwortlich ist." S.54
- Die Problemanalyse gewinnt mit der Einbeziehung vielfältiger Akteur*innenperspektiven an Detailgenauigkeit und sozialer Verbindlichkeit
- Nahezu alle Förderregionen verzeichnen Probleme hinsichtlich der Präsenz von Rechtsextremismus
- LAP nehmen auch die Themen Integration und Migration in den Blick
- Die vorgeschaltete Problemanalyse fördert den Wissenszuwachs über die lokale Situation erheblich und trägt zur Formulierung realistischer Ziele bei
- Spielräume für intensive Partizipations- und Beteiligungsverfahren bestehen im Rahmen der jährlichen Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne
- Die Lokalen Aktionspläne richten sich handlungsleitend an positiv konnotierten Programmzielen aus

- Eine Fokussierung auf spezifische Problemlagen und konkrete Zielstellungen erleichtert die qualitative Weiterentwicklung eines Lokalen Aktionsplans
- Die „Sensibilisierung von Akteur*innen“ erweist sich für LAP mit der Problemlage „Rechtsextremismus“ als herausragendes Ziel
- LAP, die mehrere Problemlagen bearbeiten, konzentrieren sich auf die Förderung von Vielfalt, Beteiligung und Demokratieentwicklung
- Die Gewinnung von geeigneten Projekten macht flexible Akquisewege erforderlich
- Eine zunehmende Konzentration auf besonders geeignete Projekte erweist sich im Zuge der Weiterentwicklung der Aktionspläne als verbreitete Förderstrategie
- Ein zentrales Ziel der Projekte ist die Stärkung der Kompetenz von Jugendlichen im Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus
- Die Übersetzung der integrierten Strategie in abgestimmte Projekte stellt eine kritische Schwelle dar, die nicht in allen Förderregionen bewältigt wurde
- Projekte, die gute Kenntnisse über den Lokalen Aktionsplan besitzen und sich konsistent auf dessen Gesamtstrategie beziehen, erreichen auch ihre eigenen Ziele in besonders hohem Maß
- Gute Kooperationsbeziehungen der Projekte zu den Koordinierungsstellen und den Begleitausschüssen erhöhen deren konzeptionelle Einbindung in den LAP
- Die Einbindung der Einzelprojekte in den LAP und deren Vernetzung ist ein wichtiger förderlicher Faktor für die Umsetzung einer integrierten Handlungsstrategie

"Eine umfassende und partizipative Erarbeitung – und kontinuierliche Fortschreibung von Problemanalyse und Zielentwicklung sind wichtige Elemente eines Lokalen Aktionsplans. Durch die Einbeziehung unterschiedlicher Akteure (Träger, Vereine, Initiativen usw.) vor Ort kann ein breites Spektrum an verschiedenen Perspektiven erfasst werden. Zentral ist hierbei, Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, aus Zivilgesellschaft und Verwaltung einzubinden, die „auf gleicher Augenhöhe“ kommunizieren, denn die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und der Kommune wird als essentieller Bestandteil der Lokalen Aktionspläne angesehen. Die konkrete Umsetzung des Lokalen Aktionsplans erfolgt durch verschiedene Einzelprojekte, wobei – neben dem Begleitausschuss – in erster Linie die lokale Koordinierungsstelle als Scharnier- und Servicestelle dafür Sorge trägt, dass die Einzelprojekte konkreten Problemlagen und Zielsetzungen zugeordnet werden können, damit der Lokale Aktionsplan sich zu einer integrierten Handlungsstrategie entwickelt und somit über den Anspruch eines reinen Förderprogramms hinausgeht. Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass sich die Lokalen Aktionspläne mit ihren Elementen Problemanalyse, Zielentwicklung und strategische Planung, Umsetzung durch Einzelprojekte sowie Weiterentwicklung und Fortschreibung als Instrument bewährt haben, um komplexe Problemlagen in einem partizipativ gestalteten Prozess unter konsequenter Einbeziehung von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren erfolgreich zu bearbeiten." (S. 78)

- LAP erreichen insgesamt ein gutes Niveau der Zielerreichung und zeigen ein spezifisches Stärken-Schwächen-Profil
- Die Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und kommunalen Verwaltungen ist zunehmend von Vertrauen und Anerkennung geprägt
- LAP kooperieren mit bestehenden lokalen und überregionalen Netzwerken und geben, wo nötig, Impulse für die Gründung neuer Netzwerke
- LAP gelingt ein erheblicher Wissenszuwachs zu lokalen Problemlagen durch einen intensiven Wissensaustausch und eine aktive Informationsgewinnung
- LAP erzielen erhebliche Fortschritte bei der Gewinnung deutungsmächtiger Akteure, allerdings lediglich aus einzelnen gesellschaftlichen Handlungsfeldern
- Die etablierte Zusammenarbeit mit deutungsmächtigen Akteur*innen ist dauerhaft angelegt
- Im Programmverlauf nahm die Intensität der medialen Berichterstattung ab
- Die Presse berichtet positiv über Einzelprojekte der Lokalen Aktionspläne, schafft aber wenig Aufmerksamkeit für das Thema
- Die Hälfte der LAP betreibt intensiv Öffentlichkeitsarbeit und bedient sich hierbei insbesondere klassischer Mittel
- Die eingerichteten Beteiligungsformate befördern auch in moderatem Maß die Beteiligungsbereitschaft der Bürger*innen
- Der Grad der Zielerreichung der LAP hängt vorrangig von der Qualität der Strategieentwicklung und gelungener Vernetzungsprozesse ab
- Auch LAP, die mit einem niedrigen Einstiegsniveau starten, erzielen wichtige Entwicklungsfortschritte
- LAP müssen ihre Ziele genauestens auf die fachlichen und organisatorischen Ausgangsbedingungen abstimmen
- LAP, die frühzeitig einen hohen Grad der Partizipation erreichen, sind erfolgreicher in Bezug auf die Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie
- In Regionen, in denen die Zusammenarbeit zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht etabliert ist, unterstützt eine externe Koordinierungsstelle die Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie
- Strukturell eigenständige Ämternetzwerke können Entwicklungsprozesse in der Verwaltung befördern

"LAP erreichen die mit dem Programm angestrebten Querschnittsziele unabhängig von regional gegebenen strukturellen Rahmenbedingen gut und ihnen gelingt es auch unter schwierigen Startbedingungen, wie z. B. einem geringen Grad an

fachlichem Austausch zu den Problemlagen vor Ort oder einem niedrigen Vernetzungsgrad, Fortschritte bei der Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie zu machen. Sie sind ein Instrument, das flexibel einsetzbar ist, vorausgesetzt, es gelingt eine gute Einbettung und Einpassung in die lokalen Gegebenheiten und eine partizipative Ausrichtung. LAP entwickeln besondere Potenziale bei der Etablierung einer produktiven Kooperationskultur zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren, die Barrieren überwindet und zu einem produktiven gemeinsamen Handeln veranlasst, bei der Generierung und Bündelung von Wissensbeständen auf der Basis der Zusammenführung heterogener Akteure sowie bei der (Meta-)Vernetzung relevanter Akteure unter Beachtung bereits bestehender Netzwerke. (...) Die Zielerreichung und Fortentwicklung einer integrierten Handlungsstrategie gelingt solchen Lokalen Aktionsplänen gut, die u.a. angeleitet durch das Coaching intensive Reflexionsprozesse pflegen und die frühzeitig eine angemessene und kommunikativ ausgehandelte Ausrichtung der Ziele erreichen. LAP, die wenig Erfahrungen mit der Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren haben, hilft die Einrichtung einer externen Koordinierungsstelle." (S. 117f.)

- Die Nachhaltigkeit LAP bildet sich neben der strukturellen Ebene auf den Ebenen des Relevanzerhalts der Themenstellungen und der handlungswirksamen Lernprozesse sowie einer Nutzenorientierung ab
- LAP können nur in begrenztem Maß den Rückgang der Bundesförderung kompensieren
- Die Sicherung der Zielstellung ist in themenspezifischen zivilgesellschaftlichen Netzwerken häufiger zu beobachten als in kommunalen Verwaltungen
- Die Zusammenarbeit von kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft verbessert und verstetigt sich spürbar
- Bei der Bereitschaft von Bürger/innen, sich an themenspezifischen Aktivitäten zu beteiligen, sowie der Unterstützung durch deutungsmächtige Akteur*innen zeigt sich eine moderate Verbesserung
- Im Rahmen des Aktionsplans entwickelte Kooperationen zwischen unterschiedlichen Verwaltungsbereichen werden vielfach beibehalten
- Kommunale Planungs- und Entwicklungskonzepte greifen thematische Anregungen der LAP auf

"Als zentraler Befund zeigte sich hier, dass die Aktivierung der Zivilgesellschaft als ein zentraler Motor für die Sicherstellung der Weiterbehandlung der Themenstellungen des Lokalen Aktionsplans verstanden werden muss. Insofern sind nicht nur monetäre Aspekte relevant für die Sicherung der Nachhaltigkeit, sondern auch insbesondere die Anerkennung und Förderung lokaler Netzwerke. Demgegenüber sind selbstverständlich auch die Bemühungen, die Themenstellungen der Lokalen Aktionspläne in kommunales Verwaltungshandeln zu integrieren, nicht zu vernachlässigen: Dort, wo es gelingt, diese in kommunale Planungs- und Entwicklungskonzepte zu integrieren, sind LAP auch strukturell abgesichert. Eine naheliegende Möglichkeit, um zumindest Teilaspekte eines Lokalen Aktionsplans in der Kinder- und Jugendarbeit einer Region nachhaltig zu verankern, boten die Prozesse der Jugendhilfeplanung: Inhaltliche Konzepte des Lokalen Aktionsplans, aber auch die einzelner Projekte konnten in der Jugendhilfeplanung durch die Gewichtung von Arbeitsschwerpunkten und die Formulierung von Leitlinien berücksichtigt werden. Voraussetzung hierfür war eine gute Kommunikation der Inhalte und Ergebnisse des Lokalen Aktionsplans in die Planungsstrukturen. Von den in die qualitativ begleiteten 20 Aktionsplänen gaben insgesamt dreizehn Regionen an, nach Programmende Geld aufwenden zu wollen: Sei es, um die Koordinierungsstelle (mit) zu finanzieren, um für den fortbestehenden Begleitausschuss ein Budget zur Verfügung zu stellen, überwiegend jedoch, um einzelne Projekte fortzuführen. Es bleibt abzuwarten, wie vielen Regionen es gelingt, die entsprechenden Pläne trotz allgemein schlechter Haushaltslage zu realisieren." (S. 145f.)

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Politik • Wissenschaft und Forschung • Programmentwickler*innen	• Stützt Argumentationen hinsichtlich der Notwendigkeit von Aktionsplänen • zeigt Ergebnisse und Wirkung dieser im Hinblick auf ihre Implementierung, Umsetzung und Weiterentwicklung auf

Autor*innen: Sabine Behn, Irina Bohn, Kari-Maria Karliczek, Albrecht Lüter, Till Sträter

online: www.bmfsfj.de/blob/115588/53875422c913358b78f183996cb43eaf/zweiter-engagementbericht-2016---engagementmonitor-2016-data.pdf

Frauenbildungsnetz Mecklenburg-Vorpommern e. V. [Hrsg.] (2016): Engagiert vor Ort – Aktiv für die Gesellschaft. Studie zum Stand der Gewinnung von Frauen für politische Mandate im Mecklenburg-Vorpommern.	**54**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Beantwortung der Fragestellung: Wie können mehr Frauen für Positionen in Politik und politische Mandate gewonnen werden? Erhebung aktueller Zahlen sowie Herausarbeitung fördernder und hemmender Faktoren	bürgerschaftliches Engagement und Demokratiestärkung (Schwerpunkt Frauen)

Methode	**Merkmale der Studie**
• Mischung aus quantitativer Landzeitbetrachtung sowie Querschnitt- und qualitativer Erhebung • Fragebögen und mehrstündige Gesprächsrunden mit Kommunal- und Landespolitker*innen • Austausch mit den Vorsitzenden bzw. Mitgliedern der parteiinternen oder -nahen Frauenorganisationen außerdem: Hintergrundgespräche mit Landesvorsitzenden der Parteien SPD, der CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie der FDP	**Region**: Mecklenburg-Vorpommern **Zeitraum der Studiendurchführung:** 08/2014 - 12/2015 **genannte Finanzierung:** Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern

Ergebnisse der Studie

(1) vorliegende Studie liefert erstmals Erhebung von relevanten Faktoren die Frauen ermutigen sich in der Politik zu engagieren
(2) Frauen bereits bei den Bewerbungen um ein Abgeordnetenmandat
in den demokratischen Vertretungen auf kommunaler Ebene, im Landtag oder im Bundestag stark unterrepräsentiert
(3) bis Mitte der 2000er Jahre Anstieg des Frauenanteils in der Landespolitik, danach fällt der Wert ab; wesentliche Einflussfaktoren sind Einzug FDP und NPD in Landesparlament - drückten den Frauenanteil; leichter Anstieg nach Wahl 2011 durch gutes Abschneiden der SPD sowie durch Einzug der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(4) Schnitt Eintrittsalter Frauen in Mandat auf kommunaler Ebene bei mehr als 39 Jahren; Landtagsmandate: vier Jahre älter; insgesamt jünger ans männliche Pendants; Bildungsniveau der weibl. Abgeordneten ausgesprochen hoch und durchschnittlich höher als das der Männer mit vergleichbaren Mandaten; die Anzahl der Kinder liegt deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt
(5) Landesregierungen M-V seit 1990: einige wenige Staatssekretärinnen, Besetzung der Ministerien Finanzen (durchgängig) sowie Umwelt, Bildung, Jugend und Soziales; nie mehr als drei weibliche Ministerinnen und drei Staatssekretärinnen gleichzeitig; insgesamt hätten 83 Minister*innenposten besetzt werden können, mit 22 Posten weiblich bleibt die Zahl deutlich verbesserungswürdig
(6) M-V belegt bei kommunalen Mandaten mit einem Frauenanteil von 25 % Rang zwei unter ostdeutschen Ländern; deutliche Unterschiede
zwischen den beiden Landesteilen: in Kommunalpolitik in Mecklenburg der
Frauenanteil zwischen 21 und 38 %, in Vorpommern nur 15 bis 23 %
(7) Der Frauenanteil allein sagt wenig über reale Machtpositionen aus; wichtige Funktionen – z. B. die Fraktionsvorsitze – sind in den sechs Landkreisen und den beiden kreisfreien Städten nach der Kommunalwahl zum überwiegenden Teil in Männerhand geblieben

Fördernde Faktoren:

- Verbundenheit mit Region für alle Kandidatinnen relevant; persönliche Bekanntheit und Verwurzelung wirkt sich gerade in kleinen Gemeinden aus
- als wichtiges Realisierungsproblem wird Vereinbarkeit genannt -> keine Veranstaltungen am Wochenende, Kinderbetreuung bei Tagungsorten)
- besonderes Problem: weite Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort und jeweiligem Kreistagssitz -> könnte schon durch wechselnde Sitzungsorte verbessert werden

- Politikerinnen halten bei Kommunalwahlen das Parteilabel bis zur Wahl für wichtig; schätzen v.a. strukturelle Unterstützung und Netzwerkarbeit in Partei; aber: Kommunalwahlen sind Personenwahlen, Bekanntheit der Kandidatin ist also höher zu bewerten
- wichtig neben Verankerung in Zivilgesellschaft: öffentlich Anerkennung, z.B. in Form von Preisen oder positive Darstellung in den Medien

Hemmende Faktoren:

- Innerparteiliche Strukturen oder männliche Rituale wurden von vielen Kommunalpolitikerinnen als eher hemmende Faktoren empfunden
- Quotierung von Landesgeschäftsführenden als wichtiges Instrument generell befürwortet; Kommunalpolitikerinnen halten dies nicht für ausreichend; gewünscht: alternierende Wahllisten für Frauen in kommunalen Gremien oder Einführung eines Parité Gesetzes nach französischem Vorbild
- Größe der Landkreise macht zeitlichen Aufwand des ehrenamtlichen Engagements enorm, von vielen Frauen als zu groß und gerade mit Kindern unvereinbar bewertet

Spardruck vieler Landkreise wirkt demotivierend; Gestaltungsspielräume durch finanziellen Druck sowie hauptamtliche Verwaltung beschränkt so dass Freiräume fehlen die motivierenden Aspekt haben können

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Einstiegswege für Frauen in Politik (siehe auch: Ergebnisse)

- mehrmalige persönliche und themenbezogene Ansprache
- weibliche Vorbilder haben aktivierenden Effekt, sollten als Mentorinnen für neu dazukommende Kommunalpolitikerinnen gewonnen werden
- Frauen sollten für Parteien und Wähler*innengemeinschaften "gehalten" werden, stellen wichtiges Reservoir für künftige Kandidaturen

Möglichkeit für Initiieren von Netzwerken und Vermitteln von Erfahrung: Input- und Diskussionsworkshops; so können parteiübergreifend Landes- und Kommunalpolitikerinnen, sachkundige Einwohnerinnen und Interessierte zusammen gebracht und möglicherweise für (weiteres) Engagement gewonnen werden

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Politik • Parteien • Engagierte • Gleichstellungspolitisch bewegte Akteur*innen	• Stützen von Argumentationen hinsichtlich der Wichtigkeit von Geschlechterdiversität in Politik und Gesellschaft und Nachweis, dass diese nicht erreicht • Zeigt Handlungsmöglichkeiten auf um mehr Frauen zu gewinnen

Autor*innen: Conchita Hübner-Oberndörfer, Christian Nestler

online:
www.gleichstellungsministerkonferenz.de/documents/studie_zum_stand_der_gewinnung_von_frauen_fuer_politische_mandate_in_mv_1510225772.pdf

Götzky, Doreen [Hrsg.] (2012): Kulturpolitik in ländlichen Räumen. Eine Untersuchung von Akteuren, Strategien und Diskursen am Beispiel des Landes Niedersachsen.	**55**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Herausfinden, welche Akteur*innen mit welchen Zielen Kulturpolitik für den ländlichen Raum betreiben und ob dabei strukturelle und soziokulturelle Besonderheiten des ländlichen Raums berücksichtigt werden.	bürgerschaftliches Engagement und Demokratiestärkung (Kulturpolitik)
Methode	**Merkmale der Studie**
Politikfeldanalyse durch 28 leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit kulturpolitischen Akteur*innen im ländlichen Raum, Diskursanalyse	**Region**: Niedersachsen **Zeitraum der Studiendurchführung:** o.A. **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Ergebnisse mit Schwerpunkt Ehrenamt:

- kulturelle Spartenverbände als wichtige kulturpolitische Akteur*innen
- Verbände die nur als Dienstleister*innen betrachtet werden haben wenig Chance, politisch einflussreich zu werden, ebenso Verbände ohne hauptamtliche Kapazitäten; beide Faktoren bedingen sich
- Zivilgesellschaft als (letzte) Hoffnung für das Gemeinwesen - > vormals staatlich finanzierte und organisierte Bereich nun an Zivilgesellschaft herangetragen
- Zivilgesellschaftliches Engagement im Wandel: weg vom Begriff Ehrenamt = weniger unentgeltliche Erbringung caritativer Leistungen zu mehr aktiver Gestaltung, Übergabe von Steuerungsmacht durch Politik
- Zivilgesellschaft ist wichtigster Träger von kultureller Arbeit im ländlichen Raum, das bedeutet jedoch nicht, dass sie Garant für ein vielfältiges kulturelles oder gemeinschaftliches Leben ist
- kulturelle Angebote, die mit Hilfe von Engagement bereitgestellt werden, sprechen nicht zwangsläufig die Menschen an, für die sie gedacht sind; demografische Veränderungen könnten dies noch verschlimmern
- Forderung nach Unterstützung des Ehrenamtes durch professionelle Strukturen auch nach 30 Jahren noch relevant

"Inwiefern es, über das bestehende Maß hinaus, Möglichkeiten der Weiterqualifikation der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen selbst im Bereich Organisation und Administration geben sollte, ist kritisch zu beurteilen. Umfangreiche Aufgaben abseits der eigentlichen Interessen am bürgerschaftlichen Engagement (Musik machen, Theater spielen, Heimatgeschichte pflegen) können zu einer Überforderung und zu einem Rückgang der Motivation führen. Die wachsenden Ansprüche, die Fördergeber*innen auch für Kleinstbeträge an die Beantragung und Verwendung öffentlicher Mittel stellen, sind dafür ein Beispiel. Außerdem darf bei der Verbesserung kulturmanagerialer Kompetenzen, z. B. beim Fundraising, nicht vergessen werden, dass es grundsätzlich nicht mehr Geld zu verteilen gibt, nur, weil mehr hervorragende Anträge geschrieben werden. Im Gegenteil: Durch zunehmende Professionalisierung erhöht sich die Konkurrenz um knappe Fördermittel."

- Zunehmende Bedeutung von Kooperations- und Netzwerkarbeit; dieser sind allerdings durch den eigentlichen Zweck von Vereinen und Verbänden Grenzen gesetzt und kann auch zur Auflösung dieser führen - der ländliche Raum muss überhaupt wieder in die Lage versetzt werden politisch handlungsfähig zu sein

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Handlungsempfehlungen mit Schwerpunkt Ehrenamt:

- Neuerung ordnungspolitischer Regelungen: Anpassung des Gemeinnützigkeits- und Steuerrechts, flexiblere Gebrauch von öffentlichen Zuwendungen in Bezug auf Rücklagenbildung und zeitnaher Mittelverwendung sowie die bessere steuerliche Absetzbarkeit von Kosten, die im Rahmen von zivilgesellschaftlicher Tätigkeit entstehen
- Etablierung von Kulturbeauftragten
- Fortbildungsprogramme für Mitarbeiter*innen (v.a. Vernetzungsstrategien)
- Kooperations- und Netzwerkarbeit zeitlich ausreichend ausstatten
- Reform der kommunalen Finanzausstattung sowie Verbesserung der Fachlichkeit der kulturpolitisch Verantwortlichen und der Zusammenarbeit von Kommunen, z.B. durch Unterstützung von konzeptioneller kulturpolitischer Arbeit mit Hilfe eines finanziellen Anreizsystems

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Wissenschaft • Kulturpolitische Akteur*innen • Programmplaner*innen	• Stützen von Argumentationen hinsichtlich der Wichtigkeit von Kulturpolitik für Engagementpolitik

Autor*innen: Doreen Götzky

online: https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/170

Holz, Klaus [Hrsg.] (2015): Intergenerative Zusammenarbeit. Vorgehen - Erfahrungen - Ergebnisse, Vitalisierung ländlicher Räume, 1, Wochenschau-Verlag: Schwalbach/Ts.	**56**

Ziel der Studie	Schwerpunktsetzung
Fördernde und hemmende Faktoren für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft evaluieren und wie diese durch intergenerative Zusammenarbeit gestärkt werden kann	bürgerschaftliches Engagement und Demokratiestärkung (Hemmende und fördernde Faktoren für Engagement)

Methode	Merkmale der Studie
Wissenschaftliche Begleitung eines Teilprojekts in der Förderkategorie „Modellvorhaben zur Stärkung von Teilhabe und Engagement“ **2 Ebenen. (1)** Begleitung der Einzelprojekte. (2) Vierteljährliche Reflexionsrunden in der Steuerungsrunde (Leitung des Modellprojekts: EAD-Geschäftsstelle, Projektleitung teilnehmender Akademien, regional begleitende Wissenschaftler*innen)	**Region**: Regionen in Ostdeutschland **Zeitraum der Studiendurchführung (Projektdurchführung):** 2011-2013 (ebd.) **genannte Finanzierung:** Bundesministerium des Inneren im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Evangelische Akademien in Deutschland e.V.)

Ergebnisse der Studie

- Die Aktivierung des vorhandenen Sozialkapitals erwies sich als erste Hürde in der Etablierung der Projekte
- Die Rolle der Frauen im ländlichen Raum ist ein sehr wenig betrachtetes Feld
- Charismatische, kompetente und wohlwollende Schlüsselpersonen sind unerlässlich
- Vertrautheit, Verlässlichkeit und Erfolgserlebnisse brauchen Zeit
- neben strukturellen Faktoren ist die personale Dimension entscheidend: so ist eine Hürde für gelingendes Engagement die Inkompetenz von Schlüsselpersonen und eine fragmentierte politische Verantwortungsstruktur
- In einer Gesellschaft, in der es viele ältere Menschen gibt, kann es dazu kommen, dass die Bedürfnisse der Kinder marginalisiert werden und die Jugendlichen infantilisiert, sodass sie sich der vorherrschenden Kultur, mangels anderer Möglichkeiten, unterordnen müssen.
- fragmentierte Binnenstruktur und Pluralität der Bevölkerung muss wahrgenommen & einbezogen werden
- Notwendigkeit nicht nur der begleitenden Kommunikationsvermittlung, sondern auch eines institutionalisierten Diskurses zwischen Wissenschaft und Betroffenen
- Vernetzungsorte bzw. Plattformen des Austausches von entscheidender Bedeutung
- Modellprojekte müssen vor Ort entwickelt werden. Hierbei ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich die Menschen vor Ort zu verändern, damit sich vor Ort etwas verändern kann.

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- realistische Erwartungshaltung und langfristige Zielsetzung
- keine defizitorientierten und ‚pseudo-partizipativen‘ Ansätze
- Wissenschaftliche Erkenntnisse behutsam vermitteln
- Integration und Ausbau vorhandener Ressourcen und sozial akzeptierter Strukturen
- Rahmenbedingungen für Engagement verbessern -> z.B. Zentrale Orte der Begegnung schaffen
- Frauen als Schlüsselpersonen aktivieren
- Kinder und Jugendliche nicht Benachteiligen

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Politik und Verwaltung • Wissenschaft und Forschung • Engagierte / Multiplikator*innen	• Untermauern von Argumentationen für gelingendes Engagement

Autor*innen: Henning Bombeck, Christine Dotterweich, Siegrun Höhne, Klaus Holz, Klaus-Dieter Kaiser, Claudie Kühhirt, Claudi Kühn, Wolfram Pfeiffer, Jürgen Reifarth, Roland Roth, Tatiana Volkmann, Johanna von Kuczkowski, Christine Wiezorek, Christian Wolff

online: kein Onlinezugang

Diedrich, Maria/Quent, Matthias (2016): Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Engagement in der Krise? Kurzfassung der Situations- und Ressourcenanalyse für den Saale-Holzland-Kreis, Amadeu-Antonio-Stiftung, Berlin.	**57**

Ziel der Studie	Schwerpunktsetzung
Identifikation von Herausforderungen und Problemlagen, Analyse der Problemadäquatheit von Programmen für Demokratiestärkung und Eruierung weiterer Schritte zur Verbesserung von Qualität und Wirksamkeit	bürgerschaftliches Engagement und Demokratiestärkung

Methode	Merkmale der Studie
Auswertung von 1) öffentlichen Quellen (u.a. Presseberichte und Behördenangaben, Archive und Akten öffentlicher Träger, Beiträge in sozialen Netzwerken, einschlägige Literatur), 2) Daten aus teilnehmenden Beobachtungen von öffentlichen Versammlungen, politischen Kundgebungen und Akteur*innentreffen zivilgesellschaftlicher Initiativen und 3) Interviews mit insgesamt 18 Personen aus unterschiedlichen Bereichen der Zivilgesellschaft	**Region**: Saale-Holzland-Kreis **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2015-2016 **genannte Finanzierung:** Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ Thüringer Ministerium für Jugend, Bildung, Sport im Rahmen des Landesprogrammes „Denk bunt“ Saale-Holzland-Kreis im Rahmen des Lokalen Aktionsplans - Partnerschaft für Demokratie

Ergebnisse der Studie

Zentrales Ergebnis mit Bezug zu zivilgesellschaftlichem Engagement:
Migrationskrise sollte als Signal verstanden werden, dass es nicht so weitergehen darf: Rückzug des Staates und Abbau von Leistungen in dessen Schatten Unzufriedenheit und Frustration wachsen

- Erhobenen Befunde verdeutlichen, dass Gefahren von Rechtsaußen nicht zu vernachlässigen sind. (Auswahl: Gruppen, die sich öffentlich gegen die Asylpolitik und gegen Geflüchtete im Allgemeinen wenden
- sind im SHK von Rechtsextremen gegründet und dominiert; Akteur*innen sind überregional vernetzt; die Ablehnung von Zuwanderung dominiert die Inhalte des Rechtsextremismus im SHK und ist dabei gesamtgesellschaftlich anschlussfähig; Rassismus, Abwertungen und Diskriminierungen gegen Geflüchtete und Menschen aus Einwandererfamilien sind keine sozial randständigen Erscheinungen, sondern finden in der Wahrnehmung
- von Befragten alltäglich in der Gesellschaft statt; Schrumpfung der Wohnbevölkerung erhöht die Chance rechtsextremer Akteur*innen, Wirkungsmacht zu entfalten, weil sie die damit einhergehende Deinfrastrukturalisierung thematisieren und sich an Protestdiskursen beteiligen können, ohne realistische Lösungsvorschläge vorhalten zu müssen)

Positives:

- hohe Wert des LAP und des Thüringer Landesprogrammes für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit für die demokratische Kultur im SHK zeigte sich in der Migrationskrise, in der der LAP eine unterstützende und ermöglichende Struktur sowie einen Resonanz- und Diskursraum bildete
- Engagement findet in statischer politischer Kultur statt, die gesellschaftliche Innovationen und erfolgreiche Intervention erschwert
- Engagement gegen Demokratiegefährdungen und extrem rechte Aktivitäten ist sowohl im Alltag als auch anlassbezogen präsent
- Projekte im Untersuchungszeitraum bauen auf öffentliche Bekundungen, anlassbezogene Projekte und Koordination, im Rahmen des LAP wenig auf alltägliche Praxis bezogen → bietet Potential

Schwierigkeiten:

- Bündelung der Akteur*innen an Knotenpunkten, nur begrenzte Realisierung von Einzelprojekten im LAP, wenig Projekte von Akteur*innen aus sich selbst heraus
- Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts findet v.a. im vorpolitischen Feld statt (Vereine, Verbände, Kirchen) und ist somit zwar niedrigschwellig, birgt aber Gefahr der Entpolitisierung der Bedrohung für politische Kultur und in der Folge Verharmlosung
- es fehlen dauerhafte Projekte die sich mit fokussiert mit Thematik auseinandersetzten
- ausreichend Personal und Ressourcen sind notwendig

- gemeinsames Verständnis und Problembewusstsein der demokratischen Akteur*innen im SHK hinsichtlich dieser in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter wachsenden Herausforderungen ist der erste Schritt zu einem präventiven und abgestimmten Vorgehen
  - weiteres Themenpotential: Sexismus und Gleichberechtigung, Sozialchauvinismus oder Diskriminierung auf Grund von Armut werden im Rahmen des LAP nicht thematisiert -> durch Thematisierung würden aber soziale Fragen nicht den Rechten überlassen

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

Wichtig ist Stärkung demokratischer Akteur*innen sowie Sensibilisierung und Bildungsarbeit

- für Auseinandersetzung zu empfehlen, politische und wertbezogene Fragen stärker in den Fokus zu stellen
- proaktive Maßnahmen sollte verstärkt werden (Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Filmvorführungen und Ausstellungen, strategische Öffentlichkeitsarbeit, kulturelle und künstlerische Projekte im öffentlichen Raum)
- Etablierung weiterer "Demokratieläden"
- für Jugend- und Vereinsarbeit ist zu empfehlen, ideologisch gefestigte Rechtsextreme und solche, die öffentliche Räume für menschenfeindliche Agitation nutzen, konsequent auszuschließen und die kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologiefragmenten zu suchen
- Öffnung und Unterstützung nicht-rechter Cliquen und Strukturen
- Zukunftskonferenz im Rahmen des LAP
- insbesondere Strategien zur Stärkung von Gegenrede vor Ort sind zu stärken, d.h. das Erheben kritischer Stimmen gegenüber Gerüchten, Vorurteilen und Alltagsrassismus, um das weitere Erstarken des Rechtsextremismus zu verhindern
- lokale Verantwortungsträger*innen und einflussreiche Akteur*innen sollten sich zur Demokratie bekennen und den Bekenntnissen auch Handlungen folgen lassen

Adressat*innen	Empfehlenswert für:
• Politik • Verwaltung • Engagierte • Programmplaner*innen	• Stützen von Argumentationen hinsichtlich der Notwendigkeit von Engagement gegen Rechts, praktische Handlungsempfehlungen zur Stärkung von Engagement

Autor*innen: Matthias Quent, Maria Diedrich

online: http://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Broschur_SHK_2016_Webversion.pdf

Schader-Stiftung [Hrsg.] (2014): Abschlussbericht. Forschungs-Praxis-Projekt. Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel.

58

Ziel der Studie

- Entwicklung von Handlungskonzepten für spezifische Herausforderungen, mit denen sich Kommunen im ländlichen Raum konfrontiert sehen und diese in der Praxis erproben
- Hinweisen auf die Bedeutung einer aktiven Integrations- und Zuwanderungspolitik für von Abwanderung und Bevölkerungsrückgang betroffene ländliche Räume und deren praktische Realisierungschance in einem dreijährigen Forschungs-Praxis-Projekt überprüfen
- Befähigung der teilnehmenden Kommunen zu einem potenzial- und zukunftsorientierten Umgang mit Zuwanderung und kultureller Vielfalt
- Verbesserung der Angebotsstruktur und die strategische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik.
- Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbereitschaft der lokalen Bevölkerung sowie das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten
- Initiierung geeigneter Maßnahmen, um die strukturelle Integration von Migrantinnen und Migranten im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich zu verbessern.
- Initiierung und Unterstützung von Prozessen der interkulturellen Öffnung der Verwaltung sowie die Entwicklung von Modellen zur Öffnung der zivilgesellschaftlichen Institutionen

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement und Demokratiestärkung (Integrationspolitik)

Methode

Forschungs-Praxis-Projekt
qualitative Längsschnittstudie über 3 Jahre
((Gruppen-)Interviews, Feldforschung, Bottom-up-Evaluation der Problemlagen vor Ort)

Merkmale der Studie

Region:

- Stadt Bad Kissingen und Landkreis Bad Kissingen, Bayern
- Stadt Bergen und Landkreis Celle, Niedersachsen
- Stadt Hann Münden und Landkreis Göttingen, Niedersachsen
- Stadt Höxter und Kreis Höxter, Nordrhein-Westfalen
- Stadt Schlüchtern und Main-Kinzig-Kreis, Hessen
- Stadt Schwäbisch Gmünd und Ostalbkreis, Baden-Württemberg
- Hansestadt Stendal und Landkreis Stendal, Sachsen-Anhalt

Zeitraum der Studiendurchführung: April 2012 - Oktober 2014

genannte Finanzierung: Kofinanzierung durch den europäischen Integrationsfonds, gefördert durch: Europäische Union, Bundesministerium des Inneren, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration. Förderprogramm: WIR - Wegweisende Integrationsansätze Realisieren

Ergebnisse der Studie

- die Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts sind nicht zu pauschalisieren und im Kontext der jeweiligen Hintergründe der Kommunen zu betrachten
- grundlegende Sensibilisierungsmethoden für das Thema Interkulturalität und die impliziten Chancen und Herausforderungen in den Projektkommunen wurden herausgearbeitet (S.166-193)
- Um interkulturelle Öffnung als Veränderungsprozess in den Kommunen erfolgreich zu gestalten, ist es notwendig, eine selbstverpflichtende Verbindlichkeit einzugehen, die Ziele und das Verfahren transparent zu kommunizieren, Ressourcen dafür freizustellen und um die Akzeptanz bei den Mitarbeitenden zu werben.
- der Mehrwert für alle Beteiligten muss von vorneherein durch die Initiator*innen vermittelt werden
- Allen Beteiligten muss deutlich sein, dass ein solcher Veränderungsprozess keinen Projektcharakter hat, sondern eine zentrale Rolle für die weitere strategische Ausrichtung der Verwaltungsarbeit der Zukunft spielt und somit von allen involvierten Personen ein hohes Maß an Selbstverpflichtung erfordert.
- eine Positionierung der Führungskräfte für die interkulturelle Öffnung ist notwendig, um den Prozess voranzutreiben - die Verwaltungsspitze und die Führungskräfte und die Politik müssen hinter dem Projekt stehen und dieses aktiv unterstützen

- auch andere Akteure in den Kommunen müssen aktiv dazu gebracht werden sich für das Projekt einzusetzen - gerade die Akteure mit Kontakt zur Öffentlichkeit
- Gerade in kleinen Städten und Gemeinden sind die Kapazitäten für eine kommunale Integrationspolitik oftmals begrenzt.
- je nach Kommune war die Geschwindigkeit der Umsetzung der interkulturellen Öffnung unterschiedlich
- Veränderungsprozesse bringen häufig Vorbehalte, Ängste und Unverständnis für die Notwendigkeit von Neuerungen und teilweise auch ablehnendes Verhalten mit sich

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

- Verstärkung des Bottom-up-Ansatzes - Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie (geschlossene Workshops mit allen Mitarbeitenden und Führungskräften einer Abteilung abzuhalten und den Prozess in dieser Abteilung intensiv zu begleiten)
- Den Paradigmenwandel in der kommunalen Integrationspolitik realisieren und ausgestalten
- Potenzialorientierung in der kommunalen Integrationspolitik
- Zentrale Herausforderungen von Kommunen in ländlichen Regionen individuell entgegentreten
- Zuwanderung anregen und fördern
- Willkommens- und Anerkennungskultur weiterentwickeln)
- Vernetzung in der kommunalen Integrationspolitik fördern / Unterstützung der kommunalen Integrationspolitik durch Bund und Länder
- Infrastruktur für konkrete Integration und Diversität herstellen (Sprache/ Bildung/ berufliche Integration/ Wohnen und sozialräumliche Integration/ bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund stärken/ religiöse und kulturelle Freiräume schaffen

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Forschung • Politik • Verwaltung	• Forschungsansätze nachschlagen • Verwaltungen (Handlungsempfehlungen) • Untermauerung von Vorträgen zur Integrationspolitik

Autor*innen: Dr. Jutta Aumüller, Dr. Frank Gesemann, Bülent Arslan

online: https://www.schader-stiftung.de/fileadmin/downloads/pdf/PDF_dynamische_Contents/Projekte_2014/Abschlussbericht_Integrationspotenziale_laendlicher_Regionen_im_Strukturwandel.pdf

Stöber, Silke (2010): Zwischen Landflucht und Lebens(t)raum. Wege zu lebendigen Dörfern in Brandenburg (Dissertation), Kommunikation und Beratung, 99, Margraf Publishers GmbH: Berlin.	**59**

Ziel der Studie

Wege zu lebendigen Dörfern (Katalysatoren für Lebendigkeit, Dorfakteur*innen und ihre Themen, Handlungsfelder und Wirkung ausgewählter Forschungs- und Beratungsinstrumente) aufzuzeigen und daraus Bestimmungsfaktoren abzuleiten

➢ Begriff „Lebendiges Dorf" soll hervorheben, dass für Bewältigung der wichtigen Aufgaben, die dörfliche Lebensqualität zu verbessern, bürgerschaftliches Engagement und Handeln in der Gemeinschaft wichtige Voraussetzungen bilden

Schwerpunktsetzung

bürgerschaftliches Engagement und Demokratiestärkung (Dorfentwicklung)

Methode

Aktionsorientierte Forschung: Partizipation-Lernen-Aktions-Wochen, experimentelle Forschungsansätze wie überdörfliche Vernetzung durch Dörfer-Tagung etc.
21 Dörfern: 410 „Küchentischgespräche" mit Bewohnerinnen und Bewohnern und rund 20 Interviews mit lokalen Expert*innen

Merkmale der Studie

Region: Ländliche Regionen Brandenburgs
Zeitraum der Studiendurchführung: 2006 – 2010
genannte Finanzierung: nicht benannt

Ergebnisse der Studie

Empirische Ausgangssituation:

- Betrachtung aller ländlich geprägten Gemeinden des äußeren Entwicklungsraums Brandenburgs zeigt, dass Dorf mit über 85% der Gemeinden nicht nur wichtiger, sondern mit knapp 45% der Bevölkerung auch beliebter Lebensraum ist
- Dörfer verzeichnen zwischen 1996 und 2006 mit -2,7% weitaus geringere Bevölkerungsverluste als Raum insgesamt (-11,2%)
- Dörfer weder überdurchschnittlich überaltert noch besonders kinderarm
- Geschlechterverhältnis in den Dörfern relativ unausgewogen: Auf 100 Männer im Alter 18-29 Jahre kommen nur 79 Frauen, acht weniger als im Brandenburger Durchschnitt
- Gender-Ungleichgewichte im ländlichen Raum Ostdeutschlands geringer als im Westen; Beruf und Erwerbsarbeit haben für Frauen in Dörfern Ostdeutschlands hohe Priorität -> zu praktischen Genderbedürfnissen gehören Arbeitsplatz, Kinderbetreuungseinrichtungen mit langen Öffnungszeiten und Angebote in der Senior*innenbetreuung und –tagespflege zur Wahrung ihrer Mobilität; strategische Bedürfnissen sind u.a. verbesserte Mitwirkungsmöglichkeiten an
- kommunalpolitischen Entscheidungen = von Frauen wenig besetztes Feld; weitere S. 233

Katalysatoren der Dorfentwicklung

- Lebendigkeit nicht nur als Reaktion auf Krisen, in 1/3 der Dörfer existiert bürgerschaftliches Engagement auch aus Tradition heraus, u.a. aktive Kirchengemeinden, vielfältige Vereinsstruktur
- Katalysatoren entstehen auch durch Krisen, z.B. Wegfall von Infrastruktur, demografischer Wandel, Bedrohung durch Rechtsradikale; alle Faktoren können aber auch hemmend sein
- zentrale Personen spielen große Rolle, unterschieden zwischen Kümmerer*innen, Macher*innen, persönlich Betroffenen, Pionier*innen und Unternehmer*innen; Mischung aus verschiedenen Leitfiguren gesünder für Dorfentwicklung als Dominanz eines Typs; Unternehmer*innen und Pionier*innen mit größeren Akzeptanzschwierigkeiten
- kein einfaches Verhältnis zwischen lokaler Politik und Verwaltung, Mitgestaltung von Träger*innen der Verwaltung teils als Kompetenzüberschreitung gewertet, externe Beratung kann Lebendigkeit fördern, wird jedoch wenig genutzt

Akteur*innen

- 1/3 der Bewohner*innen gehört zum harten Kern der Engagierten, hängt in erster Linie von höherem Bildungsabschluss ab, engere Steuerungs- und Entscheidungskreise eher in Vereinen und der Kommunalpolitik als in „weicheren" Formen des Engagements, der Nachbar*innenschaftshilfe oder Kirche engagiert
- unterschiedliche Vereinstypen: Sportvereine (größte Gruppe) v.a. private Zwecke, ähnlich wie Senior*innenvereine, Freizeit- und Kulturvereine, Jugendclubs und Feuerwehr dagegen auch oder nur öffentliche Anliegen
- Frauen stellen fast die Hälfte an Engagierten und führen zu 1/3 Vereine
- Landwirtschaft spielt kaum noch Rolle, wenn Verzahnung mit Direktvermarktung oder Tourismus positiv bewertet

- Sozialkapital der Engagierten hoch, Beteiligungsorientierung als wichtiger Faktor für Lebendigkeit, eigene Selbsthilfefähigkeit als hoch eingeschätzt. Zustimmung zu Entscheidungsbefugnis der Dörfer geringer, Motivationsbeteiligung stark an persönliche Kommunikation gekoppelt
- Konfliktlösungsfähigkeit nicht überall stark entwickelt, von Frauen negativer bewertet als von Männern, Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen insbesondere mit Stadt bei in Stadt eingegliederten Dörfern
- genannte Konflikte: Vorfälle in Vergangenheit und Nachwendezeit, unterschiedliche Erwartungshaltungen, mangelnde Information und Intransparenz, Misstrauen zwischen Einheimischen und Zugezogenen; Konfliktgegenstände oft sehr stark von persönlichen Beziehungen überlagert
- Dörfer bescheinigen sich selbst hohes Maß an Zukunftsorientierung, Dorfaktionsplanung kaum verbreitet, Orientierung eher an kommunalen Vorgaben des Haushaltsplanes
- kaum überdörfliche Vernetzung
- Handlungsfelder v.a. diejenigen Funktionen der Daseinsvorsorge, die dank bürgerschaftlichen Engagements der Bewohner*innen besonders gut entwickelt sind

➢ *Lebendiges Dorf* stellt keinen stabilen oder einmaligen Zustand dar. Es ist das Ergebnis eines kontinuierlichen Prozesses, der es Dörfern über Formen der Vernetzung und Kommunikation ermöglicht, unter Einbezug aller dörflichen Gruppen innerdörfliches Sozialkapital zu bilden und sich dadurch zusätzliche Ressourcen und Lebensqualität zu erschließen. Der Prozess ist gekennzeichnet durch die Merkmale Pluralismus, dezentrales Handeln, Innovation und Verfahrensgerechtigkeit.

Handlungsempfehlungen (praktisch-politische Dimension)

In einigen Dörfern wurden durch die aktivierende Forschung Projekte angestoßen oder die Befragungsergebnisse für die weitere und selbstständige Weiterentwicklung genutzt.

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Wissenschaft • Forschung • Engagierte • Planer*innen	• Stützen von Argumentationen hinsichtlich Katalysatoren für gelingende Dorfentwicklung und bürgerschaftliches Engagement allgemein • Nachschlagen von Modellen und Konzepten zu u.a. Kommunikation • Empirische Daten zu Dorfentwicklung

Autor*innen: Silke Stöber

online: http://www.researchgate.net/publication/323477198_Zwischen_Landflucht_und_Lebenstraum_-_Wege_zu_lebendigen_Dorfern_in_Brandenburg

Welker, Martin/Kloß, Andrea [Hrsg.] (2016): Lokale Partizipation und Bürgermedien. Laienpublizistik und Öffentlichkeit im ländlichen Raum, Herbert von Halem Verlag: Köln.	**60**

Ziel der Studie	**Schwerpunktsetzung**
Untersuchung der Wirkung eingerichteter Bürger*innenredaktionen (Ziel der Redaktionen: Stärkung der Kommunikation in randständigen, ländlichen Gebieten sowie Stärkung politischer Partizipation und zivilgesellschaftliches Handeln)	bürgerschaftliches Engagement und Demokratiestärkung (Kommunikation / Engagement hemmende und fördernde Faktoren)
Methode Desk Research (Sekundäranalyse) des Status Quo der Landkreise bezüglich Kommunikation relevanter Parameter, Inhaltsanalyse des Diskurses der etablierten Presse, qualitative Interviews mit betroffenen Bürger*innen und quantitative CATI-Befragung um Bekanntheit und Nutzung der neu etablierten Bürgerzeitungen zu erheben	**Merkmale der Studie** **Region**: Landkreis Ludwigslust-Parchim, Mecklenburg-Vorpommern Vogtlandkreis, Sachsen **Zeitraum der Studiendurchführung:** 2011 - 2013 **genannte Finanzierung:** nicht genannt

Ergebnisse der Studie

Engagementrelevante Ergebnisse:

- Anwohner*innen nutzten die neue Bürger*innenzeitung als Anreiz zur Identifikation mit ihrer Umgebung (z. B. bei dem Thema Historisches, Tipps zum Erkunden)
- Mischung aus persönlichen und gemeinschaftlich orientierten Motiven für Mitarbeit
- Zeitung erfüllte für die Redaktionsmitglieder in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen ähnliche Funktionen, die sich auch in den Motiven zur Mitarbeit widerspiegelten, zentrales Anliegen mithilfe Zeitung auf einem möglichst niedrigschwelligen Niveau Öffentlichkeit herzustellen (z. B. kein Verkauf der Bürgerzeitung, sondern kostenlose Verteilung; Mitarbeit positiv als alternatives Freizeit- und Unterhaltungsangebot und somit v.a. in Mecklenburg-Vorpommern als Mittel zur Verbesserung des eigenen Lebensumfelds und Förderung der eigenen Integration im lokalen Kommunikationsraum wahrgenommen.
- Auch in Sachsen als Anlaufpunkt für Begegnungen und Austausch wahrgenommen, förderlich für Integration
- hemmende Faktoren: konfliktreiche Folgen der Berichterstattung, Zeitdruck und hohe Fluktuation in der Redaktion
- Zeitung genutzt um mit politischen Akteur*innen in Kontakt zu treten
- persönlicher Nutzen und ein Nutzen für den eigenen Stadtteil angenommen
- Bürgerjournalist*innen waren besser in der Nachbar*innenschaft vernetzt und besser über ihren Stadtteil informiert.

Adressat*innen	**Empfehlenswert für:**
• Akteur*innen der Engagementförderung mit Schwerpunkt Publizistik	• Nachschlagen von Theorien zu Kommunikation, Demokratie, Öffentlichkeit, Partizipation, Politik und Diskurs

Autor*innen: Martin Welker, Andrea Kloß

online: kein Onlinezugang